

# Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und  
Katastrophenschutz



Dialog: DfV-Präsident  
Gerald Schäuble  
„INTERSCHUTZ '94“ Hannover:  
Größte Fachmesse der Welt



# Briefmarken, die Dank sagen

## Humanitäre Hilfe im Spiegel der Philatelie

**Kanada**

**Ausgabetag: 15.11.1979**

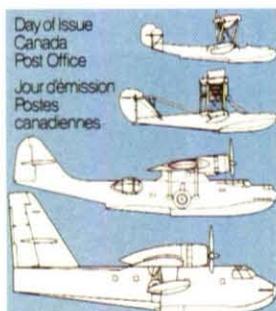
1979 erschien an den Postschaltern der kanadischen Post die Serie „Wasserflugzeuge“, bestehend aus vier Marken mit je zwei Werten zu 17 und 35 Cents. Von diesen Postwertzeichen stehen drei in Beziehung zum Brandschutz:

Die erste 17-Cent-Marke zeigt ein Wasserflugzeug vom Typ Canadair CL-215 bei der Waldbrandbekämpfung. Dieses Flugboot ist das einzige der Welt, das speziell für den Einsatz als „Wasserbomber“ entwickelt wurde. Es wird seit 1967 in Kanada und weiteren Ländern (in Europa: Frankreich) eingesetzt. Die Canadair CL-215 ist ein sehr vielseitiges Flugzeug, das neben der Waldbrandbekämpfung für die Schädlingsbekämpfung sowie bei Überwachungs-, Such- und Rettungsflügen eingesetzt wird.

Die zweite 17-C-Briefmarke zeigt die Curtiss HS-2L. Dieses Flugzeug wurde in den USA 1917 ursprünglich als Bomberflugzeug gebaut. Nach dem ersten Weltkrieg fand es dann Verwendung zur Waldbrandbeobachtung.

Der erste 35-C-Wert stellt die Vickers Vedette dar, die in Kanada von 1924 bis zum Ausbruch des II. Weltkrieges in der Hauptsache für die Waldbrandbeobachtung eingesetzt wurde.

Aus Gründen der Vollständigkeit soll auch die vierte Marke erwähnt werden: Die Consolidated Canso wurde im II. Weltkrieg eingesetzt. Von 1945 bis 1962 fand sie im Such- und Rettungsdienst Verwendung.



Mit den vier Briefmarken wird die Aufmerksamkeit auf ein gerade in den Sommermonaten aktuelles Thema gelenkt: Waldbrände. Hier steht der „Wasserbomber“ CL-215 wegen seiner Einsätze in Südfrankreich im Vordergrund. Das Dutzend Canadair-Löschflugzeuge ist die schlagkräftigste Waffe, über die der französische Zivilschutz sowie die Feuerwehr im Kampf gegen Waldbrände verfügt.

Der Einsatzablauf: Wenn einer der Feuerbeobachter über Sprechfunk verdächtigen Rauch meldet, steigen eine oder mehrere Maschinen von ihrem Stützpunkt Marignagne bei Marseille auf und fliegen zur Brandstelle. Im Sturzflug geht der Pilot bis dicht über die brennenden Baumwipfel herunter. Im richtigen Augenblick wird die Ladung von sechs Tonnen Wasser ausgelöst. Dann geht es zur nächsten Wasserstelle, der Rhone oder einem See, notfalls aufs offene Meer, und wieder zurück zur Feuerfront. Unter Umständen sind der Pilot und sein Bordmechaniker bis zu zwölf Stunden im Einsatz.

Viele der Piloten sind ehemalige Kampfflieger und verfügen über ein fast akrobatisches Können. Der aufsteigende Rauch nimmt die Sicht, Bergspitzen und Hochspannungsleitungen können zu Todesfallen werden. Doch riskanter als das Abwerfen

der mit Chemikalien versetzten Wasserladung ist das „Auftanken“. Der Pilot drosselt dabei die Geschwindigkeit von 180 auf 110 km/h und senkt die Maschine bis dicht über die Wasseroberfläche. Die beiden Saugarme fahren aus und füllen die Tanks innerhalb von 30 Sekunden.

Wunder vermögen allerdings auch die fliegenden Feuerwehrleute nicht zu bewirken. Im Militärjargon erläutert einer der Piloten: „Die Canadair ist ein Bomber. Wenn es keine Infanterie gibt, verliert man trotzdem den Kampf.“ Die Bodentruppen sind die Feuerwehren, gelegentlich unterstützt von freiwilligen Helfern und Soldaten. Der Wasserguß aus der „Gießkanne“ hält die Flammenfront zwar auf, doch wenn sie nicht endgültig erstickt wird, rückt sie weiter vor. Alles hängt also davon ab, wie schnell die Feuerwehr am Boden an der Einsatzstelle ist.

**Anschrift der Redaktion:**

53131 Bonn  
Postfach 200161, Ruf (0228) 940-0  
Telefax (0228) 9402702

**Impressum:**

Herausgegeben im Auftrag des  
Bundesministeriums des Innern vom  
Bundesverband für den Selbstschutz  
Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn

**Verlag:**

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint  
monatlich;  
zweimal im Jahr als Doppelnummer

**Chefredakteur:**

Peter Eykmann

**Redaktion:**

Sabine Matuszak-Faßbender  
Günter Sers, Paul Claes

**Layout:**

Paul Claes

**Druck,**

**Herstellung und Vertrieb:**

Druckhaus Coburg  
Postfach 1525  
96405 Coburg  
Tel. 09561/8635-0, Telefax 8635-44

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für  
unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr.  
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur  
mit Quellenangabe und mit Genehmigung der  
Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung  
der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt  
mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,  
Abonnement jährlich DM 33,60  
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer ent-  
halten. Abonnements werden am Beginn des  
Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen  
bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich  
vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um  
den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht  
ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum ge-  
wünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart.  
Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer  
Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht  
kein Anspruch auf Haftung.

<b>Umschau</b>	2
Aktuelles im Blickpunkt	

<b>„Wir fordern die Verantwortlichkeit des einzelnen ein“</b>	5
DFV-Präsident Gerald Schäuble im Dialog	

<b>Neukonzeption des Zivilschutzes in Deutschland</b>	10
SPD-Anfrage an die Bundesregierung	

<b>F.D.P.: Zehn Punkte zum Zivilschutz</b>	14
Die Zukunft des Zivilschutzes und der zivilen Verteidigung im Blickpunkt	

<b>Die Fachwelt blickte nach Hannover</b>	15
Umfassende Informationen bei der „Interschutz '94“	

<b>Zu Lande, zu Wasser und in der Luft</b>	26
Bodensee-Feuerwehren stellen sich vor	

<b>Bundesverband für den Selbstschutz</b>	29
---	----

<b>Technisches Hilfswerk</b>	34
------------------------------	----

<b>Warndienst</b>	39
-------------------	----

<b>Deutsches Rotes Kreuz</b>	41
------------------------------	----

<b>Arbeiter-Samariter-Bund</b>	45
--------------------------------	----

<b>Johanniter-Unfall-Hilfe</b>	47
--------------------------------	----

<b>Malteser-Hilfsdienst</b>	49
-----------------------------	----

<b>Deutscher Feuerwehrverband</b>	51
-----------------------------------	----

<b>Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft</b>	54
--	----

<b>Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V.</b>	55
---	----

<b>Termine</b>	13
----------------	----

<b>Minimagazin</b>	U 3
--------------------	-----



## Zwischenbericht zur zivilen Verteidigung

Dr. Klaus-Dieter Uelhoff  
MdB, Berichterstatter der  
CDU/CSU-Bundestagsfrakti-

on im Haushaltsausschuß, erklärte im Deutschland Union Dienst: „Die veränderte sicherheitspolitische Lage, das Fortschreiten der Technik und nicht zuletzt der Zwang zur Sparsamkeit haben eine grundlegende Reform des Zi-

vil- und Katastrophenschutzes in Deutschland notwendig und sinnvoll erscheinen lassen. Auch wenn in Zukunft der Krisenvorsorge als Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen eine wachsende Bedeutung zukommt, muß nach wie

vor ein Instrumentarium bereitgehalten werden, das zur Abwehr und Bewältigung bewaffneter Gewaltanwendungen geeignet ist. Die Grundverantwortlichkeit für Vorkehrungen und Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Be-

### In eigener Sache

Die zivile Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland steht vor einer grundsätzlichen und tiefgreifenden Neugestaltung. Die Veränderung der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen macht dies möglich. Ein Sachverhalt, der glücklich stimmt, kennzeichnet er doch Veränderung in Richtung von mehr Sicherheit. Nein, es ist noch nicht der ewige Frieden ausgebrochen, aber so wie noch in den 80er Jahren Krieg gedacht werden mußte, scheint er auf absehbare Zeit Gott sei Dank unmöglich zu sein. Internationale Konferenzen und Verträge wie „Partnerschaft für den Frieden“ lassen die zarte Pflanze Frieden wohl gedeihen.

Ohne Frage muß auch der dem Bund obliegende Zivilschutz in die anstehenden Veränderungen mit einbezogen werden. Und der häufig zu Recht angeführte Doppelnutzen von Zivil- und Selbstschutz ändert die verfassungsrechtliche Grundsatzbestimmung nicht, wonach der Bund für Vorsorgemaßnahmen des Verteidigungsfalls, die Länder für den friedensmäßigen Katastrophenschutz zuständig sind. Also ist es nur folgerichtig, daß jede Einzelmaßnahme des Zivilschutzes auf ihre Notwendigkeit hin überprüft wird.

Der Zivilschutz konnte seine Aufgaben nur dank des un-

ermüdlischen Einsatzes der Helferinnen und Helfer sowie der hauptamtlichen Mitarbeiter in den Hilfsorganisationen, den Regieeinheiten und des Bundesverbandes für den Selbstschutz wahrnehmen. Die inhaltlichen Veränderungen von Zivilschutz stellen bisherige Aufgaben, Organisationsformen und Arbeitsaufträge in Frage, die auch Tätigkeiten und Arbeitsbereiche verändern werden.

Was im allgemeinen begrüßt wird, kann in der Ausführung Sorgen bereiten. Das nur wegen des Sprichwortes sogenannte „Floriansprinzip“ läßt gelegentlich nach dem Motto grüßen: „Veränderung tut not, aber nicht bei mir.“

Veränderungen machen dem Ängstlichen Angst, sind dem Pragmatiker Chance. In einigen Jahren wird keine Organisation und keine Aufgabe mehr so sein, wie sie es noch zu Ende der 80er Jahre waren. Deswegen helfen weder Florians- noch Vogel-Strauß-Prinzip.

Vermutlich hat der Zivilschutz auf der politischen Prioritätenliste der Bundesrepublik Deutschland zu keiner Zeit auf Platz 1 firmiert. Seine politische Bedeutung wird weiter zurückgehen. Diese Feststellung schmälert seine Notwendigkeit überhaupt nicht. Die politische Prioritätenliste spiegelt sich alljährlich wider in den Veränderungen des Haushaltsplanes. Die

finanzielle Ausstattung des Zivilschutzes geht in geradezu dramatischem Umfang zurück. Leichtfertig könnte man behaupten, daß dies auch Indiz für einen weiteren Rückgang des politischen Stellenwertes sei. Es bedarf aber keiner volkswirtschaftlichen Erklärungsversuche, um zu erkennen, daß ein Aufgabenrückgang üblicherweise mit einem Finanzierungsrückgang verbunden ist.

Nicht die veränderten politischen Rahmenbedingungen, wohl aber die geringer werdenden Haushaltsmittel sind Anlaß dafür, daß das Bevölkerungsschutz-Magazin für Zivil- und Katastrophenschutz seine Erscheinungsweise reduzieren muß. Konnten wir bislang monatlich über das Geschehen im Zivil- und Katastrophenschutz berichten, werden wir dies zukünftig nur noch vierteljährlich tun können. Natürlich ist es bedauerlich, daß die Information der Führungskräfte des Zivil- und Katastrophenschutzes, der Verantwortlichen bei den Gemeinden, Kreisen, Regierungsbezirken und Ländern nunmehr in längeren Zeitabständen erfolgen muß. Aber auch hierfür muß gelten: Veränderungen sind nicht nur ärgerlich, sondern auch positive Herausforderung.

Die Redaktion nimmt diese Herausforderung an und erarbeitet ein neues Redaktionskonzept, das den neuen sachlichen und haushaltspolitischen Gegebenheiten

Rechnung trägt. So werden wir – notgedrungenerweise – an Aktualität verlieren, wollen trotzdem aber die aktuellsten Fachinformationen liefern. Wir werden uns darin üben müssen, eigene Berichte, Interviews und Reportagen kurz, knapp und präzise zu fassen und haben die gleiche Bitte an unsere Autoren und die Organisationen, die uns mit Informationen und Themen zum Organisationsteil versorgen. Wir werden den Satz des Geheimrats von Goethe „Ich habe keine Zeit, einen kurzen Bericht zu schreiben, deswegen schreibe ich einen langen“ ins Gegenteil verkehren.

Verpflichtung bleibt für uns, über alle Organisationen und Tätigkeiten im Zivil- und Katastrophenschutz angemessen, leserorientiert und mit hohem Neuigkeitswert zu berichten. Die Lesefreundlichkeit des Bevölkerungsschutz-Magazins soll durch ein neues Layout verbessert werden, die Gliederung die neuen Gegebenheiten berücksichtigen. Die Neukonzeption des Zivilschutzes wird sich berichtend und kommentierend widerspiegeln in der Neukonzeption Ihres Informationsdienstes, unseres Bevölkerungsschutz-Magazins. Für weitere Anregungen von Lesern und Schreibern, Organisationen und Behörden sind wir dankbar.

Peter Eykmann  
Chefredakteur

völkerung in Krisen- und Not-situationen liegt nach der Verfassung bei den Ländern. Deren Potential wird vom Bund ergänzt und verstärkt. In der Vergangenheit hat der Bund jedoch zahlreiche Aufgaben finanziert, die nicht in seine Zuständigkeit fallen. Aus den Bereichen muß er sich angesichts der eingangs geschilderten veränderten Ausgangslage zurückziehen.

Auch wenn der Zwischenbericht zur zivilen Verteidigung an den Innen- und Haushaltsausschuß noch nicht in allen Einzelheiten erkennen läßt, wie der Zivil- und Katastrophenschutz in Zukunft aussehen wird, ist eine Straffung und Ausrichtung an den heutigen Erfordernissen klar erkennbar. Die zahlreichen angesprochenen administrativen Hindernisse sind jedoch zu beseitigen. Konkrete Vorgaben in personeller, finanzieller und struktureller Hinsicht sind noch zu treffen, damit der Haushaltsausschuß abschließend über das neue Konzept beraten kann.

Die ehrenamtlichen Helfer bleiben auch weiterhin tragendes Element des Katastrophenschutzes. Auf keinen Helfer soll verzichtet werden. Für den Dienst im Katastrophenschutz werden weiterhin Helfer vom Wehrdienst freigestellt. Helfer, deren Funktion im Rahmen der Neuordnung fortfällt, bleiben freigestellt, solange sie im Katastrophenschutz mitwirken.

Die Erweiterung des Katastrophenschutzes erstreckt sich künftig auf die Aufgabenbereiche

- Brandschutz
- Bergung
- Sanitätswesen
- Betreuung
- ABC-Schutz

Für den Bereich der Bergung hält der Bund die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk vor. Darüber hinaus hat das THW laut THW-Helferrechtsgesetz im Rahmen der technischen Hilfe auch die Aufgabe der Instandsetzung. Ich betone dies, da im vorliegenden Zwischenbericht die Instandsetzungskomponente nicht ausdrücklich erwähnt

wird, sie meiner Meinung nach aus fachlichen Erwägungen heraus nach wie vor erforderlich ist und aus diesem Grund eben auch im Gesetz verankert ist. Außerdem verfügt das Technische Hilfswerk über eine Komponente für humanitäre Hilfeinsätze im Ausland.

Ich begrüße die beabsichtigten Veränderungen im Bereich der Ersten-Hilfe-Ausbildung und bei den Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit. Dazu zählen die Integrierung der Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz in die Erste-Hilfe-Ausbildung sowie die weitere Finanzierung der Aus- und Fortbildung von Schwesternhelferinnen und männlichen Pflegedienstkräften.

Der vorliegende Zwischenbericht weist den richtigen Weg in die Zukunft des Zivil- und Katastrophenschutzes. Insbesondere die von mir angesprochenen Präzisierungen, aber auch eine angemessene Finanzausstattung in den einzelnen Bereichen sind jedoch noch vorzunehmen, so daß der endgültige Bericht mit einem tragfähigen Konzept zügig zur Beratung vorgelegt werden kann.

## Scharfe Kritik an Festbeträgen im Rettungsdienst

Die von den Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag angestrebte Festbetragsregelung für Leistungen des Rettungsdienstes und Krankentransportes ist angesichts der ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeit der Länder für Benutzungsentgelte verfassungswidrig. Dies erklärten die Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst und der Deutsche Feuerwehrverband sowie die 1.500 Teilnehmer des 8. DRK-Rettungskongresses vor kurzem in Dresden in einer gemeinsamen Resolution.

CDU/CSU und FDP hätten

## Staatssekretär Schelter beim THW-ÖV Chemnitz

Einen neuen Kipper übergab der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Prof. Dr. Kurt Schelter bei einem Besuch im sächsischen THW-Ortsverband Chemnitz. Ortsbeauftragter und THW-Landessprecher Gerald Hiemer hatte hierbei Gelegenheit, dem Staatssekretär den Entwicklungsstand der sächsischen THW-Ortsverbände aufzuzeigen.

Im Mittelpunkt eines ausführlichen Gesprächs des Staatssekretärs und des Leiters

der Abteilung LZV im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Dr. Rüdiger Kass, mit THW-Helfern und dem Vorsitzenden der THW-Helfervereinigung, Ewald Matejka, standen die Beweggründe einer ehrenamtlichen Mitarbeit im THW. Die Gäste würdigten die Arbeit des Ortsverbandes und seiner Helferschaft und ermutigten die Helferinnen und Helfer, den eingeschlagenen Weg zielstrebig fortzusetzen.



Brachten bei ihrem Besuch ein neues Fahrzeug mit: Staatssekretär Prof. Dr. Schelter und Ministerialdirektor Dr. Kass (2. und 3. von links).

kurzfristig und ohne jede Absprache mit den Betroffenen, den Ländern und Leistungserbringern in einem Änderungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung krankensicherungsrechtlicher Vorschriften (GKV-Anpassungsgesetz) gefordert, daß die Krankenkassen in Ländern und Kommunen einheitlich Festbeträge für den Rettungsdienst nach Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten festsetzen, die unter den tatsächlich bestehenden Kosten liegen.

In einer DRK-Presseerklärung heißt es dazu: „Die Hilfsorganisationen einschließlich der Feuerwehr, die zu 90 Prozent Rettungsdienst und Krankentransport in Deutschland gewährleisten, verwahren sich in scharfer Form gegen eine solche Regelung, da Festbeträge wie Ko-

stendeckung ein ungeeignetes Mittel für eine sachgerechte Kostenbegrenzung im Rettungsdienst seien. Festbeträge würden unterschiedslos auf unterschiedliche Voraussetzungen angewendet. Sie orientierten sich nicht an den vom Staat vorgegebenen Rahmenbedingungen für den Rettungsdienst, sondern an den finanziellen Gesichtspunkten der Krankenkassen und würden deshalb den notfallmedizinischen Standard gefährden. Die Differenz zwischen Festbetrag und den Kosten des Rettungsdienstes könne weder von den Ländern noch von den Leistungserbringern subventioniert werden. Die einzig verbleibende Alternative einer etwa beabsichtigten Zuzahlung seitens der Versicherten wäre unsozial und unzumutbar. Festbeträge, die in Wirk-

lichkeit als Höchstbeträge formuliert und gemeint seien, sind begrifflich und funktional ungeeignet, Wettbewerb zu erzeugen. Dies gelte besonders für rettungsdienstlich strukturschwache Gebiete.“

Hilfsorganisationen und Feuerwehr kritisieren, daß die angestrebte Festbetragsregelung einseitig und systemgefährdend in den bewährten und funktionierenden Mechanismus der Rettungsdienstgesetze eingreife und auch deshalb, angesichts der ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeit der Länder für Benutzungsentgelte, verfassungswidrig sei. Das gewählte Verfahren sei für die Leistungserbringer unerträglich. Es widerspreche nicht nur der eindeutigen Zusage des Bundesgesundheitsministers in der konzertierten Aktion vom 14. Dezember 1993, sondern stelle eine unerfreuliche Wiederholung der als „Nacht- und Nebelaktion“ empfundenen Methode bei der Ergänzung des Paragraphen 133 SGB V vom Dezember 1992 dar. Die Leistungserbringer erwarten eine Behandlung in Partnerschaft und dementsprechend den Dialog und nicht das Dekret. Die Anwendung auch der beabsichtigten Neufassung des Paragraphen 133 Abs. 2 SGB V wäre allerdings wie bei der bestehenden Fassung nur dort möglich, wo Entgelte festgelegt, nicht aber dort, wo sie vereinbart würden.

## DRK ehrt Hans-Georg Dusch

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans-Georg Dusch, erhielt in Bonn aus der Hand des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, das Ehrenzeichen des DRK.

Der DRK-Präsident würdigte das außerordentliche Engagement von Hans-Georg Dusch besonders in schwierigen Phasen und dankte für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit zwi-



Mit dem Ehrenzeichen des DRK ausgezeichnet: BZS-Präsident Hans-Georg Dusch.

(Foto: Zimmermann)

schenden DRK und dem Bundesamt für Zivilschutz.

Insbesondere lobte der DRK-Präsident den persönlichen Einsatz von Hans-Georg Dusch im Zusammenhang mit

der Verabschiedung des Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetzes sowie das „Programm für die Zukunft“ im Bereich des Zivilschutzes. „Unverkennbar trägt die Neukonzeption für dieses Programm Ihre Handschrift“, so Wittgenstein.

## Ehrenamt muß attraktiver werden

„Das Ehrenamt muß attraktiver werden.“ Mit diesem Appell zum diesjährigen Weltrotkreuztag wandte sich das Deutsche Rote Kreuz an die politisch Verantwortlichen in Deutschland, entsprechende

rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Sechs Prozent der Bevölkerung unterstützen das Deutsche Rote Kreuz ideell und materiell. Darunter sind fast 400.000 ehrenamtliche Mitarbeiter, die freiwillig und unentgeltlich anderen Menschen helfen. Sie tun dies im Sanitätsdienst, als Betreuer pflegebedürftiger Menschen, als Krankenhaushilfen und Erste-Hilfe-Ausbilder. Sie wirken im Rettungsdienst, in der Wasser- und in der Bergwacht sowie im Katastrophenschutz, bei Auslandseinsätzen, im Suchdienst und als Helfer bei Blutspendeterminen.

Dennoch gebe es keinen Grund zu Optimismus, heißt es in einer DRK-Pressemitteilung. Wie andere Verbände und Organisationen stelle auch das DRK eine zurückgehende Bereitschaft fest, sich ehrenamtlich zu engagieren. Aber gerade das Ausmaß der Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement sei ein Gradmesser für das Funktionieren einer Gesellschaft, deren Zusammenhalt auf Werte wie Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gründe.

Steuerliche wie urlaubsrechtliche Erleichterungen würden nach Meinung des DRK wesentlich dazu beitragen, ehrenamtliche Betätigung attraktiver zu machen. So sollten Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit im Steuer- und im Rentenrecht anerkannt werden. Förderlich wäre auch ein bundesweit einheitliches Sonderurlaubsgesetz, so daß z.B. Ausbildungen, Auslandseinsätze oder die Betreuung von Jugendlichen und Senioren nicht mehr ausschließlich zu Lasten des Erholungsurlaubs gehen müssen. Es gelte zu berücksichtigen, daß der Erwerb fachlicher Qualifikationen für den Einsatz im DRK immer wichtiger werde. Im Rettungsdienst seien z. B. nach Verabschiedung des Rettungsassistentengesetzes 1989 die Anforderungen (zweijährige Ausbildung) so angestiegen, daß ein Ehrenamtlicher kaum noch Gelegenheit habe, die notwendigen Qualifikationen in seiner Freizeit zu erwerben.

## Schwere Unwetter in Mittelbaden

Unwetter in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen forderten in der Nacht zum 28. Juni 1994 insgesamt drei Menschenleben und verursachten Millionenschäden.

Die schweren Hitzegewitter mit Wolkenbrüchen setzten tausende von Kellern unter Wasser, lösten Erdbeben aus und überfluteten zahlreiche Straßen sowie Bahngleise.



Unser Foto zeigt einen Triebwagen der Renchtalbahn an der Haltestelle Ramsbach-Birkendorf bei Oppenau, der in Schlamm- und Geröllmassen stecken blieb.

(Foto: dpa)

Dialog

## „Wir fordern die Verantwortlichkeit des einzelnen ein“

DFV-Präsident Gerald Schäuble zur Organisation des Brand-, Katastrophen- und Zivilschutzes

**Bevölkerungsschutz:** Herr Schäuble, Sie sind seit fünf Monaten Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, der größten ehrenamtlichen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Was hat Sie veranlaßt, sich für dieses Amt zur Verfügung zu stellen?

*Schäuble: Für mich war Grundmotivation, dieses Amt anzunehmen, die Möglichkeit, etwas positiv gestalten und verändern zu können. Zugleich ist die kameradschaftliche Aufforderung, für dieses Ehrenamt zu kandidieren, schon eine eigenständige Verpflichtung, diesen Verband in der Öffentlichkeit zu repräsentieren.*

**Bevölkerungsschutz:** Was sind Ihre ganz persönlichen Schwerpunkte für die Dauer Ihrer Amtszeit?

*Schäuble: Erster Schwerpunkt wird sicherlich die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit sein. Hier wollen wir Versäumnisse der Vergangenheit aufarbeiten und die Arbeit der Wehren gebührend bekanntmachen. Zweitens muß das Normenwesen auf europäischer Ebene standardisiert werden. Hier mußten wir Rücksicht auf die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland nehmen. Wir haben erreicht, daß die deutschen Feuerwehren an den europäischen Beratungen wieder teilnehmen können. Nunmehr ist sichergestellt, daß alle Feuerwehren in den Ländern und Gemeinden europaweit mit einer Zunge sprechen. Drittes Ziel meiner Tätigkeit wird die Neuordnung des Katastrophenschutzes sein, die in nächster Zeit ansteht.*

*Ein besonderer Schwerpunkt innerhalb des Deutschen Feuerwehrverbandes wird es sein, die Aus-*

*schußarbeit effizienter zu gestalten. So werde ich darum bemüht sein, die drei Säulen, Deutscher Feuerwehrverband (DFV), die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) und den Verband zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdB) in ihren Tätigkeiten zu koordinieren. Hier wollen wir Aufgabenschwerpunkte für die einzelnen Bereiche setzen, um die Effektivität unserer Arbeit steigern zu können.*

*Selbstverständlich wird es infolge weiterer Denkvorgänge auch noch andere Ziele geben, die heute erst schemenhaft zu erkennen sind.*

**Bevölkerungsschutz:** Eine Menge Arbeit, die Sie sich für sechs Jahre vorgenommen haben. Kalkulieren Sie eine Wiederwahl in 5 1/2 Jahren ein?

*Schäuble: Ursprünglich war ja ein Generationswechsel geplant. Doch*



Gerald Schäuble ist seit dem 1. Januar 1994 Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes. Bis zu seiner Berufung übte er verschiedene Feuerwehrfunktionen aus: 1960 in die Feuerwehr seiner Heimatstadt Radolfzell am Bodensee eingetreten, übernahm er bereits 1967 das Amt des Kommandanten, das er bis 1982 innehatte. Daneben wirkte er seit 1973 als Kreisbrandmeister und Vorsitzender des Kreisfeuerwehrverbandes Konstanz. Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg

wählte ihn 1981 zum stellvertretenden Vorsitzenden, damit wurde er auch Präsidiumsmitglied des DFV. Seit 1984 war er stellvertretender Vorsitzender des Vereins Baden-Württembergisches Feuerwehrheim und seit 1982 gehörte er dem Feuerwehrbeirat, dem Beratungsgremium der Landesregierung, an.

Der 56jährige selbständige Unternehmer ist verheiratet und hat vier Kinder. Nach zwei abgeschlossenen Lehren als Blechner und Sanitärinstallateur absolvierte er Fortbildungen zum Techniker der Fachrichtung Metall und zum Gas- und Wasserinstallationsmeister sowie zum Blechnermeister. 1973 übernahm er das mittelständische Familienunternehmen, bei dessen Geschäftsführung er mittlerweile von seinem Sohn, ebenfalls Klempner-, Gas- und Wasserinstallationsmeister, unterstützt wird. Damit verbleibt ihm der zeitliche Freiraum, den das neu übernommene Amt des DFV-Präsidenten mit seinen vielfältigen Aufgaben erfordert.

die Wahl hat etwas anderes gebracht. Wie sich das nun in 5 1/2 Jahren darstellen wird, darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht. Das wird man in den nächsten Jahren sehen.

**Bevölkerungsschutz:** Sie sprachen das Normenwesen im Bereich der Europäischen Union an. Die Europäische Union ist ja auch Verursacher, daß das Recht der Monopolversicherungen ab 1. Juli entfällt. Hierdurch geht den Feuerwehren Geld verloren. Wie kann dieser Verlust kompensiert werden?

**Schäuble:** In der Tat hat uns die Europäische Union (EU) hier einige Probleme beschert. Wenn man aber sieht, daß die EU mit ihren Verordnungen vor Bier und Käse nicht halt macht, dann darf man nicht erwarten, daß sie vor der Feuer- oder einer sonstigen Versicherung halt macht. Insofern sind wir hier schon unter dem Rasenmäher der Europäischen Gemeinschaft angelangt. Ich gehe davon aus, daß wir im nationalen Bereich Kompensation für den Wegfall finden werden, es wird andere Transferverfahren geben müssen. Länder, die die Monopolanstalten verloren haben, sind natürlich im Moment etwas ärmer dran. Ich denke schon, daß man einen geeigneten Schlüssel finden wird, der die Verteilung der Mittel nach Gerechtigkeitsgesichtspunkten sicherstellen wird.

**Bevölkerungsschutz:** Ohne Ehrenamt wäre Feuerschutz nicht bezahlbar. Haben Sie genügend ehrenamtliche Feuerwehrleute oder haben auch Sie Nachwuchsprobleme?

**Schäuble:** Wir haben mit Sicherheit keine akuten Nachwuchsprobleme. Die Probleme der ehrenamtlichen Organisationen ähneln sich sehr. Auch der ehrenamtlich Tätige wird immer anspruchsvoller. Die Motivation, sich in der Feuerwehr zu engagieren, konkurriert mit anderen Bereichen wie Familie und Freizeit. Spontanität und Antriebsstärke des einzelnen entscheiden über sein ehrenamtliches Engagement. Heute ist der Einfluß, den Freizeit und Familie auf den einzelnen ausüben, wieder deutlich stärker geworden. Hierzu gehört auch, daß die Wertigkeit von Partnerschaft

in Familie und Lebensbeziehung außerordentlich stark gestiegen ist. Feuerwehrmann und Feuerwehrfrau werden immer stärker berücksichtigen, ob der jeweilige Partner dieses Engagement teilt oder es zumindest toleriert. Auf einen Nenner gebracht: Wenn er will und sie nicht will, sagt er „Nein“. Man sollte diese komplexen Bezüge bei einer Organisation, die vorwiegend männlicher Art ist, nicht gering schätzen. Um dieses Problem angemessen lösen zu können, bleibt uns nichts anderes übrig, als beide, also auch den Partner, mit in das Ehrenamt einzubeziehen. Dann haben wir Frieden zu Hause und bei uns in der Organisation. Dies scheint mir ein Weg zu sein, die Mitarbeit in unseren Wehren attraktiver zu gestalten. Sicherlich gibt es noch viele andere Möglichkeiten, Motivation zu schaffen und zu erhöhen.

**Bevölkerungsschutz:** Könnte eine stärkere Professionalisierung des Ehrenamtes eine solche Möglichkeit sein?

**Schäuble:** Wenn man unter Professionalisierung die Verlagerung von ehrenamtlicher Tätigkeit auf hauptamtliche Mitarbeiter versteht, dann bin ich der Meinung, daß man unsere Aufgabenwahrnehmung nicht professionalisieren muß. Professionelles Handeln im Ehrenamt heißt für mich jedoch, daß man gut ausgebildet ist, daß man wie ein Profi arbeiten kann, aber eben zu den Bedingungen, die die örtliche Feuerwehr bietet, oder die vom Einsatz gefordert wird. Unsere Leute sind heute so gut ausgebildet, daß sie jedem Vergleich mit an-

deren standhalten. Gerade in diesem Bereich ist auch ein Mangel unserer Öffentlichkeitsarbeit zu sehen. Diese gute Ausbildung müssen wir in der Öffentlichkeit deutlicher machen und bei allen Entscheidungsträgern hinterlegen, welche Kompetenz in den ehrenamtlichen Wehren vorhanden ist. So verstanden, verfügt der Feuerwehrmann über eine hohe Professionalität. Und so verstanden, verliert dieses Reizwort auch seinen negativen Beigeschmack, wenn man unter Professionalität den gut ausgebildeten ehrenamtlichen Feuerwehrmann versteht.

**Bevölkerungsschutz:** Anders ausgedrückt, müßte man dann sagen: Ehrenamtlichkeit setzt Professionalität voraus!

**Schäuble:** Wir können heute keinen Analphabeten – auch keinen technischen Analphabeten – in der Feuerwehr brauchen. Ausbildungsmäßig geht das nicht.

**Bevölkerungsschutz:** Sie sprachen verändertes Freizeitverhalten und den Wertewandel unserer Gesellschaft an. Was kann man dagegen tun?

**Schäuble:** In einem solch perfekt ausgebauten Staatswesen wie dem unseren entwickelt sich eine natürliche Trägheit. Es kommt zu einer Entfernung von eigener Verantwortung. Daß alles und jedes geregelt wird, das muß den Bürger notwendigerweise von seiner eigenen Verantwortlichkeit entfremden. Genau hier wollen wir gegensteuern. Wir fordern die Ver-

„Die Motivation, sich in der Feuerwehr zu engagieren, konkurriert mit anderen Bereichen.“



antwortlichkeit des einzelnen ein. Im übrigen glaube ich auch nicht, daß diese Versorgungsmentalität sich weiter verstärkt. Vielmehr scheint es mir so zu sein, daß wir eine Renaissance erleben, daß der „Freizeitgenießende“ wieder zurückkehrt in eine Gemeinschaft und in gemeinschaftliche Beziehungen. Dies muß nicht unbedingt die Feuerwehr sein, das können auch andere Organisationen, möglicherweise auch Sportvereine und ähnliches sein. Ich glaube, man sehnt sich wieder nach Gemeinschaft, und hier muß die Feuerwehr die Chance wahrnehmen, Angebote weg von der individuellen Freizeitgestaltung hin zur kameradschaftlichen Verantwortung anzubieten. Dieses Angebot muß so attraktiv sein, daß man es als solches erkennt und daß der einzelne in der kameradschaftlichen Verpflichtung vieles bewegen und tun kann.

**Bevölkerungsschutz:** Spielt die Möglichkeit der Freistellung vom Wehrdienst eine große Rolle bei den Feuerwehren?

Schäuble: Die Freistellung vom Wehrdienst ist lediglich punktuell von Bedeutung. Bei bestimmten Personen sind wir schon darum bemüht, daß sie freigestellt werden und legen deshalb Wert darauf, daß unsere Freistellungsquote erhalten bleibt. Aber für die Organisation insgesamt ist es fast ohne Bedeutung.

**Bevölkerungsschutz:** Der Bundesminister des Innern hat am 25. Januar 1994 den Entwurf einer Konzeption „Zivilschutz in Deutschland – Programm für die Zukunft“ vorgelegt. Ist dies denn nun die vom DFV angenommene Konzeption, können Sie sich mit dieser neuen Linie einverstanden erklären?

Schäuble: Wenn man das 19-Punkte-Programm des DFV von Olpe betrachtet, dann könnte man heute sagen, daß das Innenministerium den Wünschen der Feuerwehr gefolgt ist. Im Klartext: Die neue Konzeption stimmt in wesentlichen Punkten mit unseren Forderungen überein. Wir finden unser 19-Punkte-Programm hierin weitgehend wieder. Nun heißt das allerdings noch nicht, daß dieses Konzept uns den Hals heruntergeht

„Die neue Konzeption stimmt in wesentlichen Punkten mit unseren Forderungen überein.“



wie Öl. Es sind noch zuviel Unbekannte in diesem Entwurf, und bekanntlich steckt der Teufel im Detail. Aber insgesamt haben wir in dieser Neuordnung schon den Entwurf gesehen, den wir akzeptieren können.

**Bevölkerungsschutz:** Der erweiterte Katastrophenschutz baut auf dem Katastrophenschutz in den Ländern auf. Dieser ist sehr unterschiedlich strukturiert und ausgebaut. Halten Sie Zivilschutz und erweiterten Katastrophenschutz heute noch für notwendig?

Schäuble: Diese Fragen sind zu komplex, um sie mit einem schlichten Ja oder Nein beantworten zu können. Die Feuerwehr denkt ja nicht nur in der Kategorie Katastrophenschutz. Ich glaube, den großen Krieg wird es nicht mehr geben. Die Bedrohungsannahmen der 70er und auch noch der 80er Jahre gehören der Vergangenheit an. In dem neuen Konzept des Bundesinnenministeriums werden die Feuerwehren ja auch mit einigen neuen Aufgaben neben ihren bisherigen Aufgaben beauftragt. So sollen wir die Aufklärung und Ausbildung der Bevölkerung und noch einige andere Dinge übernehmen. Dies sind überwiegend Aufgaben, die bislang der BVS wahrgenommen hat. Ich glaube schon, daß es uns nach einer Anlaufzeit gelingen wird, im Zusammenhang mit der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung auch die Zivilschutzkomponente noch mit einzubringen. Hierzu wird es erneuter hoher Anstrengungen bedürfen, und es wird auch die Frage sein, wer in den Feuerwehren dieses

Thema transportieren wird. Eine neue, aber reizvolle Aufgabe.

**Bevölkerungsschutz:** Aber auch in Ihrem ureigensten Bereich wird es Änderungen geben.

Schäuble: Die bislang in den Katastrophenschutzschulen der Länder wahrgenommene Ausbildung soll ja zukünftig entfallen bzw. von anderen übernommen werden. Die Katastrophenschutzschulen sollen aufgelöst werden, und die Feuerwehren sollen den ABC-Dienst übernehmen. Dies geht natürlich nicht von heute auf morgen, weil die Feuerwehrsulen bislang ausgelastet sind und diese zusätzliche Aufgabe in irgendeiner Form mit aufnehmen müssen, wenn denn das Konzept zum Tragen kommt. Hier sind dann die Länder gefordert, die uns sagen müssen, wie sie dieses Problem schnell, zügig und effektiv lösen wollen.

**Bevölkerungsschutz:** Wir haben ja zwei verschiedene Zuständigkeiten im Bereich des Katastrophenschutzes. Ist das eigentlich noch zeitgemäß?

Schäuble: Ob es noch zeitgemäß ist, weiß ich nicht. Richtig sollte es jedoch sein, daß diese Kompetenz bei den Ländern enden sollte. Ich glaube schon, daß die Länder hierzu in der Lage sind. Wenn der Bund sich aus diesen Aufgaben zurückzieht, besteht natürlich die Gefahr, daß es keine bundeseinheitlichen Vorgaben mehr gibt. Hierbei besteht die Gefahr, daß in den Ländern 16 Sandkästen aufgebaut werden und sich dort Leute

tummeln, die an einem koordinierten und durchgängigen Konzept möglicherweise gar nicht mehr interessiert sind. Wir als Feuerwehr haben im BMI eindeutig erklärt, daß, wenn die Feuerwehren diese Aufgaben übernehmen, sie dieses gleichartig in allen Ländern realisieren werden, gleichgültig ob das im Bereich des ABC-Dienstes, der Aufklärung oder Ausbildung ist. Dieses Föderalismus-Problem haben wir bei den Feuerwehren nicht, weil wir eine bundeseinheitliche Ausbildung haben. Wie dies bei anderen Organisationen umsetzbar ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

**Bevölkerungsschutz:** Zu Ihren zukünftigen neuen Aufgaben soll auch die Ausbildung im Selbstschutz gehören. Trauen Sie das heute schon allen Wehren zu oder brauchen Sie dort Anschubhilfen?

**Schäuble:** Es ist ganz klar, daß wir in diesem Bereich noch missionarisch tätig werden müssen. Wenn man eine neue Aufgabe bekommt, dann sind die Umsetzungsmöglichkeiten nicht gleich mit angeboren. Dies muß man sich erarbeiten. Aus meiner praktischen Tätigkeit weiß ich, daß der BVS in seiner Ausbildung in manchen Veranstaltungen bestimmte Sympathien erhielt. Dennoch war diese Ausbildung auch nicht in jedem Fall effektiv und auch nicht immer sehr attraktiv. So glaube ich, daß die Feuerwehren auch ein Sympathieträger für die Umsetzung des Zivilschutzes werden können.

**Bevölkerungsschutz:** In der Vergangenheit gab es gelegentlich Kon-

troversen zwischen Feuerwehren, THW und ARKAT. Sind diese Probleme ausgeräumt?

**Schäuble:** Wenn ich den Entwurf der Neukonzeption ernst nehme, dann ist das Problem ARKAT kein Problem mehr, da es mehr oder weniger keine Regieeinheiten mehr geben wird. Darüber müssen wir uns nicht mehr auseinandersetzen.

Wir wissen, daß das THW ein neues Konzept erarbeitet hat. Wir glauben, daß THW und Feuerwehren miteinander arbeiten und leben können, wenn man den Ordnungssinn beider Institutionen zusammenfügt. Wenn beide Organisationen ihre Zuständigkeiten einhalten, nicht nur die geschriebenen, sondern auch die ungeschriebenen, die sich durch uns beide hindurchziehen, dann glaube ich, wird es keine großen Auseinandersetzungen mehr geben.

**Bevölkerungsschutz:** Kooperation statt Konfrontation?

**Schäuble:** Ja! Wir brauchen für die Bergung das THW. Und genau dies sieht die neue Konzeption vor. Wir vertrauen darauf, daß es keine Aufgabenüberschneidung zwischen Feuerwehren und THW mehr geben wird, sondern daß wir auf der Basis der Zusammenarbeit und der Addierung der Kräfte effektiv zusammenarbeiten können.

**Bevölkerungsschutz:** Sie wollen die Öffentlichkeitsarbeit verstärken. Es gab einmal Fernsehsender, die mit

Reality-Shows Aufmerksamkeit erzielten. Halten Sie Reality-Shows für ein Mittel der Öffentlichkeitsarbeit?

**Schäuble:** Manchmal hatte ich den Eindruck, daß die, die am ärgsten über Reality-Shows geschrien haben, die Filme noch nicht einmal gesehen haben. Mit Hilfe dieser Fernsehsendungen versuchte man einen Medienweg zu gehen, der Leute ansprechen und Aufgaben problematisieren sollte. Gelegentlich hat man dabei vergessen, daß es sich hierbei nicht um einen Fachvortrag vor Feuerwehrleuten handelte, sondern um Bewußtseinsbildung für Brand- und Katastrophenschutz. Viele dieser kritisierten Beiträge haben doch herübergebracht, daß es Leute gibt, die schnell helfen können, die sich zur Hilfeleistung unter Umständen selbst gefährden, und die sich für ihre Aufgabe voll einsetzen. Inwieweit es stets gelingt, ein positives Bild einer Aktion in einer Reality-Show unterzubringen, das hängt von vielen Faktoren ab. Wir müssen vielleicht eine andere Gang- oder Machart finden, um diese im Prinzip gute Darstellung auch künftig im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit einsetzen zu können.

**Bevölkerungsschutz:** Sie versuchen neue Wege der Öffentlichkeitsarbeit. Welche sind das?

**Schäuble:** Die Generation, die wir ansprechen wollen, geht wieder ins Kino. Kino ist das Aktuellste, was die Jugend z. Z. bewegt. Also werden wir Informationen in die Kinos bringen. Mit Großplakaten wollen wir den Bürger ansprechen, mit ganz frechen und lockeren Anspielungen wie „Du könntest ja bei uns sein“ oder „Du könntest ja helfen“ oder „Vor sieben Minuten arbeitete er noch in seiner Malerwerkstatt“. Was wir wollen ist, den Bürger anzusprechen mit dem Motto: „Komm zur Feuerwehr und hilf mit“.

**Bevölkerungsschutz:** Schützen und Helfen ist Aufgabe nicht nur der Feuerwehren, sondern auch der Hilfsorganisationen und des BVS. Ist es dann nicht sinnvoll, eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit aller Organisationen in diesem Bereich anzustreben?



„Wir glauben, daß THW und Feuerwehr miteinander arbeiten und leben können.“



„Es gibt außerordentlich viele Bereiche, in denen ohne Ehrenamtlichkeit nichts läuft.“

Schäuble: Das glaube ich wieder weniger. Das ist so, als wenn Sie sagen, wir werben für ein Personenauto. Da würde Mercedes, BMW und Opel nicht mitmachen, denn jeder will sein Auto verkaufen. Und das würde auch für eine kollektive Öffentlichkeitsarbeit zum Aufgabenbereich „Schützen und Helfen“ gelten. Eine solche Öffentlichkeitsarbeit würde ich nicht als effektiv ansehen, zumal auch die Interessen sehr weit auseinandergehen. Wenn ich Sanitäter werden will, dann gehe ich eben zum DRK, und wenn ich Feuerwehrmann werden will, dann gehe ich zur Feuerwehr, und wenn ich technisch irgend etwas bewerkstelligen will, dann gehe ich zum THW. Wer sich sozial engagieren will, tut dies in kirchlichen oder karitativen Einrichtungen, und wer ein sportliches Ehrenamt ausüben will, tut dies im Sportverband. Eine solche allgemeine Öffentlichkeitsarbeit wäre zu wenig zielgerichtet.

**Bevölkerungsschutz:** Dann wäre der einzig gemeinsame Nenner die Ehrenamtlichkeit.

Schäuble: Selbst das gilt nicht uneingeschränkt für die Hilfsorganisationen. Auch andere halten durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit diesen Staat aufrecht. Es gibt außerordentlich viele Bereiche, in denen ohne Ehrenamtlichkeit nichts läuft. Wir sind nur ein Teil davon. Dieses Marktsegment müssen wir verteidigen und mit unseren Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit darstellen.

**Bevölkerungsschutz:** Ehrenamtlichkeit als Wert an sich. Wenn es nach Ihrer Auffassung zukünftig keine Regieeinheiten mehr geben wird, würden denn die Feuerwehren diesen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern eine neue Heimstatt bieten?

Schäuble: Hierzu sind wir schon gewillt. Natürlich wird es Berührungs-

spannungen geben. Denn auch für diese ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gilt ja, daß sie eine bestimmte Motivation hatten, nicht zur Feuerwehr zu gehen, sondern in den Regieeinheiten aktiv zu werden. Ob diese Helferinnen und Helfer das überhaupt wollen, das ist natürlich eine andere Frage. Aber im Prinzip beabsichtigt die Feuerwehr schon, dieses Angebot zu machen.

**Bevölkerungsschutz:** Und nun eine Frage in eigener Sache. Unser Magazin berichtet über den gesamten Katastrophenschutz und versteht sich als Transmissionsriemen aller Organisationen. Halten Sie so etwas auch in Zukunft für erforderlich?

Schäuble: Im Gegensatz zu der Gemeinschaftswerbung bin ich in dieser Frage der festen Auffassung, daß diese Verbindung bleiben muß. Es ist schon sinnvoll, wenn die eine Organisation mal wieder etwas von der anderen liest und der Helfer nicht nur durch seine verbandseigenen Fachzeitschriften informiert wird. Es ist einfach erforderlich, sich auch den anderen Organisationen in ausführlicher Form mitteilen zu können. Andererseits ist man auch gar nicht in der Lage, alle Fachzeitschriften und Fachinformationen aller Organisationen so zur Kenntnis zu nehmen, wie es eigentlich erforderlich wäre. Die gebündelte Darstellung Ihres Magazins ist schon von Vorteil. Jeder kommt im Bevölkerungsschutz-Magazin zu seinem Recht, und das sollte so bleiben.

Das Interview mit Gerald Schäuble führte Peter Eykmann.

„Jeder kommt im Bevölkerungsschutz-Magazin zu seinem Recht, und das sollte so bleiben.“



# Neukonzeption des Zivilschutzes in Deutschland

Die Abgeordneten Gerd Wartenberg (Berlin), Bernd Reuter, Rudolf Purps, Günter Graf u. a. sowie die Fraktion der SPD richteten unter dem Stichwort „Neukonzeption des Zivilschutzes in Deutschland“ an die Bundesregierung eine Kleine Anfrage mit insgesamt 18 Unterpunkten. In einem Vorwort heißt es hierzu:

„Die Neuordnung des Zivilschutzes ist seit Jahren überfällig. Die SPD-Bundestagsfraktion und die Länder haben sie von der Bundesregierung immer wieder eingefordert. Die von dem Bundesinnenministerium am 25. Januar 1994 und 31. März 1994 vorgelegten Konzepte „Zivilschutz in Deutschland – Programm für die Zukunft“ und „Bericht zur zivilen Verteidigung“ basieren primär auf der Feststellung, daß sich die sicherheitspolitische Lage in Europa grundlegend geändert habe und sind im wesentlichen unter dem Spardiktat des Bundesfinanzministers formuliert worden.

Der Abbau überkommener Strukturen und bürokratischer Vorgaben des Bundes wie auch die Straffung der Ausbildungseinheiten im Bereich des Zivilschutzes sind aus der Sicht der SPD-Bundestagsfraktion zu begrüßen. Andererseits ist aber nicht zu verkennen, daß der Bund sich teilweise unzulässig seiner grundgesetzlich geregelten Verantwortung für diesen Teilbereich der zivilen Verteidigung auf Kosten der Länder und Gemeinden zu entledigen versucht.

Das vorliegende Konzept wirft mehr Fragen auf, als es Antworten gibt.“

In seiner Antwort vom 13. Juni 1994 stellte der Bundesminister des Innern, Manfred Kanther, im Namen der Bundesregierung fest:

„Das Grundsatzpapier „Zivilschutz in Deutschland – Programm für die Zukunft“ enthält die Vorstellungen des Bundesministeriums des Innern

zur Neuordnung des Zivilschutzes. Sie sind übernommen worden in den Zwischenbericht zur zivilen Verteidigung, der dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 6. Mai 1994 übersandt worden ist. Das Papier hat, wie auch in seiner Einleitung zum Ausdruck kommt, derzeit den Charakter eines Entwurfs. Es soll Grundlage sein für die Diskussion mit allen im Zivilschutz mitwirkenden Kräften, insbesondere den Ländern und den Hilfsorganisationen, über die Zukunft des Zivilschutzes. Die Diskussion ist in vollem Gange. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieses Meinungsbildungsprozesses soll die Neuordnung des Zivilschutzes erfolgen.“

Zu den einzelnen Fragen nahm der Bundesinnenminister wie folgt Stellung:

*Frage: Ist die Lageeinschätzung, daß keine flächendeckenden, sondern nur noch lokale/regionale Schadenslagen zu bewältigen sind, mit dem Verteidigungsministerium und/oder Außenministerium abgestimmt worden, und ist es somit die offizielle Auffassung der Bundesregierung, daß es keine allgemeingültige Bedrohungslage der Bundesrepublik Deutschland mehr gibt?*

Antwort: Die Lageeinschätzung ist mit dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Auswärtigen Amt abgestimmt. Sie entspricht der Neubewertung der sicherheitspolitischen Lage, wie sie im „Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr“ (Weißbuch 1994) dargestellt ist. Dort heißt es unter anderem: „Die Gefahr einer großangelegten und existenzbedrohenden Aggression ist überwunden. Deutschlands territoriale Integrität und die seiner Verbündeten ist mi-

litärisch auf absehbare Zeit nicht existentiell bedroht“ (Nr. 202). „Die jahrzehntelange Angst vor einer nuklearen Auseinandersetzung gehört der Vergangenheit an, ebenso die Bedrohung, auf die sich der Auftrag der Bundeswehr bezog: die Abwehr einer groß angelegten Aggression zahlenmäßig überlegener konventioneller Streitkräfte in Mitteleuropa nach einer relativ kurzen Warn- und Vorbereitungszeit“ (Nr. 205).

Das System der zivilen Verteidigung braucht deshalb im Gegensatz zu früher nicht mehr ständig auf eine große Verteidigungsanstrengung ausgerichtet zu sein, die bei massiven Kampfhandlungen mit großflächigen Zerstörungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland alle Kräfte des Staates zu mobilisieren hatte. Dies hat auch Auswirkungen auf den Zivilschutz, dessen Aufgabe es ist, „die Bevölkerung ... vor Kriegseinwirkungen zu schützen und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern“ (§ 1 des Gesetzes über den Zivilschutz). Die Veränderung der sicherheitspolitischen Lage gestattet eine Verringerung der bisherigen Zivilschutzvorkehrungen.

*Frage: Auf welchen Strukturen der Bundesländer soll der Zivil- sowie der Katastrophenschutz aufgebaut werden, und auf welche bundeseinheitlichen Strukturen soll künftig verzichtet werden?*

Antwort: Nach dem Grundgesetz ist es Aufgabe der Länder, Vorkehrungen zur Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen zu treffen. Die Länder haben entsprechende Regelungen – zumeist in Form von Gesetzen über den Katastrophenschutz – geschaffen. Auf dieser Grundlage haben die Katastrophenschutzbehörden vornehmlich mit Hilfe der kommunalen Feuerwehren, der Sanitätsorganisationen und anderen Organisationen ihre Gefahrenabwehr- und

Hilfeleistungsvorkehrungen organisiert.

In der Vergangenheit hat der Bund versucht, mit Hilfe von Verwaltungsvorschriften zum Zivilschutz auf bundeseinheitliche Stärke und Strukturen der einzelnen Zweige des Katastrophenschutzes und auch seiner Führungsorganisation hinzuwirken. Diese Bemühungen haben nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Zumeist sind nur die vom Bund finanzierten Einheiten und Einrichtungen, die den Katastrophenschutz der Länder verstärken sollen, nach einem einheitlichen Muster organisiert worden. Die meisten Länder haben diese Regelung für ihren Teil nicht übernommen. Ein Nebeneinander zweier Systeme und Doppelgleisigkeit waren die Folge.

Das neue Zivilschutzkonzept will dieser Entwicklung Rechnung tragen. Der Bund verzichtet künftig auf einheitliche Strukturen für den Zivilschutzfall. Er akzeptiert die von den Ländern für ihren Katastrophenschutz geschaffenen Strukturen und konzentriert sich auf die zivilschutzrelevante Ergänzung dieses Katastrophenschutzes durch Beschaffung spezieller Ausstattungen und Finanzierung zivilschutzbezogener Ausbildungsinhalte im Rahmen einer integrierten Katastrophenschutzusbildung.

*Frage: Wie gewährleistet die Bundesregierung zukünftig ein einheitliches Hilfeleistungssystem, das den Schutz der Zivilbevölkerung bei großflächigen Schadensfällen sicherstellt?*

Antwort: Der Schutz der Bevölkerung auch bei großflächigen Schadensfällen ist Sache der Länder. Das gilt auch für solche Schadensfälle, die die Grenzen eines Landes überschreiten. Die hierfür notwendige länderübergreifende Zusammenarbeit der Gefahrenabwehrbehörden muß von den Ländern vorbereitet und organisiert werden.

Für den Bereich der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes soll eine Ausbildungsstätte auf Bundesebene diese Fähigkeit fördern, wie es für den Bereich der Polizei die Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup seit langem erfolgreich praktiziert. Ziel ist ein Hilfeleistungssystem, das als gemeinsames Verbundsystem verstanden wird und nicht zwangsläufig auch bundeseinheitliche Detailstrukturen verlangt.

*Frage: Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um sicherzustellen, daß zwischen den finanzschwächeren – insbesondere den neuen – und den finanzstärkeren Bundesländern kein unververtbares Leistungsgefälle entsteht?*

Antwort: Die Ergänzung des Katastrophenschutzpotentials der Länder durch den Bund aus Gründen des Zivilschutzes orientiert sich an der Bevölkerungszahl, nicht an der Finanzkraft der Länder. Es ist nicht Aufgabe des Bundes, mit den für den Zivilschutz zur Verfügung stehenden Mitteln einen Ausgleich zwischen finanzschwachen und finanzstarken Ländern herzustellen.

Im Falle der neuen Länder hat der Bund erhebliche Hilfe beim Aufbau des Katastrophenschutzes geleistet und so dazu beigetragen, das Schutzgefälle gegenüber den alten Ländern möglichst schnell zu verringern. Mit einem Aufbauprogramm Ost hat der Bund 2.400 Fahrzeuge mit Ausstattung im Wert von ca. 300 Mio. DM den neuen Ländern zur Verfügung gestellt. Damit sind 240 Einheiten des Brandschutzes und 160 Einheiten des Sanitäts- und Betreuungswesens ausgestattet worden. 80 THW-Ortsverbände verfügen inzwischen über Fahrzeuge und Ausrüstung zu Bergungs- und Instandsetzungszwecken. Soweit Ausstattung, die nach den Überlegungen für eine Neukonzeption des Zivilschutzes künftig überzählig ist, von den bisherigen Trägern zurückgegeben wird, will sie der Bund den neuen Ländern für ihren Katastrophenschutz zur Verfügung stellen.

*Frage: Auf welche Personenzahl wird die durch die Neukonzeption der zivilen Verteidigung zu erreichende Personaleinsparung im Bereich der hauptamtlich Beschäftigten beziffert?*

Antwort: Das neue Zivilschutzkonzept sieht das Auslaufen der Finanzierung der Katastrophenschutzschulen der Länder und der Katastrophenschutz-Zentralwerkstätten vor. Diese vom Bund finanzierten Ländereinrichtungen mit Landespersonal haben rd. 800 Mitarbeiter. Personaleinsparungen sind auch bei den Bundeseinrichtungen zu erwarten. Konkrete Aussagen bezüglich des Bundesamtes für Zivilschutz, des Bundesverbandes für den Selbstschutz und der Akademie für zivile Verteidigung sind erst möglich, wenn

die Programmaussagen des neuen Zivilschutzkonzeptes durch Feinkonzepte ergänzt sind und insbesondere die Struktur des Warndienstes und der zentralen Ausbildungseinrichtung des Bundes festgelegt ist.

*Frage: In welchem zeitlichen Rahmen soll dieser Personalabbau erfolgen?*

Antwort: Für die Umsetzung der Programmaussagen des Zivilschutzkonzeptes ist ein Zeitraum von bis zu fünf Jahren vorgesehen. In diesem Zeitraum soll auch der Personalabbau erfolgen.

*Frage: Wie soll die zukünftige dienstliche Verwendung des einzusparenden Personals aussehen?*

Antwort: Für die weitere dienstliche Verwendung des Personals der Katastrophenschutzschulen der Länder und der Katastrophenschutz-Zentralwerkstätten sind die Länder als deren Arbeitgeber zuständig. Der Bund unterstützt die Länder in deren Bemühen, dieses Personal anderweitig, insbesondere in der Landes- oder Kommunalverwaltung unterzubringen und nutzt auch alle Möglichkeiten einer Beschäftigung im Bundesbereich.

*Frage: An welche tariflichen Regelungen zur sozialen Abfederung oder an welche Vereinbarungen im Rahmen von Sozialplänen denkt die Bundesregierung?*

Antwort: Bei den bisherigen Abstimmungsgesprächen zwischen Bund und Ländern bestand Einvernehmen, daß im Rahmen eines kontrollierten Personalabbaus sozialverträgliche Lösungen angestrebt werden. Der Bedarf an zusätzlichen flankierenden Maßnahmen wird festgelegt, wenn die Möglichkeiten einer anderweitigen Beschäftigung mit den betroffenen Ländern erörtert worden sind.

*Frage: Wie steht die Bundesregierung zu der Tatsache, daß aufgrund eines auf unbestimmte Zeit nicht vorhandenen Alarmsystems die Warnung und Information der Bevölkerung nicht erfolgen kann?*

Antwort: Für die Warnung und Information der Bevölkerung über Gefahren im Frieden, wie z. B. bei Unglücksfällen und Katastrophen, tragen die Länder die Verantwortung.

Ihre Katastrophenschutzbehörden nutzen hierfür u. a. Sirenen, von denen sich zur Zeit rd. 32.900 in ihrem Besitz befinden, Lautsprecher und den Rundfunk. Dieses Potential steht auch für Zivilschutzzwecke zur Verfügung. Die Bundesregierung hält angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage dieses Instrumentarium vorübergehend für ausreichend. Sie strebt an, dieses Instrumentarium durch die Einführung eines dem Verkehrsfunk ähnlichen Warnsystems zu verbessern.

*Frage: Beabsichtigt die Bundesregierung die Auflösung des Bundesverbandes für den Selbstschutz? Wenn ja, mit welchen Instrumentarien und mit welchen finanziellen Beiträgen wird die Bundesregierung künftig den Selbstschutzgedanken in den Gemeinden fördern?*

Antwort: Die Bundesregierung mißt dem Selbstschutz auch weiterhin eine wichtige Bedeutung zu. Er soll noch stärker in das Bewußtsein der Bevölkerung gerückt werden. Die Sanitätsorganisationen und die Feuerwehren haben vor Ort bei der Bevölkerung das notwendige Ansehen, um mit Erfolg die Selbstschutzausbildung durchführen zu können. Die Sanitätsorganisationen verfügen mit der vom Bund geförderten Erste-Hilfe-Ausbildung bereits über ein Kursangebot, das auf breite Akzeptanz stößt, so daß die Integration der Selbstschutzausbildung in die Erste-Hilfe-Ausbildung sinnvoll erscheint. Der Bundesverband für den Selbstschutz soll die Umstrukturierung der Selbstschutzausbildung begleiten und mitgestalten. Nach Beendigung der Umstrukturierungsphase wird zu prüfen sein, ob es für den Bereich Selbstschutz weiterhin einer besonderen Einrichtung wie der des BVS als einer bundesunmittelbaren Körperschaft des öffentlichen Rechts bedarf.

*Frage: Was geschieht mit den hauptamtlichen Mitarbeitern des Bundesverbandes für den Selbstschutz?*

Antwort: Soweit im Rahmen der Neustrukturierung beim BVS Personal verringert wird, wird sich die Bundesregierung um sozialverträgliche Lösungen für die betroffenen Mitarbeiter bemühen.

*Frage: Wie soll nach Ansicht der Bundesregierung konkret die neue*

*Aufbauorganisation beim THW aussehen?*

Antwort: Die veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa und der Zwang zum Sparen haben auch Auswirkungen auf das Technische Hilfswerk, dessen primäre Aufgabe die Leistung technischer Hilfe im Zivilschutz ist. Die Leitung des Technischen Hilfswerks hat den Auftrag, ein Konzept zur Anpassung des Technischen Hilfswerks an die veränderte Lage zu erarbeiten. Hierfür gelten folgende Leitlinien:

– Das THW steht als Organisation nicht in Frage. Es leistet auch in Zukunft qualifizierte technische Hilfe im Inland und wird wie bisher bei humanitären Hilfsaktionen im Ausland eingesetzt.

– Die Zahl der Einheiten, ihre innere Struktur, ihre Aufgabenstellung und ihre Ausrüstung müssen an die veränderte Situation angepaßt werden.

– Die Aufbauorganisation wird gestrafft. Die Zahl der Landesbeauftragten wird durch Zusammenlegung der Dienststellen auf acht reduziert. Die Zahl der Geschäftsbereichsbereiche kann ungefähr um die Hälfte verringert werden, ohne dadurch die Einsatzfähigkeit und Verwendungsbreite des THW zu schwächen.

– Überprüft werden muß auch die Zahl der Ortsverbände. Soweit z. B. in einer Stadt mehrere Ortsverbände bestehen, liegt eine Zusammenfassung nahe.

– Der Aufbau des THW in den neuen Ländern findet planmäßig weiter statt.

Die THW-Leitung hat inzwischen den ersten Entwurf eines Konzepts zur Neugliederung des THW vorgelegt. Dieser Entwurf bedarf noch eingehender Erörterungen in allen zuständigen Gremien. Eine Entscheidung über die Neukonzeption wird erst nach Abschluß dieses Meinungsbildungsprozesses getroffen.

*Frage: Was beabsichtigt die Bundesregierung mit den nicht mehr benötigten ehrenamtlichen Helfern in den Ortsverbänden des THW zu tun?*

Antwort: Für die Bundesregierung steht bei allen Überlegungen zur Neugliederung des THW die ehrenamtliche Mitarbeit der Helfer und Helferinnen im Vordergrund. Ziel ist es, allen Helfern, die im THW mitarbeiten wollen, diese Mitarbeit zu ermöglichen. Helfer, die wegen ihres Dienstes im Katastrophenschutz vom

Wehrdienst freigestellt sind, bleiben auch dann freigestellt, wenn sie in geänderter Funktion im THW mitarbeiten.

*Frage: Welche administrativen Hemmnisse, die die Einbeziehung des THW in die allgemeine Gefahrenabwehr erschweren, sollen abgebaut werden? Wie soll das geschehen?*

Antwort: Die Mitwirkung des THW in der allgemeinen Gefahrenabwehr und im Katastrophenschutz der Länder liegt im Interesse der praktischen Ausbildung und der Motivation der Helfer. Um das THW häufiger in der friedensmäßigen Gefahrenabwehr zum Einsatz zu bringen, wird angestrebt, es stärker in die Alarmplanung auf Landes- und kommunaler Ebene einzubinden. Dementsprechend sollen – in Abstimmung mit den Ländern – die Einsatzgrundsätze und das Anforderungsverfahren angepaßt werden.

*Frage: Wieviele Freistellungsplätze für ehrenamtliche Helfer im Bereich der gesamten zivilen Verteidigung gab es bisher und wieviele werden zukünftig noch verfügbar sein?*

Antwort: Die zwischen dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium der Verteidigung vereinbarte Freistellungsquote für ehrenamtliche Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz ist im Zusammenhang mit der Herabsetzung der Mindestverpflichtungszeit von zehn auf acht Jahre und der Herstellung der Deutschen Einheit von 17.000 auf 27.000 pro Geburtsjahrgang erhöht worden. Die Bundesregierung plant derzeit keine Änderung der Freistellungsquote. Bei einem Acht-Jahresrhythmus ergibt dies ein Potential von über 200000 für die Mitarbeit im Zivil- und Katastrophenschutz freigestellter ehrenamtlicher Helfer der Feuerwehren, der Sanitätsorganisationen und des THW.

*Frage: Welche Aufgaben wird in der zukünftigen Organisationsstruktur des Zivilschutzes die „neue Ausbildungseinrichtung des Bundes“ wahrnehmen, und wo soll sie organisatorisch angesiedelt werden?*

Antwort: Die Neuordnung des Zivilschutzes sieht vor, daß die bisher auf Bundesebene in verschiedenen Einrichtungen angebotene Ausbildung im Bereich der zivilen Verteidigung einschließlich des Zivilschutzes

in einer Ausbildungseinrichtung zusammengefaßt wird. Dies betrifft insbesondere

– die Akademie für zivile Verteidigung, die für die Unterweisung des auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung tätigen verantwortlichen Personals des Bundes, der Länder, Kommunen, Kommunalverbände und anderen öffentlichen Aufgabenträgern über die Gesamtzusammenhänge der zivilen Verteidigung zuständig ist,

– die Katastrophenschutzschule des Bundes, die leitende Zivilschutzkräfte und das Führungspersonal des erweiterten Katastrophenschutzes ausbildet,

– die Schulen des Bundesverbandes für den Selbstschutz, die für die Ausbildung von Selbstschutzkräften verantwortlich sind.

Es ist beabsichtigt, die neue Ausbildungseinrichtung dem Bundesamt für Zivilschutz anzugliedern.

*Frage: Inwieweit ist das vorliegende Konzept mit den Ländern abgestimmt worden, und welche Stellungnahmen der Länder zu diesem Konzept liegen der Bundesregierung vor?*

Antwort: Das Zivilschutzkonzept wurde mit den Innenministern und -senatoren der Länder am 9. Februar 1994 erörtert. Die fachlichen Abstimmungen zur Konkretisierung der Programmaussagen und Umsetzung der Neuordnung wurden danach anhand von Detailkonzepten und ausführlichen Erläuterungen auf Arbeitsebene aufgenommen und im Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz und in Fachgremien des Deutschen Städtetages fortgesetzt. In den bisher eingegangenen Stellungnahmen haben die Länder der Neuordnung grundsätzlich zugestimmt und ihre Bereitschaft zur gemeinsamen Umsetzung erklärt.

*Frage: Inwieweit ist das vorliegende Konzept mit den im erweiterten Katastrophenschutz tätigen Organisationen abgestimmt worden, und welche Stellungnahmen liegen der Bundesregierung vor?*

Antwort: Das Zivilschutzkonzept ist am 18. Februar 1994 mit den Präsidenten der Hilfsorganisationen erörtert worden. Der Dialog wurde auf Fachebene mit dem Ziel der Konkretisierung der Programmaussagen und der Umsetzung der Erarbeitung von Detailkonzepten fortgesetzt. Die bisher eingegangenen Stellungnahmen der Hilfsorganisationen zeigen eine grundsätzliche Akzeptanz des Konzeptes und die Bereitschaft, das Fachwissen der Hilfsorganisationen in die Erarbeitung von Detaillösungen einzubringen.

## Termine

**5. bis 7. September 1994:** „Wenn der Tod plötzlich kommt“ – Seminar für Feuerwehr und Rettungsdienst  
Bad Boll  
Info: Pfarrer Müller-Lange, Akazienstraße 22, 53859 Niederkassel

**17. September 1994:** Eröffnung der Oberbayerischen Brandschutzwoche Planegg  
Info: Freiwillige Feuerwehr Planegg, Pasinger Straße 24 a, 82152 Planegg

**20. bis 23. September 1994:** Internationale Sicherheits-, Feuer- und Brandschutz-Messe „Kips 94“  
Almaty (Kasachstan)  
Info: Gima GmbH, Hofweg 62, 22085 Hamburg

**23. bis 25. September 1994:** Internationaler Notfallkongreß mit Fachausstellung: „Aktuelle Fragen der Notfallmedizin“  
Aschaffenburg  
Info: Verband Deutscher Rettungssassistenten und -sanitäter e.V., Postfach 10 22 11, 63268 Dreieich

**8. Oktober 1994, 10.00 Uhr:** Mitgliederversammlung '94 der ARKAT, Landesverband Baden-Württemberg e.V.  
Katastrophenschutzschule Neuhausen a.d. Fildern  
Info: ARKAT Baden-Württemberg e.V., Klingenweg 32, 73312 Geislingen

**11. bis 14. Oktober 1994:** Sicherheitsmesse „Security“  
Essen  
Info: Messe Essen GmbH, Messehaus Ost, 45131 Essen

**4. bis 6. November 1994:** Psychische Belastungen im Rettungsdienst – Seminar für Feuerwehr und Rettungsdienst  
Enkenbach (Pfalz)  
Info: Pfarrer Müller-Lange, Akazienstraße 22, 53859 Niederkassel

**22. bis 25. März 1995:** Internationale Sicherheits-, Feuer- und Brandschutz-Messe „Mips 95“  
Moskau  
Info: Gima GmbH, Hofweg 62, 22085 Hamburg

**25. bis 28. Mai 1995:** XI. Internationale Feuerwehr-Sternfahrt  
Meppen (Emsland)  
Info: Freiwillige Feuerwehr Meppen, An der Feuerwache 1, 49716 Meppen

### Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

**Technische Akademie Esslingen, Postfach 1265, 73748 Ostfildern:**  
4. bis 6. Oktober 1994: Vorbeugender und Abwehrender Brandschutz im Betrieb. 28. November bis 2. Dezember 1994: Strahlenschutz.

**Verband der Sachversicherer e.V., Pasteurstraße 17, 50735 Köln:**  
12. bis 16. September, 10. bis 14. Oktober, 7. bis 11. und 21. bis 25. November, 5. bis 9. und 12. bis 16. Dezember 1994: Lehrgang Brandschutzbeauftragte.

**Gloria-Werke, Postfach 1160, 59321 Wadersloh:**  
7. bis 9. September, 12. bis 14. Oktober 1994: Brandschutz-Seminare.

**Technische Akademie Wuppertal e.V., Postfach 10 04 09, 42097 Wuppertal:**  
13. und 14. Oktober 1994: Grundlagenseminar Brandschutz.  
9. November 1994: Grundlagen des Vorbeugenden Brandschutzes.

**Akademie für zivile Verteidigung, Postfach 20 01 23, 53131 Bonn**

### Lehrgangsübersicht 2. Halbjahr 1994

05.09.–06.09. Informationsveranstaltung für Führungskräfte  
06.09.–09.09. Grundlagenseminar  
13.09.–16.09. Aufbaulehrgang  
20.09.–23.09. Ernährungssicherstellungslehrgang  
27.09.–30.09. Straßenverkehrssicherstellungslehrgang – Grundlagen –  
11.10.–14.10. Ernährungssicherstellungslehrgang  
18.10.–21.10. Wirtschaftssicherstellungslehrgang  
25.10.–28.10. ZMZ-Lehrgang  
08.11.–11.11. Aufbaulehrgang  
22.11.–25.11. Grundlagenlehrgang  
29.11.–02.12. Ernährungssicherstellungslehrgang  
06.12.–09.12. Grundlagenlehrgang  
13.12.–15.12. Straßenverkehrssicherstellungslehrgang – Aufbau –

# F.D.P.: Zehn Punkte zum Zivilschutz

Zur Zukunft des Zivilschutzes und der zivilen Verteidigung erklären die Parlamentarische Geschäftsführerin der F.D.P.-Bundestagsfraktion Ina Albowitz und der innenpolitische Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion Dr. Burkhard Hirsch:

Es wird Zeit, zur Zukunft von Zivilschutz und ziviler Verteidigung klare Verhältnisse zu schaffen. Die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfer der beteiligten Organisationen haben darauf einen Anspruch, der nicht allein auf fiskalische Interessen verengt werden darf. Ohne wirkliches Engagement geht in dieser Frage nichts. Für die F.D.P. erklären wir in diesem Zusammenhang folgende zehn Punkte:

1. Die Landes- und Bündnisverteidigung, d. h. der Schutz unserer Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ist und bleibt Aufgabe aller Bürger.

2. Auch unter den geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen bleibt Gesamtverteidigung, d. h. militärische und zivile Verteidigung, unverzichtbar.

3. Zivilschutz muß:  
– die Staats- und Regierungsfunktionen aufrechterhalten,  
– die Versorgung der Zivilbevölkerung sicherstellen,  
– die Streitkräfte mit zivilen Gütern und Leistungen unterstützen.

Zivilverteidigungs- und Sicherstellungsgesetze sind den neuen Gegebenheiten anzupassen und überall dort auf planerische Maßnahmen umzustellen, wo die veränderte Sicherheitslage/Sicherungsprognose nicht zwingend präsenzte Maßnahmen verlangen.

4. Die Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürger am Geschehen in

Staat und Gesellschaft. Deshalb bedarf der Zivilschutz der aktiven Mitarbeit ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer.

5. Die Verantwortlichkeit für Krisen- und Katastrophenschutzvorbeugung und -schutz liegt bei den Ländern. Hierzu gehört auch die finanzielle Verantwortlichkeit. Die zivile Verteidigungsplanung muß sich der vorhandenen Sicherheitsstrukturen in den Ländern bedienen.

6. Die Unterscheidung von friedensmäßigem und sogenannten „erweitertem“ Katastrophenschutz im Verteidigungsfall ist überholt. Das Katastrophenschutzpotential in den Ländern (Rettungsdienst, Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Regie-Einheiten) ist Grundlage des Zivilschutzes. Der Bund ergänzt den Katastrophenschutz der Länder und stellt Ausbildungshilfen für die Bereiche Brandschutz, Sanitätswesen, Betreuung und ABC-Schutz zur Verfügung. Für Zivilschutzzwecke nicht mehr benötigte Ausstattung und Geräte sind den Ländern, vorzugsweise den neuen Bundesländern, zu überlassen. Die Aufgabenbereiche Bergung und humanitäre Auslandseinsätze werden vom bundeseigenen THW wahrgenommen. Das THW ist der veränderten Aufgabenstellung entsprechend umzustrukturieren.

7. Selbst- und Nachbarschaftshilfe sind Voraussetzung jeder organisierten Hilfe. Der Bund unterstützt die hierfür zuständigen Gemeinden, Organisationen, Betriebe und Behörden bei der Ausbildung im Selbstschutz.

8. Bund und Länder stellen die Information der Bevölkerung über das gemeinsame Hilfeleistungspotential sicher.

Die dem Bund obliegenden Ausbildungs- und Aufklärungsmaßnahmen werden in einer Bundesausbildungseinrichtung für Zivilverteidigung, Zivil- und Katastrophenschutz unter gleichzeitiger Übernahme der bisherigen Akademie für zivile Verteidigung (AKZV), des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) und der Katastrophenschutzschule des Bundes (KSB) konzentriert.

Die Bundesausbildungseinrichtung nimmt folgende Aufgaben wahr:  
– Ausbildung von Führungskräften aus Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden sowie der Organisationen des Katastrophenschutzes in Grundlagen der Zivilverteidigung,

– Ausbildung von Katastrophenschutz-Ausbildern und Selbstschutz-Ausbildern der Gemeinden, Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Behörden und Betriebe,

– Planungsaufgaben und Anlegen von Übungen,

– internationale Seminare und Erfahrungsaustausch über Regelungen der EU und der NATO,

– Information und Aufklärung über sowie Akzeptanzwerbung für den Zivilschutz.

Die Bundesausbildungseinrichtung nimmt ihre Aufgaben zentral und regional wahr. Sie wird mit der Abwicklung der zukünftig im Zivilschutz nicht mehr benötigten Organisationen, Stellen und Einrichtungen beauftragt.

9. Zukünftig entbehrlich sind:

– die Instandsetzungsaufgaben des THW,

– die Ausbildungs- und Informationsstätigkeit des BVS, soweit sie von der Bundesausbildungseinrichtung übernommen wird,

– Verwaltungs-, Ausbildungs- und Informationsaufgaben des Bundesamtes für Zivilschutz,

– die Zentralwerkstätten des Katastrophenschutzes in den Ländern,

– die vom Bund finanzierten Katastrophenschutzschulen in den Ländern,

– Teile des Warndienstes, soweit sie bislang ausschließlich für den Verteidigungsfall vorgehalten wurden,

– der Schutzraumbau, der durch die Landesbauordnungen geregelt werden soll,

– das Vorhalten von Hilfskrankenhäusern,

– die Bevorratung von Sanitätsmitteln, soweit sie in einer Warnzeit beschafft werden können.

10. Auch zivile Verteidigung und Zivilschutz müssen ihren Beitrag zur Konsolidierung der Bundesfinanzen leisten. Anzustreben ist ein „schlankes“, gleichzeitig aber effizientes Zivilschutz-Management. Die mittelfristige Finanzplanung ist den neuen Vorgaben entsprechend anzupassen.

Die unter Ziffer 9 genannten organisatorischen Änderungen werden mittelfristig zu deutlichen Einsparungen im Bundeshaushalt führen. Wegen der angespannten Haushaltslage ist ein Verzicht auf Ersatzbeschaffungen für die zivile Verteidigung/Zivilschutz in den Jahren 1995 und 1996 vertretbar.

# Die Fachwelt blickte nach Hannover

**Rund 1000 Aussteller und 150.000 Besucher  
bei der „Interschutz '94“ – Umfassende Informationen  
über Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**

„Wir sehen uns in Hannover!“ – Der in Kreisen der Feuerwehr schon seit geraumer Zeit zu hörende Ausspruch ist für den Insider kein Geheimnis: Gemeint ist die „Interschutz – Der Rote Hahn“, die internationale Leitmesse für Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst in Hannover. Tatsächlich werden die Messtage vom 3. bis zum 8. Juni 1994 zum Mega-Treffpunkt aller, die mit der Materie befaßt sind. Obwohl das Uniform-Blau der Feuerwehr das Messegelände dominiert, finden sich daneben nicht wenige Besucher aus den Reihen der Hilfsorganisationen in Hannover ein.

Sie alle verbindet das Interesse am aktuellen Stand der technischen Entwicklung und den daraus zu ziehenden Erkenntnissen für den eigenen Tätigkeitsbereich. Und daß die Technik fortschreitet, verdeutlicht ein Blick zurück: Wer bei der vorherigen „Interschutz“ 1988 in Hannover dabei war, kann oftmals nur noch staunen, was sich in den sechs Jahren alles getan hat. Glaubte man damals, in einigen Technik-Bereichen „am Ende der Fahnenstange“ angelangt zu sein, so zeigt Hannover 1994, daß Erfindergeist und Ingenieurkunst immer noch für eine Steigerung gut sind.

Zur Dimension der „Interschutz“ einige Fakten: Rund eintausend Unternehmen präsentieren sich auf über 90.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche, sowohl in den zehn Messehallen als auch auf dem weitläufigen Freigelände. Dem Charakter einer Leitmesse entsprechend, kommt nahezu jeder dritte Aussteller aus dem Ausland: 317 Aussteller aus 39 Ländern nutzen die Plattform, um hier weltweite Kontakte zu knüpfen. Stärkste ausländische Ausstellernationen sind Großbritannien und die

Für das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ in Hannover dabei:  
Paul Claes und Günter Sers.

USA mit jeweils 48 Firmen, gefolgt von Frankreich (31), Österreich (22), den Niederlanden (21), Schweden und Italien (je 19) und der Schweiz (18).

## Bewährte Kombination

Wie bei den Vorveranstaltungen 1988 und 1980 bewährt sich auch in diesem Jahr die kombinierte Präsentation von industriellem und ideellem Ausstellungsteil. Dem Veranstalter, der Deutschen Messe AG, und dem

ideellen Träger, der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb), gelingt es damit, anhand praxisnaher Präsentation die Leistungsfähigkeit optimal ausgebildeter Mannschaften mit modernsten Produkten unter Beweis zu stellen. Neben der vfdb zeichnen hierfür in erster Linie der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) und das Internationale Technische Komitee für vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen (CTIF) verantwortlich. Hier, im ideellen Teil, präsentieren auch die Hilfsorganisationen die gesamte Bandbreite ihres Aufgabenkatalogs.

Lob für das Konzept der Messe kommt auch vom Bundesminister des Innern, Manfred Kanther, der in seinem schriftlichen Grußwort feststellt: „Die Verknüpfung von ideellen und industriellen Ausstellern, die die



Die Technik steht bei der „Interschutz“ im Vordergrund.

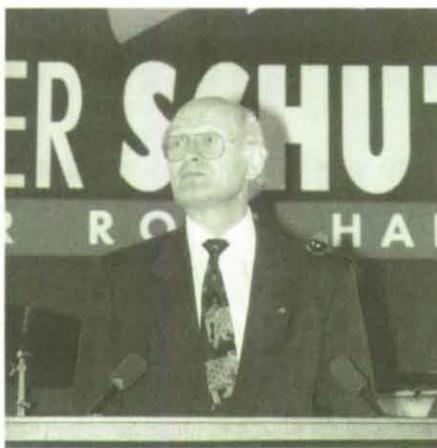
tägliche Arbeit praxisnah darstellen und ihre Leistungsfähigkeit im Zusammenwirken mit der Technik demonstrieren, ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung. Es ist gute ‚Interschutz‘-Tradition, daß Feuerwehren, Katastrophenschutzorganisationen und Rettungsorganisationen einen Überblick über ihr weitgefächertes Aufgabenspektrum und Einblicke in die moderne Gefahrenabwehr geben. Dies findet weltweit Beachtung.“

Sechs Tage lang weilt alles, was in Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst Rang und Namen hat, in Hannover – was liegt also näher, die Gelegenheit für Tagungen, Versammlungen und Symposien zu nutzen? So begleitet denn eine dichte Folge entsprechender Veranstaltungen die Messe, herausragend dabei das Internationale Symposium des CTIF, die 42. Delegiertenversammlung des DFV und die vfdB-Mitgliederversammlung. Aber auch in kleineren Kreisen wird referiert und diskutiert, sowohl bei den Fachtagungen für Notärzte und Rettungspersonal, beim Symposium der CTIF-Jugendleiter als auch bei der Tagung der Arbeitsgemeinschaft europäischer Feuerwehrfachpresse.

## Feuerwehr hat auch Probleme

Freitag morgen, 3. Juni 1994: Im großen Saal des Messe-Tagungszentrums steht die Eröffnungsfeier auf dem Programm. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Herbert Schmalstieg, heißt Aussteller und Besucher herzlich willkommen. Er verweist darauf, daß „Brandbekämpfung und Feuerschutz zu den ältesten Aufgaben gehören, die von den Bürgern in gemeinsamer Verantwortung unternommen wurden und deren Wahrnehmung von Anfang an für die Existenz der Städte von immenser Wichtigkeit war“. Selbst heute sei Brandschutz nicht nur eine unverzichtbare Aufgabe, sondern immer noch hochaktuell.

Daß die Feuerwehr aber auch mit Problemen zu kämpfen hat, wird in den Worten des vfdB-Vorsitzenden Hans Jochen Blätte deutlich: „Das mit der heutigen Eröffnung der ‚Interschutz‘ präsentierte Erscheinungsbild der ‚zivilen Gefahrenabwehr‘ – also die Repräsentation des Standes der Technik im Brandschutz, in der technischen Hilfeleistung, im Kata-



Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg.

strophenschutz und im Rettungsdienst – kann wegen des glänzenden Erscheinungsbildes leicht über die tatsächlich vorhandenen Probleme hinwegtäuschen. Sie liegen nicht in den Ausstellungs- und Ausrüstungsstücken, im repräsentativen Stand der Technik.



vfdB-Vorsitzender Hans Jochen Blätte.

Wir als professionelle oder freiwillige Gefahrenabwehrer stecken mit unserer gesamten Gesellschaft in den unterschiedlichsten Krisen, die sich heute im Geldmangel ausdrücken. Damit einhergehend, erfahren wir eine Überbürokratisierung, die einen beängstigenden Motivationsverlust erzeugt. Ein nicht nur bundesdeutsches Problem, mit dem wir auf unserem Gebiet zu kämpfen haben. Es ist zeigt sich überall ähnlich in Europa und wird wahrscheinlich nicht durch das Brüsseler Europa einfacher.“

DFV-Präsident Gerald Schäuble setzt sich kritisch mit der Praxis im Einsatzalltag auseinander: „Die technische Entwicklung der letzten Jahre hat in Richtung Erleichterung schwerer körperlicher Arbeit und persönli-

chen Schutzes enorme Fortschritte gemacht. Ohne Zweifel müssen wir der Sicherheit im Feuerwehrdienst erste Priorität einräumen, aber es darf nicht bis zum Exzeß führen. Gerade in letzter Zeit werden im Sicherheitsbereich Gedanken entwickelt, die vielleicht in Bereichen mit hoher Einsatzfrequenz noch machbar sind, aber in der Fläche nicht mehr verwirklicht werden können.



DFV-Präsident Gerald Schäuble.

Wir, die deutschen Feuerwehren, wollen, daß unsere 1,4 Millionen Frauen, Männer und Jugendlichen, die hochmotiviert zum Schutz und zur Hilfe am Bürger bereitstehen, optimalen Schutz haben und die Einsatzfähigkeit so risikoarm wie möglich gestaltet wird. Aber wir müssen dafür Sorge tragen, daß ihre Motivation nicht verloren geht, weil gerade im Sicherheitsbereich eine Flut von Vorschriften, Anordnungen und Anweisungen existiert, die das Helfen zur Qual werden lassen.“

Als Vorsitzender der Fachgemeinschaft Feuerwehrfahrzeuge und -geräte e.V. zeigt Jürgen Fischer die Perspektiven der Messe auf: „Die ‚In-



FFG-Vorsitzender Jürgen Fischer.

terschutz' ist die internationale Bühne der Darstellung innovativer Lösungen und oftmals zugleich technologischer Trendsetter. Die Entwicklung der europäischen und nationalen Standards sowie deren Öffnung auch für neue Technologien sind für die Techniker Ansporn und Freiraum zugleich. Der Wettbewerb untereinander ist dabei wesentlicher Motor für Innovation und auch für die Suche nach praxisgerechten Lösungen.

Der Abstand von sechs Jahren zur 'Interschutz' 1988 hat für einen deutlichen Entwicklungsschub gesorgt, der neue Impulse setzt. Neue Risiken und Umweltgefahren suchen neue Lösungskonzepte zu ihrer Bekämpfung. Erweiterte Aufgaben der Feuerwehren werden auf der Ausstellung ebenfalls ihre technischen Antworten finden.

Schließlich wird der Zwang zur allgemeinen Rationalisierung und Kostenreduktion im Betrieb auch die Fahrzeug- und Gerätehersteller und Anwender gleichermaßen vor neue Herausforderungen stellen. Kurzum – wir erwarten eine lebendige Schau voller technologischer Highlights und Überraschungen.“

Der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski geht in seinen Worten auch auf das Thema Katastrophenschutz ein, indem er ausführt: „Beim Katastrophenschutz stehen wir vor einschneidenden Veränderungen des seit Jahrzehnten bestehenden gemeinsamen Hilfeleistungssystems von Bund und Ländern. Der Verbund der Zivilschutzaufgabe des Bundes und der Katastrophenschutzaufgabe der Länder soll und muß im Grundsatz erhalten bleiben, aber der Bund wird wegen der grundlegenden veränderten Bedrohungslage unseres Landes und angesichts verringerter Finanzspiel-



Innenminister Gerhard Glogowski.

räume seinen Beitrag erheblich einschränken.

Hat er bisher ein in sich geschlossenes und weitgehend selbständig einsetzbares Kräftepotential in Gestalt des sogenannten Verstärkungsteils zur Verfügung gestellt, der im Wege des Doppelnutzens auch bei friedenszeitlichen Katastrophen einsetzbar war, so will er künftig nur noch personell deutlich kleinere, in die friedenszeitlichen Einsatzkräfte integrierte Ergänzungskomponenten finanzieren und sich bei der Wahrnehmung seiner Schutzaufgaben in größerem Umfang auf das Katastrophenschutz-System des jeweiligen Bundeslandes abstützen. Der Umfang der künftigen Bundesbeteiligung ist zwar noch in der Diskussion mit den Ländern und den Hilfsorganisationen, aber die Tendenz ist klar: Alle Beteiligten müssen sich darauf einstellen, daß die Gewichte sich verschieben, im friedenszeitlichen Katastrophenschutz erhöhte Anforderungen an uns gestellt werden und sehr bald erhebliche Umgestaltungsaufgaben auf uns zukommen. (...)

Wenn wir die Umgestaltungen so vornehmen, daß Umbrüche vermieden werden, die personelle Kontinuität soweit wie irgend möglich erhalten bleibt, daß sie für die Helferschaften einsehbar sind und als praktische Verbesserungen für die Einsatzkräfte betrachtet werden, dann wird davon der Motivationsschub ausgehen, der nach den langjährigen quälenden Diskussionen über die Neukonzeption auch dringend nötig ist. Wir haben allen Grund, den Helferinnen und Helfern auch dafür dankbar zu sein, daß sie sich durch diese Diskussionen nicht haben entmutigen und allzu sehr beirren lassen. Wir sind und bleiben auf ihren ehrenamtlichen Dienst zum Schutz der Bürger in Notsituationen angewiesen, ohne den ein wirksamer Katastrophenschutz in unserem Lande nicht denkbar wäre.“

Den Standpunkt des Bundesministers des Innern vertritt der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner, der zum Zivil- und Katastrophenschutz anmerkt: „Brandschutz, Katastrophenschutz, Rettungsdienst und Zivilschutz dienen alle dem gleichen Ziel, nämlich dem Schutz der Bürger vor Gefahren für Leben, Gesundheit und Eigentum. Die bestehende rechtliche Konstruktion, nach der für den Zivilschutz der Bund, für den Katastrophenschutz im Frieden die Länder und für den Brandschutz und Technische Hilfeleistung die Ge-



Staatssekretär Eduard Lintner.

meinden aufkommen müssen, ändert daran nichts. Wenn auch diese verfassungsrechtliche Aufgabenverteilung zu getrennter Finanzierung zwingt, können und müssen die Hilfeleistungssysteme sich bei der konkreten Aufgabenwahrnehmung gegenseitig ergänzen und ihre Träger eng zusammenarbeiten.

Der Bund trägt dazu bei, indem er im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes, aber auch bei der alltäglichen Bekämpfung von Unglücksfällen und Bränden seine Ausstattung dem Länderkatastrophenschutz in vollem Umfang zur Verfügung stellt. Dabei verfolgt die Bundesregierung konsequent den Grundsatz der Weiterentwicklung hin auf ein einheitliches Hilfeleistungssystem.

Die veränderten Rahmenbedingungen machen auch eine Anpassung des Zivilschutzes erforderlich. Das Bundesministerium des Innern hat mit dem Entwurf eines Konzepts 'Zivilschutz in Deutschland – Programm für die Zukunft' Überlegungen zur Neuordnung des Zivilschutzes vorgelegt. Einig sind sich dabei alle, daß der Zivilschutz, insbesondere dessen Kernbereich – der erweiterte Katastrophenschutz – dringend neu geordnet werden muß, aber im Detail besteht noch Beratungs- und Informationsbedarf. Die Neuordnung des Zivilschutzes stellt eine mittel- bis langfristige Gestaltungsaufgabe dar, und ein breiter politischer Konsens dafür ist erstrebenswert.

Maxime des Bundes ist dabei: Er wird weiterhin seinen angemessenen Beitrag zu einem gemeinsamen Hilfeleistungssystem mit Ländern und Kommunen leisten, und er will dazu eng und vertrauensvoll mit allen Partnern zusammenarbeiten.

Und ich füge hinzu: Wir wollen uns auch weiterhin auf viele Männer und

Frauen stützen, die ehrenamtlich und uneigennützig für Hilfe in Notfällen bereitstehen – in den Freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen genauso wie z. B. im Technischen Hilfswerk. Das ehrenamtliche Engagement der Bürger im Zivil- und Katastrophenschutz ist eine unverzichtbare tragende Säule des von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam getragenen Hilfeleistungssystems.

Das neue Zivilschutzkonzept zielt darauf ab, den Zivilschutz als einen Teil staatlicher Notfallvorsorge mit dem Katastrophenschutz der Länder stärker zu verbinden. Das will der Bund vor allem dadurch erreichen, daß er – anders als in der Vergangenheit – keine eigenen Strukturen mehr vorgibt, sondern den Ländern hierfür die Möglichkeit gibt, die Bundesleistungen nach eigenen Vorstellungen in die Struktur ihres Katastrophenschutzes einzupassen.“

## Starkes Besucher-Interesse

Schon während der Eröffnungsveranstaltung wird an den Eingängen zum Messegelände deutlich, daß die diesjährige „Interschutz“ einen neuen Besucherzahlen-Rekord bringen wird. Bereits in den frühen Morgenstunden ergießen sich wahre Besucherströme in die Messe, wobei das Freigelände das bevorzugte Ziel darstellt. Kein Wunder, denn hier sind die „Favoriten“ in der Publikumsgunst zu bewundern – die Fahrzeuge der Feuerwehr. Vom Standardlöschfahrzeug der Freiwilligen Feuerwehr über Tanklöschfahrzeuge aller Größen bis hin zum riesigen Flugfeldlöschfahrzeug ist hier die gesamte Palette der Löschfahrzeuge vertreten. Neben der Präsentation der neuen Norm-Fahrzeuge sind es besonders die Verbes-



90 Meter Schlauch plus Hochdruckpumpe (unten) sorgen für Effektivität im Einsatz.

serungen im Detail, die ins Auge fallen. Ob per Hydraulik oder Pneumatik: Bei schweren Aggregaten wie Tragkraftspitze oder Notstromaggregat installiert eine Reihe von Herstellern – an der Praxis orientiert – eine Lift-Absenkung zur Entnahme in das Fahrzeug. Ein Schweizer Hersteller bietet gar eine hydraulische Absenkung der vierteiligen Steckleiter vom Fahrzeugdach. Der Feuerwehr-Maschinist wird es zu würdigen wissen.

Angesichts leerer Kassen der Kommunen eine interessante Alternative zu den DIN-gemäß TSF-W und LF 8/6: Mit Raum für eine Staffelbesatzung bietet ein kompaktes Fahrzeug neben einer Gruppenausrüstung, Hilfeleistungssatz und TS 8/8 als Besonderheit eine separate Hochdruckpumpe. Mit 1000 Litern Wasservorrat und einem 90 Meter langen 13-mm-Hochdruckschlauch kann so auch die kleine Feuerwehr



Der „Trick mit dem Knick“: Eine Weltneuheit in der Leitertechnik stellt sich vor.

ihre Schlagkraft entscheidend stärken.

High-Tech demonstriert auch ein Löschfahrzeug, dessen Gerätekofer-Aufbau ausschließlich aus Aluminium-Profilblechen zusammengeklebt ist – ohne Rahmengerippe. Der Vorteil: Gewichts- und Kosteneinsparung. Die Experten machen sich um die Haltbarkeit keine Sorgen: Das Verfahren wird selbst beim Space-Shuttle in der Raumfahrt angewendet.

Unübersehbar auf dem Freigelände: die Hubrettungsfahrzeuge. Zu Dutzenden ragen sie in den Himmel, die Drehleitern, Leiterbühnen, Gelenk- und Teleskopmasten. Die Höhen reichen von 18 Metern bis 50 Meter, vom manuellen Betrieb bis zur computer-gesteuerten Hydraulik. Bei der 50-Meter-Drehleiter werden die Einsatzkräfte gar per Aufzug über die Leiter bis zur Spitze befördert.

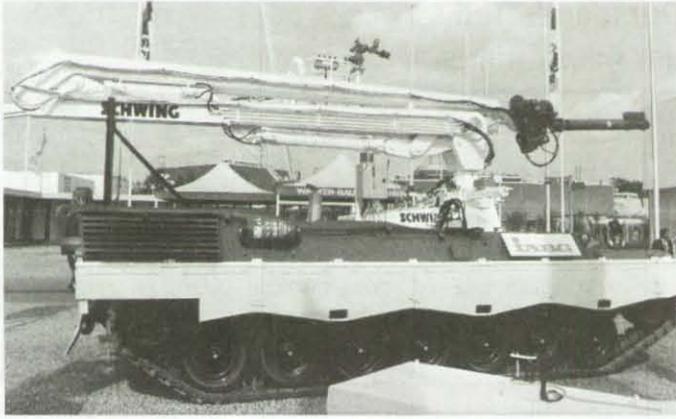
Ein namhafter Hersteller präsentiert auf der Messe seine Weltneuheit: Eine Norm-Drehleiter, deren oberer Leitersatz auf einer Länge von 3,50 m in einem Arbeitsbereich von 75 Grad abgewinkelt werden kann. Damit können insbesondere sonst nicht erreichbare Dachwohnungen mit ihren Gaubenfenstern sicher angefahren werden.

Eine Vielzahl weiterer Fahrzeugtypen ergänzt das Bild des Freigeländes. Neben Rüst- und Gerätewagen, Schlauchwagen und Sonderfahrzeuge der Feuerwehr stellen sich hier auch Krankentransport-, Rettungs- und Notarztwagen dem Besucher.

Bis hin zum Flugfeldlöschfahrzeug ist auf dem Freigelände alles an Fahrzeugen zu finden.



Ferngesteuert:  
Prototyp eines  
Löschfahrzeuges  
auf der Basis  
eines Leopard-I-  
Panzers.



Recht ungewöhnliche Feuerwehrfahrzeuge sind ebenfalls auf dem Freigelände zu sehen, denn erstmals erhält das Thema „Konversion“ einen besonderen Stellenwert: Präsentiert werden Resultate einer damit bezeichneten Umrüstung ursprünglich militärischen Gerätes zu zivilen Einsatzzwecken, so z. B. ein Turbinenlöschfahrzeug auf einem Panzerfahrzeugstell.

## Noch mehr Information

Ist der Gang über das Freigelände schon strapaziös, erwartet den Besucher in den Hallen – durch die Vielzahl der bedeutend kleineren Stände bedingt – eine kaum zu erfassende Informationsfülle. Hier stehen die Bereiche Technische Hilfeleistung und Umweltschutz, Löschgeräte, Löschanlagen und Löschmittel sowie Persönliche Schutzausrüstungen im Mittelpunkt des Interesses. Für die Fachbesucher aus den Reihen der Hilfsorganisationen hat naturgemäß der Bereich Sanitätsausrüstungen und Medizingerät Priorität.

Insbesondere bei den Anbietern von Rettungsgeräten entwickeln sich rege Diskussionen mit den Besuchern, gehört doch die Technische Hilfeleistung mittlerweile zum Alltagsgeschäft der Feuerwehr. Ein Lob aus dem Munde derjenigen, die ständig in der Praxis mit der Materie befaßt sind, zählt hier doppelt.

Begrüßt werden von den Fachbesuchern Ausrüstungsgegenstände, die vor allem bei Verkehrsunfällen schnelle und einfache Hilfeleistung ermöglichen. Dazu zählt etwa ein neuentwickeltes System von Schere und Spreizer, das elektrohydraulisch angetrieben wird. Statt wie bisher Hydraulikpumpe, Schlauchhaspel, Schlauchleitung und Geräte aufbauen zu müssen, genügen jetzt lediglich

Geräte plus Batterie als Energiequelle. Die Batterie, nicht größer als eine Umhängetasche und sieben Kilogramm leicht, gewährleistet eine Einsatzdauer von bis zu acht Stunden.



Die Kraft, die aus der Batterie kommt: Die handliche Schere ermöglicht eine schnelle Rettung.

Unsere Autos werden immer sicherer, eingeklebte Front- und Heckscheiben aus Verbundglas verhindern oft schwere Verletzungen bei Unfällen. Für die Feuerwehr wirft dies beim Befreien von eingeklemmten Personen aber Probleme auf. Abhilfe verspricht hier eine neuartige Rettungssäge, die mit Preßluft angetrieben wird. Das handliche Gerät schneidet Verbundglasscheiben in einer Weise, die keine scharfen Kanten entstehen läßt. Doch nicht nur das, auch das Durchtrennen von Karosseriefasten, Brems- oder Kuppelungspedalen und Lenksäulen bereitet dem Gerät keine Schwierigkeiten.

Ein neu entwickelter Löschwasserzusatz ermöglicht, die Kühlwirkung

des Wassers zu optimieren und Wasserschäden zu begrenzen. Das umweltfreundliche Mittel quillt in Verbindung mit Wasser gelartig auf, so daß es gelingt, das Wasser im wahrsten Sinne des Wortes „an die Wand zu kleben“. Während Wasser beim herkömmlichen Löschvorgang zu ca. 95 Prozent abläuft oder sofort verdunstet, kann nun dieses Ergebnis nahezu umgekehrt werden.

Auch im Bereich der persönlichen Schutzausrüstungen ist die Entwicklung nicht stehengeblieben. Neue Stoffe für die Schutzkleidung, verbesserte Schutzhelme und Weiterentwicklungen der Atemschutztechnik tragen zu einem optimierten Schutz der Einsatzkräfte bei.

Eine interessante Demonstration am Stand eines Schutzkleidungsherstellers trennt die Spreu vom Weizen: Die „Thermo-Man“ genannte computerisierte Versuchspuppe wird mit verschiedenen Schutzanzügen bekleidet und einem Stichflammenfeuer von jeweils zehn Sekunden Dauer ausgesetzt. Ein Datenerfassungssystem registriert anhand von 122 in die Puppe integrierten Wärmefühlern den Temperaturanstieg und errechnet den Umfang der Verbrennungen, die ein Mensch unter diesen Umständen erlitten hätte. Beim Test einiger Schutzanzug-Typen, die heute bei den Feuerwehren in Gebrauch sind, gab es bei den Besuchern lange Gesichter.

Für Feuerwehr und Rettungsdienst gleichermaßen interessant ist eine neue Halsschiene zum Einsatz nach Autounfällen. Da nach einem Unfall – besonders bei eingeklemmten Personen – der Ausschluß einer Nackenwirbelerkrankung kaum möglich ist, kann die zweiteilige Schiene die Gefahr irreversibler Schäden bannen. Die Handhabung ist einfach, da der Kopf des Patienten nicht bewegt werden muß. Durch die Schienung werden Bewegungen des Hals-Schädelbereiches ausgeschlossen.

Nicht immer wendet sich der einzelne Aussteller an den Profi, denn der Feuerwehrmann oder der Helfer im Rettungsdienst ist schließlich öfter mit seinem Privatwagen unterwegs als im Einsatz. Wie ist es dann mit den Hilfsmöglichkeiten bestellt? Ein Hersteller hat sich Gedanken gemacht: Eine stabile Abschleppstange, aus drei Teilen zusammengesteckt, ist schon eine gute Sache. Doch der Clou sind drei zusätzliche Teile, die aus der Abschleppstange jeweils eine massive Brechstange zum Öffnen verklemmter Autotüren,



Abschleppstange, Brechstange, Schaufel und Besen, alles handlich verstaut.

eine große Schaufel oder einen Straßenbesen machen. Damit ist man im Ernstfall zumindest nicht hilflos.

Unser kurzer Rundgang kann nur einen winzigen Ausschnitt aus dem Geschehen im industriellen Teil der Messe widerspiegeln. Zu überwältigend waren die Eindrücke, zu vielfältig das Gesehene. Auch bei sechs Besuchstagen – darin sind sich die „Langzeit-Besucher“ einig – stellen tausend Aussteller ein schwerlich zu bewältigendes Pensum dar. Die in Hannover präsentierten technischen Innovationen werden mit Sicherheit noch lange Zeit in die Berichterstattung der Fachzeitschriften einfließen, die – in unserem Falle in den kommenden Folgen unserer Rubrik „Wissenschaft und Technik“ – dafür sorgen, daß auch demjenigen, der Hannover nicht erleben konnte, ein Überblick über den aktuellen Stand der Technik ermöglicht wird.

## Der ideelle Teil der Ausstellung

Die Aussagekraft der „Interschutz“ erhält eine wesentliche Unterstützung durch den ideellen Teil der Ausstellung – er ist die Brücke zwischen Mensch und Technik. In informativen Sonderschauen präsentieren sich die Feuerwehren und deren Verbände, die Ministerien, die Berufsvertretungen und Fachverbände, die im Katastrophenschutz und im Rettungsdienst mitwirkenden Organisationen und nicht zuletzt auch die Modellbauer, Sammler und Hobbyisten mit einem breitgespannten Themenbogen. Auf vielen Ausstellungsständen der Hilfsdienste werden nicht nur wirklichkeitsnahe Einsatzsituationen dargestellt und aufgezeigt, wie sie bewältigt werden, die Besucher erhalten auch einen Überblick über die Methoden der Ausbildung, der Führung sowie über die Fahrzeugausstattung und Gerätetechnik. Das breite Spektrum der Themen vermittelt in konzentrierter Form einen Einblick in die vielfältige Arbeit der Organisationen, zeigt deren Lei-

stungsfähigkeit auf und gibt Anregung zu vertiefenden Fachgesprächen und Diskussionen.

Zentraler Blickpunkt auf dem Ausstellungsstand des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) ist eine 1:1 Feuerwache mit einem Löschzug modernster Baureihe. Hier ist auch das Informationszentrum untergebracht, Treffpunkt für viele Feuerwehrangehörige aus dem In- und Ausland. Ein Hit ist das Feuerwehrforum mit dem Titel „DFV – Brennpunkt“, das stets viele Messebesucher anzieht. Fachleute und kompetente Gesprächspartner diskutieren täglich unter Moderatoren-Anleitung mit einem interessierten Publikum über Fragen des Feuerwehralltags; daß dabei „heiße“ Themen nicht ausgeklammert werden, ist selbstverständlich.

Wie in der Vergangenheit wird die „Interschutz“ auch diesmal wieder von Tausenden von Mitgliedern der Jugendwehren aus dem ganzen Bundesgebiet besucht. Und so präsentiert sich in Hannover auch die Deutsche Jugendfeuerwehr mit vielen Aktivitäten auf einem Gemeinschaftsstand. Sie stellt u. a. ein Dritte-Welt-



Die DFV-Feuerwache im Maßstab 1:1 als zentraler Blickpunkt.

Die ukrainische Tanz- und Gesangsgruppe „Junist“ erfreut die Messebesucher mit ihren Darbietungen.



Projekt vor, informiert über die Arbeit im Umweltschutz und hat eine Moderatorenecke eingerichtet, wo zusammen mit dem Fernsehsender SAT 1 mit prominenten Gästen, unter ihnen auch der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, über die Arbeit der Jugendfeuerwehr diskutiert wird. Der Stand ist auch Anlaufpunkt für viele Jugendbetreuer, die sich hier Anregungen für ihre Arbeit holen.

Zum breiten Spektrum der Selbstdarstellungen im ideellen Teil der Messe zählen auch die Feuerwehrverbände der einzelnen Bundesländer. Sie sind teilweise mit dem jewei-

„Brandheiße“  
Themen werden  
täglich im  
DFV-Brennpunkt  
angeschnitten.



ligen Landesinnenministerium auf einem gemeinsamen Stand vertreten. Die Ausstellungsthemen sind vielfältig, sie an dieser Stelle alle aufzuzählen, würde den Rahmen sprengen.

Natürlich fehlen in Hannover die Berufsfeuerwehren nicht. Ansprechend und lebendig klären sie über ihre speziellen Aufgaben auf. So stellt beispielsweise die Berliner Feuerwehr die Entwicklung des Feuerwesens in Berlin von 1946 bis zur Gegenwart vor. Besondere Schwerpunkte bilden dabei die unterschiedliche Entwicklung nach der Teilung der Stadt und die Probleme nach der Wiedervereinigung. Die Berufsfeuerwehren der Hafenstädte Hamburg, Rostock und Wismar demonstrieren auf einem gemeinsamen Stand ihre besonderen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Hafenumschlag.

„Werkfeuerwehren – Profis der Industrie“ ist das Motto des Werkfeuerwehrverbandes Deutschland auf der Messe. Gezeigt werden u. a. hochspezialisierte Sonderfahrzeuge und Geräte für den praktischen Umweltschutz. Vertreten auf der „Inter-

schutz“ ist auch die Bahnfeuerwehr der Deutschen Bahn AG. Sie zeigt auf dem Freigelände einen schienengebundenen Löschzug.

Eine beeindruckende Selbstdarstellung hat das Technische Hilfswerk (THW) auf die Beine gestellt. Unter dem Motto „THW 2000 – Konzept für die Zukunft“ präsentiert das Hilfswerk in einer rund 2400 Quadratmeter großen Halle unterschiedliche Einsatzgeschehen, die in ihrer Realistik kaum zu überbieten sind. Die Darstellungen sind abgestimmt auf die künftigen veränderten Strukturen des THW. So treten in Zukunft an Stelle der Bergungszüge Technische Züge, denen neben zwei Bergungsgruppen spezielle Fachgruppen angegliedert sind, die die notwendige Einsatzbreite des THW sichern. In der Mehrzahl ist dies die Fachgruppe „Infrastruktur“ als Nachfolgerin der THW-Instandsetzungszüge, die künftig wegfallen.

Betritt man die Ausstellungshalle, wird der Blick angezogen von einem durch eine Gasexplosion schwer beschädigten zweigeschossigen Wohngebäude. Die Wirklichkeitsnähe fasziniert, die Front des Hauses

ist weggerissen, überall liegen Trümmer und Teile der Wohnungseinrichtungen, die „Explosion“ war verheerend. Die Kulisse ist realistischer Hintergrund für den Einsatz von THW-Helfern, die hier mehrmals am Tag ihre Leistungsfähigkeit und die Einsatzmöglichkeiten der vielfältigen, modernen Geräteausstattung des Hilfswerks demonstrieren. Die sich stets einfindenden zahlreichen Besucher sehen fachgerechte Bergungsarbeiten, wobei auch Zusatzgeräte der THW-Schnell-Einsatz-Einheit Bergung-Ausland (SEEBBA) – wie zum Beispiel Betonkettensäge, Kernlochbohrgerät und Plasmabrennschneidgerät – eingesetzt werden. Höhepunkt der Demonstration ist die Ortnung von verschütteten Personen mit elektronischen Ortungsgeräten und Rettungshunden. Die Zuschauertraube wird dann immer dichter; dabei auch viele Messebesucher aus erdbebengefährdeten Ländern, die die Vorführungen mit großem Interesse verfolgen und sich anschließend beim THW-Standpersonal vertiefende Informationen über die Bergungsgruppe und Fachgruppe Ortnung sowie den Aufbau des Hilfswerks einholen.

Dicht umlagert ist stets auch ein Prototyp des neuen THW-Gerätekraftwagens GKW 1. Bei der Entwicklung wurden die Strukturen des neuen THW-Konzepts berücksichtigt und die Erfahrungen aus dem Einsatzalltag der THW-Helfer einbezogen. Die Ausstattung des Fahrzeugs ist breit gefächert und deckt quasi alle Szenarien eines möglichen THW-Einsatzes ab.

Ein weiteres Ausstellungsthema ist die Wasserdienstausstattung des THW. Gezeigt wird u.a. eine „schwimmende“ Arbeitsplattform mit vier Tonnen Tragkraft. Einen breiten Raum nimmt die Auslandskomponente des THW ein. Mit rund 400 Kubikmetern Sand wurde eine Oase in einer Wüstenlandschaft gestaltet, in der die Fachgruppe Trinkwasserversorgung den Betrieb einer Wasseraufbereitungsanlage sowie Brunnen- und Wasserleitungsbau demonstriert. Eingebunden auch die Fachgruppe Logistik sowie die Fachgruppe Führung/Kommunikation, die mit modernster Nachrichtentechnik die Funk- und Fernmeldeverbindungen sicherstellt.

Fehlen darf bei der Präsentation des Technischen Hilfswerks natürlich nicht die THW-Jugend. Die Veranstalter rechnen mit vielen jugendlichen Messebesuchern, und so wer-

Die Werk-  
feuerwehren  
zeigen  
hochspezialisierte  
Fahrzeuge.



„Gasexplosion“:  
Eine gelungene  
Schadens-  
demonstration  
des THW.



den neben der Darstellung der Jugendarbeit Geschicklichkeitsspiele angeboten, die viel Zulauf haben.

Was sind Ausstellungen der Katastrophenschutz-Organisationen ohne Modellfahrzeuge und Schadensdioramen? Die große Fangemeinde der Modellbauer kommt beim THW voll auf ihre Kosten. Die Vielzahl der Fahrzeuge und die Detailgenauigkeit der unterschiedlichen Darstellungen von Katastrophenszenarien begeistern die zahllosen Bastler, die sich an den Schaukästen drängen und sich Anregungen für ihr Hobby holen.

Die von vielen Besuchern gelobte eindrucksvolle und umfassende Präsentation des Technischen Hilfswerks gab durch ihre praxisnahe Darstellung einen guten Überblick über die Bandbreite der Einsatzmöglichkeiten des THW.

Hervorzuheben ist eine besondere Leistung des Hilfswerks während der Aufbauphase der Messe: Auf Wunsch der Berufsfeuerwehr Hannover transportierte das THW auf dem Tieflader seines Bergungsräumgeräts ein Feuerlöschflugzeug vom Flughafen Langenhagen zum Messengelände. Wegen der Größe des Flugzeugs wurde der Transport zu einer aufwendigen Aktion, die aber ohne Schwierigkeiten gemeistert wurde. Daneben unterstützte das THW viele Feuerwehren beim Transport von Oldtimern zur Messe.

## Gut besuchte Stände

Das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) gibt mit seinem Ausstellungsbeitrag einen Einblick in den vielfältigen Aufgabenkatalog. Auf dem gut gestalteten Stand ist das Informations- und Meßsystem des Warndienstes dargestellt. Zu sehen ist

auch ein nuklidspezifisches Meßfahrzeug, mit dem die Umweltradioaktivität gemessen werden kann. Der Prototyp eines ABC-Erkundungsfahrzeuges mit verbesserter und erweiterter Ausstattung, das inzwischen serienreif ist, ist ebenso ausgestellt wie der neue Schlauchwagen SW 2000-Tr, von dem noch in 1994

200 für die Komponente „Löschwasserversorgung“ des Brandschutzes im erweiterten Katastrophenschutz ausgeliefert werden. Des weiteren ist ein neues Trägerfahrzeug mit hydraulischer Hebebühne für die ABC-Dekontaminationskomponente zu besichtigen. Unmittelbar daneben aufgebaut ist eine Personen-Dekontaminationsstelle mit neuer Ausstattung wie z. B. dem aufblasbaren Zelt.

Vorgestellt werden auch eine neue Generation von Radioaktivitätsmeßgeräten, Prototypen von ABC-Schutzbekleidung (Zodiak-Nachfolger) und der Forschungsschwerpunkt „Bekämpfung chemischer Gefahren“ mit insgesamt zehn Vorhaben. Die einzelnen Themen sowie die umfangreiche Fahrzeug- und Gerätepräsentation finden reges Interesse

bei den Besuchern. Das Standpersonal hat viele Fragen zu beantworten.

In den BZS-Stand integriert ist ein Informationsstand der Katastrophenschutzschule des Bundes, Bad Neuenahr-Ahrweiler, auf dem Mitarbeiter der Schule den Messebesuchern einen Einblick in die Arbeit der Ausbildungsstätte geben.

Mittelpunkt der Präsentation des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) ist die neugestaltete Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“. Die Schautafeln geben zum einen einen allgemeinen Überblick über den Bevölkerungsschutz in Niedersachsen, zum anderen stellen sich die in Niedersachsen in die Gefahrenabwehr eingebundenen Hilfsorganisationen und Verbände mit ihren unterschiedlichen Aufgaben und Strukturen dar und werben für eine ehrenamtliche Mitarbeit.

Die Text- und Bilderschau entspricht dem neuen Ausstellungskonzept des BVS. Wegen der länderspezifischen Eigenheiten im Bevölkerungsschutz und der teilweise unterschiedlichen Organisationsstrukturen der Hilfsorganisationen in den einzelnen Bundesländern wird künftig für jedes Land eine eigene Ausstellung zur Verfügung stehen, die diese Besonderheiten berücksichtigt. Die Ausstellungen unterstützen den BVS in seiner Aufgabe, die Bevölkerung über Ziele und Möglichkeiten des Bevölkerungsschutzes (Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Zivilschutz) aufzuklären und zu informieren sowie Bürgerinnen und Bürger für die Mitarbeit im Bevölkerungsschutz zu gewinnen.

Ein Sicherheitsquiz unter der Überschrift „Wir fragen – Sie antworten“ zieht viele Besucher an den BVS-Stand. Wer sich beteiligt, dem winken schöne Preise. Stets dicht umlagert sind zwei detailgenaue Schadenmo-

Der informative  
Stand des  
Bundesamtes  
für Zivilschutz.



Reges Interesse zeigen die vielen Besucher der BVS-Ausstellung.



Attraktion auf dem Freigelände: Der Sicherheitswettbewerb des BVS.



delle, die einen Flugzeugabsturz und einen Chemieunfall mit einer anschließenden Explosion zeigen.

Unter dem Motto „Wir helfen gemeinsam“ gestaltet sich auch eine Fahrzeug- und Geräteschau der Katastrophenschutz-Organisationen und der Technischen Einsatzleitung des Landkreises Hannover auf dem Freigelände der Messe. Der Bundesverband für den Selbstschutz, in dessen Händen die Koordination der gemeinsamen Aktion liegt, bietet hier einen Sicherheitswettbewerb an, bei dem es für die Teilnehmer gilt, einen Notruf richtig abzusetzen, einen Verletzten aus einem Pkw zu bergen und richtig zu lagern sowie eine in Brand geratene Person mit Hilfe einer Decke abzulöschen. Zudem können sich die Besucher an einem Miniquiz in Sachen Sicherheit beteiligen und ein Glücksrad in Schwung bringen. Für viele sind die Aktionen des BVS eine willkommene Abwechslung beim Gang durch die geballte Technikschau auf dem Freigelände.

Die Präsentation des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) steht unter dem Motto „Helfen ist unsere Aufgabe!“ Daß dies über die Grenzen geschieht, dokumentiert eine riesige

Weltkugel, die über dem Messestand „schwebt“. Der attraktive Stand lädt zum Verweilen ein, um sich über die Ausstellungsschwerpunkte Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Wasserrettung, Behindertenfahrdienst und Rückholddienst zu informieren. Hierzu sind zum Teil neue Fahrzeuge und ein Rettungsboot zu besichtigen. Ergänzend werden auf dem Freigelände die Fahrzeuge und Ausstattung einer Schnell-Einsatz-Gruppe sowie ein Einsatzleitcontainer vorgestellt. Gut besucht ist hier

Der Ausstellungsstand des ASB lädt zum Verweilen ein.



auch ein Informationsmobil, in dem der Aufbau und die Aufgaben des ASB dargestellt werden.

## Beispiele aus der täglichen Arbeit

Einer der Mittelpunkte der vielfältigen Aktivitäten des Deutschen Roten Kreuzes auf der „Interschutz“ ist die Rettungskette. Anhand unterschiedlicher Fallbeispiele wie z. B. Herzinfarkt oder Kreislaufstillstand wird zum einen die Wichtigkeit der Basismaßnahmen des Ersthelfers herausgestellt, zum anderen werden die erweiterten Maßnahmen des Rettungsdienstes aufgezeigt. Eine große Resonanz bei den fachkundigen Besuchern finden dabei Maßnahmen, die primär Ärzten vorbehalten sind, die aber im Rahmen der Notkompetenz von Rettungsassistenten durchgeführt werden dürfen.

Die Ausstellung gibt dem DRK Gelegenheit, der Öffentlichkeit sein neues Modell einer „KatS-Einsatz Einheit“ zu präsentieren. Eine Multifunktions-einheit mit 30 Helfern, die die Komponenten Sanitäts-, Betreuungs- und Technischer Dienst unter Führung eines gemischten Zugtrupps vereinigt. Die Aufgaben der Einsatz Einheit bestehen darin, der betroffenen Bevölkerung nach einem Schadenereignis Hilfe zu leisten sowie ärztliche Sofortmaßnahmen und den Transport Verletzter durchzuführen. Des weiteren betreut und versorgt sie hilfebedürftige Personen und wirkt bei deren vorübergehender Unterbringung mit. Das neue Konzept, das beim DRK inzwischen beschlossen ist, stößt auf großes Interesse und gibt Anlaß zu regen Diskussionen.

Der Clou auf dem Stand der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesell-

Stets ziehen die DRK-Vorführungen das Fachpublikum an.



Die DLRG demonstriert die Palette ihrer Einsatzmöglichkeiten.



Die Erste-Hilfe-Ausbildung: Schwerpunkt der JUH-Präsentation.



„Hilfe, die ankommt“ ist das Motto des MHD-Standes.



schaft (DLRG) ist eine Tauchturm, in dem Rettungs-/Bergungstaucher anhand praktischer Demonstrationen einen Einblick in ihre qualifizierte Ausbildung und breite Palette der Einsatzmöglichkeiten geben. Zu sehen ist u. a. auch ein Spezial-Motorrettungsboot, wie es von der DLRG im Küstenrettungsdienst und im Wasserrettungsdienst auf den Unterläufen der Flüsse eingesetzt wird.

Die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) hat ihre Ausstellung unter das Motto „Eine christliche Hilfsorganisation im Wandel der Zeit“ gestellt. Dokumentiert soll damit werden, daß der Name „Johanniter-Unfall-Hilfe“ nicht umfassend aussagt, was die Organisation heute leistet. Denn zur täglichen Arbeit zählen nicht nur die reine Unfallhilfe, der Rettungsdienst, sondern auch vielfältige weitere Leistungen wie z. B. die breite Palette der Sozialen Dienste sowie die Alten- und Behindertenbetreuung. Schwerpunkte der Ausstellung sind u. a. die Mitarbeit im Rettungsdienst im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Rettungshubschrauber Christoph IV (Hannover) sowie Schnell-Einsatzgruppen und deren Ausstattung, Sanitäts- und Schwesternhelferinnen-Ausbildung, Erste Hilfe und die Herz-Lungen-Wiederbelebung.

Vorgestellt werden auch die Ausbildung von Führungskräften im Katastrophenschutz, die technische Ausbildung, die Jugendarbeit, neue Fahrzeuge sowie die Auslandshilfe der JUH, die sich auf dem Freigelände mit einer Fahrzeugschau und Einsatzbeispielen präsentiert. Daneben bieten auf dem Hallenstand ein Gesundheits-Check sowie Video-Information und ein vielseitiger Test „Erste Hilfe“ für Laien und Profis Unterhaltung und Information.

„Weg von einer Fahrzeug- und Produktschau, hin zu einer Ausstellung zum Anfassen“ ist das Konzept des Malteser-Hilfsdienstes für seine Selbstdarstellung auf der „Inter-schutz“. Und so haben die Besucher des Standes vielfältige Gelegenheiten, aktiv zu werden. Stets bildet sich ein Kreis von Interessierten, wenn an den unterschiedlichen Übungsphantomen die Herz-Lungen-Wiederbelebung bei Säuglingen, Kindern und Erwachsenen demonstriert wird und anschließend Besucher es selbst versuchen. Im Blickpunkt des Interesses, insbesondere bei Notfallpersonal, das sogenannte Megacode-Training, mit dem das Zusammenspiel bei der Rettung eines Menschen geübt wird.



Treffpunkt der Regieeinheiten ist der Stand der ARKAT.



Die Rettungshunde zeigen verblüffende Leistungen.

Weitere Themen sind u. a. Erste-Hilfe- und Schwesternhelferinnen-Ausbildung, Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungsdienst, Katastrophenschutz sowie die Jugendarbeit, wobei die MHD-Jugend aus Braunschweig mit einer „Realistischen Unfalldarstellungs-Gruppe“ viele Messeaussteller bei Einsatzvorführungen unterstützt. Großen Zulauf hat auch ein unterhaltsames PC-Programm, mit dem Wissen über Erste Hilfe spielerisch erlernt wird.

Den Präsentationsschwerpunkt des Verbandes der Arbeitsgemeinschaft der Helfer in den Regieeinheiten-

ten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (ARKAT) bildet das Pilotprojekt für ein universell einsetzbares Fernmelde-Führungsfahrzeug. Weiterhin wird eine Initiative der kommunalen Regieeinheiten des Landkreises Hannover zur Entwicklung eines SEG-Einsatzfahrzeugs mit integriertem mobilen, rechnergestütztem Managementsystem für Großunfälle mit Gefahrstoffen und der Umweltanalytik für eine Umweltbeobachtungs- und ABC-Meßstelle vorgestellt. Die ARKAT will dem fachkundigen Besucher damit demon-



Vielerlei Einlagen sorgen dafür, daß auch der Spaß nicht zu kurz kommt.

(Fotos: Claes, Etkorn, Hilberath, Messe AG, Sers)

strieren, wie bereits jetzt und in Zukunft bestimmte Schutzmodule des Katastrophenschutzes wirkungsvoll zu einem integrierten Schutzmanagement beitragen können.

Rettungshunde-Teams des BRH-Bundesverbandes für das Rettungshundewesen e. V. zeigen vor fachkundigem Publikum die Ausbildung und Leistungsfähigkeit von Rettungshunden. Zweimal täglich demonstriert der Verband mit dem Abseilen eines Teams von einer 30 Meter hohen Drehleiter die Einsatzmöglichkeiten der Rettungshunde und ihrer Führer.

Die Berichterstattung über den ideellen Bereich der Ausstellung kann nur einen Teil der vielfältigen Aktivitäten widerspiegeln. Sie vermag nichts darüber auszusagen, wieviel Mühe und persönliches Engagement vieler hauptberuflicher und ehrenamtlicher Mitarbeiter mit dem Zustandekommen der einzelnen Stände, mit dem Auf- und Abbau und mit der Präsentation gegenüber den zahlreichen Besuchern verbunden war. Ihnen ist zu danken, denn sie haben damit wesentlich zum Gelingen der „Interschutz '94“ beigetragen.

## Neuer Besucherrekord

Was sich bei Messebeginn bereits andeutete, bestätigte sich nach sechs Tagen in vollem Umfang: Die Messe schließt mit einem Spitzenergebnis. Rund 150.000 Besucher (1988: 134.000) informierten sich über das internationale Angebot. Betrug der Auslandsanteil der Besucher 1988 noch 16,7 Prozent, so kamen in diesem Jahr 18,9 Prozent Fachleute aus aller Welt nach Hannover. An diesem Anstieg dürften die neuen Angebots- und Beschaffungsmöglichkeiten im Rahmen der Europäischen Union nicht gänzlich unbeteiligt sein.

Die „Interschutz '94“ ist vorbei. Geblieben ist die Faszination des Erlebten, das Kennenlernen imponierender technischer Glanzlichter, die Verblüffung über manchmal simple und dennoch effektive Problemlösungen und nicht zuletzt die Erinnerung an eine bis ins Detail perfekt organisierte Großveranstaltung.

Die nächste „Interschutz“ – im Jahre 2000 wiederum in Hannover – wirft schon in der Ferne ihre Schatten. Im Hinblick auf die dann parallel zur Weltausstellung stattfindende Messe wird es schon in einigen Jahren wieder heißen: „Wir sehen uns in Hannover!“

# Zu Lande, zu Wasser und in der Luft

## „Feuer und Wasser '94“: Bodensee-Feuerwehren stellen sich in vielfältiger Form vor

Was macht ein deutscher Feuerwehrmann auf einem österreichischen Feuerlöschboot im schweizerischen Romanshorn? Die Antwort ist simpel: Er ist Teilnehmer der Leistungsschau „Feuer und Wasser '94“ am Bodensee. Mit der Veranstaltung am 28. Mai 1994 präsentierten sich die Feuerwehren aus den drei Anliegerstaaten des Bodensees in eindrucksvoller Weise. Der Schwerpunkt der Vorführungen lag dabei bei den Öl- und Chemiewehren.

Und das kommt nicht von ungefähr, gilt es doch hier, den größten Trinkwasserspeicher Europas sauber zu halten. Das „Schwäbische Meer“ faßt rund 50 Milliarden Kubikmeter Wasser bei einer Oberfläche von 540 Quadratkilometern und einer Uferlänge von 263 Kilometern. Rund 3,5 Millionen Anwohner werden mit Trinkwasser aus dem See versorgt. Etwa 64 Prozent der gesamten Uferlänge entfallen auf die Bundesrepublik mit den Ländern Baden-Württemberg und Bayern, 26 Prozent auf die Schweiz (Kantone Thurgau und St. Gallen), der Rest von 10 Prozent auf das österreichische Bundesland Vorarlberg.

### Gewässerschutz im Vordergrund

Bereits 1968 richtete die „Internationale Gewässerschutz-Kommission für den Bodensee“ Empfehlungen an die Anliegerstaaten hinsichtlich der Bekämpfung von Ölschadensfällen auf dem See, die später zur Gründung von Öl- und Chemiewehren bei den Feuerwehren in den drei Staaten führten. Mittlerweile stehen den insgesamt zehn Öl- und Chemiewehren rund um den See über 30 Wasserfahrzeuge, mehr als 80 Landfahrzeuge, rund zwölf Kilometer Ölsperren

Blick auf das Ausstellungsgelände am Romanshorner Hafen.



Ein „Schweres Rüstfahrzeug“ mit Rettungsausrüstung und Ladekran der Feuerwehr Bregenz.



Ölwehr-Container der Feuerwehr Romanshorn (links) und Ölabscheider der Seepolizei Thurgau.



sowie zahlreiche Spezialgeräte zur Ölschadensbekämpfung zur Verfügung.

Ein „Internationaler Alarm- und Einsatzplan Ölwehr Bodensee“ sieht die enge Zusammenarbeit der verschiedenen Feuerwehren rund um den Bodensee vor. Gemäß eines Verbindungsschemas wird neben nationalen Meldeköpfen eine länderübergreifende Gesamt-Einsatzleitung mit verschiedenen Abschnittsleitern gebildet. Die Einsatzkräfte rekrutieren sich aus den Feuerwehren der drei Staaten und werden – unabhängig von ihrer Herkunft – zentral und dem Schadensereignis entsprechend eingesetzt.

## Zusammenarbeit als Tradition

Ein umfassendes Bild der zur Gefahrenabwehr vorgehaltenen Technik konnte sich der Besucher bei der eingangs erwähnten Leistungsschau „Feuer und Wasser '94“ machen. Träger der Veranstaltung war der „Internationale Bodensee-Feuerwehrbund“, der sich seit seiner Gründung im Jahre 1860 die Förderung des freundschaftlichen Miteinanders der Feuerwehren rund um den See zum Ziel gesetzt hat. Daß dieses Miteinander auch in der Praxis Bestand hat, bewiesen die gemeinsamen Einsatzdemonstrationen in Romanshorn. Umrahmt von einer Fahrzeugschau mit über 70 Fahrzeugen zeigten hier die Helfer aus den drei Staaten die ganze Palette ihres Könnens. Mit dabei – neben den „normalen“ Feuerwehren – die Öl- und Chemiewehren aus Konstanz, Überlingen, Friedrichshafen, Radolfzell und Lindau (Deutschland), Romanshorn, Steckborn, Borschach und Kreuzlingen (Schweiz) sowie aus Bregenz (Österreich).

Bei einem realistisch dargestellten Verkehrsunfall mit Gefahrgut zeigte die Chemiewehr Thurgau, wie mit modernster Technik und ausgefeilter Taktik auch brisante Situationen rasch beherrscht werden können. Anschließend bewies der Bundeslöschzug der Berufsfeuerwehr St. Gallen bei einer Löschdemonstration die Vielfalt seines Könnens.

Auch die Präsentation und Einsatzvorführung des aus einer Diesellok und je einem Tanklösch- und Rettungswagen bestehenden Lösch- und Rettungszuges der Schweizer Bundesbahnen, stationiert in Zürich,

**Drehleitern und Gelenkmast weisen dem Besucher den Weg.**



**Der „Schienengebundene Löschzug“ der Schweizer Bundesbahnen führt 44.000 Liter Löschwasser mit sich.**



**Gemeinsam im Einsatz: Löschfahrzeug (links) und Chemiewehrfahrzeug.**



**Von einem Anhängerfahrzeug aus wird die Ölsperre ausgelegt.**





Die Ölsperre mündet am „Selbstfahrenden Ölaufnahmegesetz“ (im Hintergrund).



Neu auf dem Bodensee ist das Feuerlöschboot der Feuerwehr Konstanz.



Die internationale Feuerwehrjugend präsentiert sich in Romanshorn.



Ein Publikumsmagnet: Der Helikopter der Schweizer Rettungsflugwacht.

(Fotos: Claes (4), Jendsch)

stieß auf das Interesse der Zuschauer. Der Zug hat bereits seine Feuerprobe hinter sich: Bei der durch die Explosion eines Benzin-Güterzuges ausgelösten Brandkatastrophe am 8. März 1994 in Zürich-Affoltern konnte er mit den 44.000 Litern Löschwasservorrat zur Begrenzung des Schadens beitragen.

## Interessante Technik

Schwerpunkt der Leistungsschau war die Einsatzvorführung der „Ölwehren Bodensee“. Mit Hilfe von Mehrzweckbooten wurde eine angemessene großflächige Wasserverunreinigung am Seeufer mit Ölsperren eingegrenzt. Jetzt kam ein spezielles Wasserfahrzeug, das „Selbstfahrende Ölaufnahmegesetz“ der Feuerwehr Lindau, zum Einsatz, welches in der Lage ist, einen Ölfilm von der Wasseroberfläche aufzunehmen. Begleitet wurde die Vorführung von dem im Bodensee neu beheimateten großen Feuerlöschboot der Feuerwehr Konstanz, einem ehemaligen DDR-Boot.

In die Luft ging es bei der Rettungsvorführung „Menschenrettung auf See“. Hier kam die Schweizer Rettungsflugwacht aus St. Gallen zum Einsatz, die mit ihrem Rettungshubschrauber vom Typ Agusta A 109 K 2 einen „Ertrinkenden“ per Seilwinde aufnahm und sicher an Land brachte. Technische Hilfeleistung bei einem Verkehrsunfall mit eingeklemmten Personen demonstrierte anschließend die Feuerwehr Arbon (Schweiz) mit dem Einsatz eines Vorausrüstwagens. Mehrere über den Tag verteilte gemeinsame Vorführungen der Jugendfeuerwehr rundeten das Geschehen ab.

„Vermeiden, was vermeidbar ist!“ lautet die Devise am Bodensee, wenn es um technische Anstrengungen und um die länderübergreifende Zusammenarbeit zum Schutz des Bodensees geht. Der nachhaltige Eindruck hinterlassende Tag in Romanshorn hat erkennen lassen, daß die Devise kein leeres Wort ist. Das Zuschauerinteresse hat darüber hinaus gezeigt, daß die Feuerwehren – nicht nur am Bodensee – stets gut beraten sind, auch ein anderes Wort zu beherzigen: „Tue Gutes und rede darüber!“

- cl -

## Schleswig-Holstein

### Itzehoe

„BVS – auch in Zukunft nötig“ war u. a. die Aussage des Bundestagsabgeordneten Dietrich Austermann in seinem Wahlkreisbüro in Itzehoe/Holstein. Hier trafen der Leiter der BVS-Außenstelle Schwerin, Diethelm Singer, und der Bundeshelfervertreter des BVS, Jürgen Grabke, mit dem Abgeordneten zu einem eingehenden Gespräch über die Zukunft des Zivil- und Katastrophenschutzes zusammen.

MdB Austermann, der dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages angehört, wurde von seinen Gesprächspartnern insbesondere über die derzeitige Situation des BVS unterrichtet. Hierbei war neben der Lage im hauptamtlichen Bereich besonders die Arbeit der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer Thema des Gesprächs.

In diesem Zusammenhang wurde Austermann auch auf das umfassende Ausbildungsangebot des BVS aufmerksam gemacht, das sich auf dem Sektor der Information und der Ausbildung zur Zeit einer Nachfrage erfreut, die die vor-

handenen Kapazitäten im ehrenamtlichen Bereich zum Teil übersteigt.

Auch vor diesem Hintergrund bestand letztlich Einigkeit darüber, daß auf die Arbeit des Verbandes nicht verzichtet werden kann, was Austermann abschließend zu der ausdrücklichen Feststellung veranlaßte, daß der BVS auch in Zukunft nötig sei. J.G.

### Bremen

Bereits zum 25. Mal fand Anfang Mai die Ausstellung „Hauswirtschaft und Familie“ (hafa) in Bremen statt. Seit zehn Jahren beteiligt sich die BVS-Dienststelle Bremen an dieser Messe, die Jahr für Jahr ein interessiertes Publikum aus Bremen sowie der näheren und weiteren Umgebung anzieht.

Die diesjährige Ausstellung war dem Internationalen Jahr der Familie gewidmet und stand unter dem Motto „Familie schafft Zukunft“. Die Eröffnungsrede hielt die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch. Beim offiziellen Messerundgang besuchte sie zusammen mit dem Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Klaus Wedemeier, auch den BVS-Stand.



Am Stand des BVS (v. links): BVS-Dienststellenleiter Pietz, Bundesministerin Rönsch, Bürgermeister Wedemeier und die Vorsitzende des Landesverbandes Bremen des Deutschen Hausfrauenbundes, Gundhild Meyer. (Foto: time-foto)

In einem kurzen Gespräch informierte Dienststellenleiter Werner Pietz die Gäste über die Aufgaben des BVS.

Der Messestand stand unter dem Slogan „Bevölkerungsschutz in Niedersachsen und Bremen – wir helfen gemeinsam“. Auf einer großen Wand wurden die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen vorgestellt. Daneben konnten die Besucher über Schautafeln und audiovisuelle Medien alles Wesentliche über Selbstschutz und Vorsorgemaßnahmen erfahren.

Ständige Vorführungen aus dem Ausbildungsprogramm und ein Sicherheitsquiz sorgten dafür, daß der Messestand gut besucht wurde. Über 2.000 Besucher beteiligten sich an den Quizveranstaltungen.

## Nordrhein-Westfalen

### Ahrweiler

Nach ihrer Wiederwahl trafen sich die Helfervertreter bei

den BVS-Außenstellen zu ihrer ersten Tagung an der BVS-Bundesschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Erster Tagesordnungspunkt dieser durch ein Grußwort der Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach eingeleiteten Veranstaltung war die Wahl des Helfervertreeters bei der Bundeshauptstelle und seiner beiden Stellvertreter. Bundeshelfervertreter wurde wiederum Jürgen Grabke von der Außenstelle Schwerin, der erst vor kurzem durch BVS-Direktor Helmut Schuch für sein 40jähriges ehrenamtliches Engagement geehrt wurde. Als 1. Stellvertreter fungiert Ernst Lauer aus Stuttgart, und 2. Stellvertreter wurde Peter Breitmeier von der Außenstelle Mainz. Damit ist eine kontinuierliche Fortsetzung der Arbeit der Bundeshelfervertretung zur Wahrnehmung der Interessen der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BVS und der Zusammenarbeit mit der Leitung des Verbandes gewährleistet.

Neben der Beratung und Diskussion aller für die Helfer bedeutsamen Themen wie



BVS-Bundeshelfervertreter Grabke (links) und Außenstellenleiter Singer besuchen MdB Austermann (Mitte).



Die Teilnehmer der Tagung in Ahrweiler stellen sich zum Erinnerungsfoto.

Helferwerbung, Ausbildung und Einsatz, Frauenarbeit, Gerätetransport, Aufwandsentschädigung und haushaltsrechtliche Fragen stand insbesondere die Information „aus erster Hand“ durch Direktor Schuch über den Stand der Umstrukturierung des BVS und die Zukunft des gesamten Zivilschutzes im Mittelpunkt der dreitägigen Veranstaltung.

Daneben galt es, zwei langjährige Mitarbeiter aus dem Kreis der früheren Landeshelfervertreter zu ehren. Für ihre ehrenamtliche Tätigkeit im Verband und ihren Einsatz in der Frauenarbeit verlieh Direktor Schuch Else Grosch die Ehrennadel des BVS; Werner Schwanck erhielt für seine 30jährige ehrenamtliche Tätigkeit ein Buchgeschenk. Auch Bundeshelfervertreter Grabke bedankte sich bei den langjährigen Weggefährten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Helfervertretung noch viele Jahre auf die Erfahrung und den Sachverstand der beiden vertrauen könne.

### Recklinghausen

Die Notwendigkeit des Zivilschutzes, insbesondere die Information der Bevölkerung durch den BVS, steht nach Ansicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Rudolf Purps außer Frage. In einem Gespräch mit dem Leiter der BVS-Außenstelle Recklinghausen, Peter Eykmann, kriti-

sierte der Politiker den Entwurf des Bundesinnenministeriums „Zivilschutz in Deutschland – Programm für die Zukunft“. Diese Konzeption definiere nicht ausreichend die sicherheitspolitische Lage in der Bundesrepublik.

Purps, der auch Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages und Miterichter für den „Einzelplan 36 – Zivile Verteidigung“ ist, verwies bei seiner Begegnung mit Eykmann auf das Weißbuch von Verteidigungsminister Volker Rühle, das nach seiner Auffassung bezüglich der Bedrohungsannahme für Deutschland um ein Mehrfaches konkreter sei als die Ausgangslage des BMI.

Zur Finanzausstattung im Bereich des Zivilschutzes vertrat er die Ansicht, daß der BVS auf diesem Gebiet schon beachtliche Vorleistungen er-



MdB Purps plädiert dafür, daß der BVS seine Neukonzeption zeitgerecht umsetzen kann.



BVS-Referatsleiter Aschmann (rechts) gratuliert Wilfried Klössel zur Auszeichnung, links Außenstellenleiter Klesper.

bracht habe; grundsätzlich dürfe allerdings auch der Zivilschutz von Einsparungen nicht ausgenommen werden.

Unabhängig von der Haushaltslage, geht der Politiker davon aus, daß es bei dem Beschluß des Innenausschusses vom November 1992 bleibe. Dabei müsse der BVS in die Lage versetzt werden, seine Neukonzeption zeitgerecht umzusetzen.

Purps bekräftigte schließlich die Auffassung seiner Fraktion, wonach die Aufgabe des Technischen Hilfswerks auf ein neu zu schaffendes Friedenskorps übergehen sollte, einzusetzen an den verschiedenen Krisenherden der Welt. „Denn“, so der Politiker, „der Bedarf an humanitärer Hilfe ist groß.“ Das THW, das über einschlägige Erfahrungen auf dem Gebiet der humanitären Hilfeleistung verfüge, müsse die Möglichkeit zur Intensivierung der diesbezüglichen Aktivitäten erhalten.

### Körtlinghausen

Mit der Ehrennadel des BVS für besondere Verdienste wurde Wilfried Klössel, Bezirksbeamter für den Brand- und Katastrophenschutz, Direktion Telekom Münster, in der BVS-Schule Körtlinghausen ausgezeichnet. Wilfried Klössel ist nicht nur in der BVS-Schule, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen als engagierter Verfechter des Selbstschutzgedankens bekannt.

Neben dem Aufbau und der Leitung des Katastrophenschutzes bei der Deutschen Bundespost hat er seit 1964 in Körtlinghausen DBP-spezifische Themen unterrichtet. Ein Schwerpunkt seiner Referententätigkeit war das Thema Schutzraumbau. Weiterhin stellte er sein Wissen vielen Arbeitskreisen zur Verfügung.

Glückwünsche zur Ehrennadel und Dank für die herausragende Leistung für den BVS überbrachten Referatsleiter Kurt Aschmann von der Bundeshauptstelle und Außenstellenleiter Hermann Klesper.

### Borken

Der BVS hat bundesweit seine Strukturen geändert. Vor Ort aber wird weiter auf bewährte ehrenamtliche Mitarbeiter gesetzt. Im Beisein von Oberkreisdirektor Raimund Pingel und Rechtsdezernent Dr. Hermann Paßlick erhielt der Bocholter Karl-Heinz Bickmann jetzt im Borkener Kreishaus eine entsprechende Ernennungsurkunde des BVS ausgehändigt.

Der Überbringer, Detlef Jerzewski von der BVS-Dienststelle Münster, erklärte: „Mit der Berufung Bickmanns zum ehrenamtlichen Beauftragten für Ausbildung und Information im Kreis Borken steht den Bürgern, Behörden und Betrieben jetzt ein kompetenter Ansprechpartner in Sachen Selbstschutz zur Verfügung.“



Ernennung in Borken (v. links): Oberkreisdirektor Pingel, Karl-Heinz Bickmann, BVS-Mitarbeiter Jerzewski und Rechtsdezernent Dr. Hermann Paßlick.



Der Gemeinschaftsstand beim Hessentag kann sich sehen lassen.

(Foto: Bibo)

Karl-Heinz Bickmann setzt sich seit 1964 ununterbrochen für die Aufgaben des BVS – zunächst nur in der Stadt Bocholt, seit 1973 auch auf Kreisebene – ein.

Oberkreisdirektor Pingel nahm die Gelegenheit zum Anlaß, um auf die nach wie vor wichtige Aufgabe des BVS hinzuweisen. Selbst das Ende des Kalten Krieges und die folgende Phase der Entspannung entbinde die Deutschen nicht von der Verpflichtung, ein Mindestmaß an Vorsorge für den Selbstschutz zu treffen. Pingel wörtlich: „Der Bürger darf sich nicht nur auf das verlassen, was der Staat durch seine hauptamtlichen Kräfte zu leisten imstande ist.“ Gerade im Bereich des Katastrophenschutzes sei es wichtig, daß die Bevölkerung zu einem gewissen Teil selbst Vorsorgemaßnahmen treffe.

## Sachsen

### Bautzen

Samstag mittag, 13.30 Uhr, Blaulicht, Verletzte, Menschenansammlungen, Rettungsfahrzeuge des Arbeiter-Samariter-Bundes: Was passiert? Ein Unfall? Nein, eine Ausbildungsübung am Kirchplatz in Bautzen mit Helfern des ASB unter Leitung des BVS.

Erstmals in Sachsen wurde hier unter der Mitarbeit von

vier ehrenamtlichen Helfern der BVS-Informations- und Beratungsstelle Riesa der Slogan „Sachsen helfen Sachsen – wir helfen gemeinsam“ umgesetzt. Diese erste gemeinsame Ausbildung als Fortführung nach der Ausstellung im Landratsamt Bautzen, „Wir helfen gemeinsam“, wurde von allen Beteiligten als Erfolg bewertet.

Am Vormittag war in den Schulungsräumen der Feuerwehr Bautzen eine Veranstaltung vorausgegangen. Themen: Die Organisation des Bevölkerungsschutzes, Aufgabenstellung, gesetzliche Grundlagen und der Aufbau des Katastrophenschutzes in Sachsen. Für die Zukunft sind weitere Veranstaltungen des ASB Bautzen mit Unterstützung des BVS vorgesehen.

## Hessen

### Groß-Gerau

Unter dem Logo „Wir helfen gemeinsam“ präsentierten sich die hessischen Hilfsorganisationen gemeinsam auf der Landesausstellung des 34. Hessentages in Groß-Gerau. Der hell erleuchtete Stand mit einer großen Ausstellungsfläche fand bei den Besuchern guten Anklang.

An insgesamt zehn Tagen waren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von BVS, DRK, MHD, THW, DLRG, Feuer-

wehr und dem Bund eigenständiger Krankentransport- und Sanitätsdienste (BKS) anwesend. Jeder Organisationsstand eine Aktionsfläche zur Verfügung. Der BVS zeigte hier das fachmännische Ablöschen einer Brandstelle. Außerdem hatte jede Organisation die Möglichkeit, sich an mehreren Ausstellungstagen verstärkt vorzustellen. Die BVS-Informations- und Beratungsstellen Darmstadt und Frankfurt hatten dazu ein Sicherheitsquiz mit Fragen des Selbstschutzes vorbereitet. Das Quiz bot dem Besucher die Möglichkeit, sein Wissen in puncto Selbstschutz zu überprüfen.

Besonders erfreut war die Standbesetzung, als sie den Innenminister des Landes Hessen, Günther, sowie die Schirmherren des Hessentages, den hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel und Bürgermeister Manfred Hohl, auf ihrem Rundgang durch die Landesausstellung begrüßen konnten. Unter den Ehrengästen war auch die hessische Ministerin für Jugend und Familie, Iris Blaul.

### Dautphe

Etwa 400 Besucher kamen zur BVS-Ausstellung „Was ist Bevölkerungsschutz?“ ins Dautpfer Bürgerhaus. Die BVS-Informations- und Beratungsstelle Wetzlar betreute die Ausstellung, die zuvor in

Biedenkopf, Breidenbach, Angsburg und Steffenberg zu sehen war. Der BVS-Beauftragte für den Kreis Marburg-Biedenkopf, Günther Kiera, stand den Besuchern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Auf übersichtlich angeordneten Ausstellungs-Tafeln rückte der BVS das Wichtigste über den Bevölkerungsschutz in Bild und Text ins Bewußtsein der Bürger. Ergänzend dazu verteilte Günther Kiera BVS-Informationsbroschüren und zeigte Videofilme über Katastrophen- und Zivilschutz. Guten Anklang fand auch das BVS-Sicherheitsquiz.

### Wetzlar

Unter Anleitung der BVS-Mitarbeiter Erwin Bender und Reinhard Hause absolvierten die Beamten des Polizeipräsidiums Gießen eine Brandschutz-Ausbildung. Nach der theoretischen Einweisung galt es im praktischen Teil der Veranstaltung, eine brennende Puppe zunächst mit einer Decke und anschließend mit einem Feuerlöscher abzulöschen. Die BVS-Brandschutz-Ausbildung soll künftig in allen Dienststellen des Polizeipräsidiums Gießen erfolgen.

### Darmstadt

Im Namen der Außenstelle Mainz würdigte BVS-Sachge-



Wolfgang Schmidt (Mitte) freut sich über die Ehrenurkunde, rechts daneben Günter Wufka.

bietsleiter Günter Wufka das 30jährige ehrenamtliche Engagement von Wolfgang Schmidt für den BVS. Er überreichte dem Jubilar Ehrenurkunde und Medaille des Verbandes als Anerkennung für die erfolgreiche Mitarbeit.

Dipl.-Ing. Wolfgang Schmidt, beruflich als selbständiger Architekt tätig, trat schon 1963 als Helfer in den damaligen Bundesluftschutzverband (BLSV) ein. Während seiner Tätigkeit als Fachgebietsleiter für Schutzraumbau absolvierte er zahlreiche BVS-Fortbildungslehrgänge. Wie Wufka in seiner Laudatio hervorhob, gelte der Mitarbeit Schmidts beim Aufbau des Selbstschutzes Dank und Anerkennung.

\*

Im Rahmen einer Dienstbesprechung der BVS-Außenstelle Mainz in den Räumlichkeiten der BVS-Informations- und Beratungsstelle Darmstadt wurden Willy Roth und weitere Mitarbeiter aus Darmstadt geehrt. Der Referent für Öffentlichkeitsarbeit an der BVS-Bundeshauptstelle, Werner Hachen, würdigte hierbei einen Verbesserungsvorschlag Roths bezüglich der Branddarstellung, der sich bei der praktischen Ausbildung am offenen Feuer schon vielfach bewährt hat.

Unter Hinweis auf die tatkräftige Unterstützung der Darmstädter referierte Roth anschließend über seine

Variante einer zeitgemäßen Löschmöglichkeit. Rauchentwicklung und Löschpulververbrauch bei Feststoff- und Flüssigkeitsbränden werden hierbei umgangen. Bei der neuen Konstruktion sind Gasflammen das Löschziel, die mit dem Übungswasserlöcher abgelöscht werden.

Weder Rauch noch Rückstände entstehen bei dieser Löschvariante, sie ist daher besonders umweltfreundlich.

\*

Zur Information und Weiterbildung besuchten die ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Informations- und Beratungsstelle Darmstadt das Kernkraftwerk Biblis. Das RWE-Kraftwerk produziert mit zwei Reaktoren 60 bis 70 % des hessischen Energiebedarfs. Eine Besichtigung des Blocks A und eine Diskussion,



Umfassende Information gab es im Kernkraftwerk Biblis.

auch über Störfälle, beinhaltete das zweieinhalbstündige Programm.

### Birkenbach

Die BVS-Informations- und Beratungsstelle Darmstadt führte einen Informationsabend zum Thema „Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes und richtiges Handeln bei Bränden“ in Birkenbach durch. Die Veranstaltung war überaus gut besucht. Mehr als 50 Zuhörer aller Altersklassen, darunter auch eine Schulklasse, verfolgten interessiert die Ausführungen zum Thema Brandschutz.

Die BVS-Mitarbeiter betonten nachdrücklich, wie wichtig es ist, rasch und richtig im Brandfall zu handeln. Verblüfft reagierten die Zuhörer auf die Tatsache, daß Kunststoffe im Haushalt durch ihre schnelle und starke Rauchentwicklung eine tückische Gefahrenquelle darstellen. Die Demonstration mit Strohalm und Kunststoffhalm, die die Unterschiede des Abrennens zeigte, erstaunte viele. Guten Anklang fand auch das Ablöschen der Brandpuppe mit einer Decke.

### Gilserberg

Der BVS veranstaltete zusammen mit Feuerwehr und DRK einen Sicherheitswettbewerb in Gilserberg. Die Teilnehmer waren bei dem fünfteiligen Parcours gefordert, an-

hand von nachgestellten Unfall- und Gefahrensituationen ihr Wissen in Sachen Selbstschutz unter Beweis zu stellen.

Ziel der Veranstaltung, so der BVS-Dienststellenleiter von Fulda, Karl Hatalla, sei es, die Menschen aufzufordern, ihr Wissen zu überprüfen und im Fall von Defiziten die Ausbildung zu wiederholen. Daß hier noch Nachholbedarf besteht, wurde nach Durchsicht der BVS-Wertungskarten deutlich.

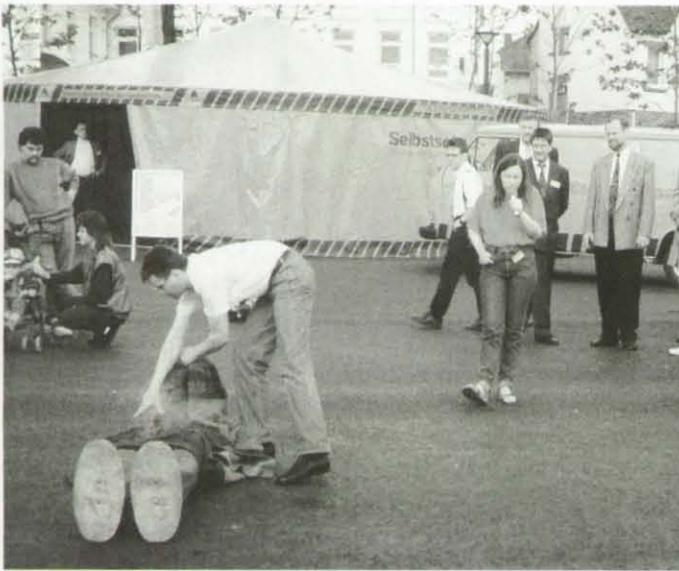
Bürgermeister Ernst Thiel wies bei der Siegerehrung und Preisverleihung darauf hin, daß die staatliche Hilfe nur auf der Selbsthilfe der Bürger aufbauen könne. Selbstschutz, so Thiel, sei der Grundpfeiler eines jeden Hilfeleistungssystems.

## Rheinland-Pfalz

### Wittlich

Drei Tage bestimmten Attraktionen beim Rheinland-Pfalz-Tag in Wittlich das Stadtbild. In der Innenstadt präsentierten sich rund 150 Stände der rheinland-pfälzischen Landkreise und Städte. Die Veranstaltungsfläche auf dem Viehmarktplatz stand den Organisationen des Brand- und Katastrophenschutzes zur Verfügung. Den Eingang bildete ein vom THW aufgebautes Tor, das auf breitem Banner zum „Katastrophenschutz-Meeting“ einlud. Schon von weitem waren die Fahnen der beteiligten Organisationen zu sehen, vor allem das orangene BVS-Rundzelt.

Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Informations- und Beratungsstelle Trier und Koblenz betreuten den BVS-Stand und stellten die Ausstellung „Was ist Bevölkerungsschutz?“ vor. Im BVS-Ausstellungszelt waren drei Notrufsysteme plazierte, an denen die Besucher das Absetzen eines Notrufes ausprobierten. Auf einer Ausstellungsfläche waren diverse Selbstschutzgeräte wie Fluchthaube, Feuerlöcher, Rettungsleiter und



Ministerpräsident Scharping verfolgt interessiert die Aktivitäten des BVS.

Verbandmaterial übersichtlich angeordnet.

Höhepunkte der BVS-Präsentation war das Ablöschen brennender Bekleidung mit Hilfe einer Decke. Zweimal am Tag erläuterten BVS-Mitarbeiter die Brandschutz-Darstellung, die sich wie immer als Publikumsmagnet erwies.

Auch der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Rudolf Scharping, und Innenminister Walter Zuber fühlten sich von der BVS-Vorführung angezogen. Sie verfolgten interessiert die Selbstschutz-Demonstration. Im Anschluß besuchten sie die BVS-Ausstellung, zu der sie BVS-Mitarbeiter Bruno Conrad herzlich begrüßte. An allen drei Tagen war das Zelt gut besucht, was nicht zuletzt auf das Mini-Quiz zurückzuführen war. Rund einhundert Personen füllten täglich den Fragebogen mit den zehn Fragen zu Zivil- und Selbstschutz aus. In Einzelgesprächen informierte das BVS-Team über selbstschutzmäßiges Verhalten in Notsituationen.

### Koblenz

Bürgermeister Peter Knüpper setzte Else Grosch in das Amt einer BVS-Beauftragten für Ausbildung und Information in der Stadt Koblenz ein. In Gegenwart des Chefs der Berufsfeuerwehr, Hammer-

schmitt, und BVS-Sachgebietsleiter Günter Wufka überreichte er im Rathaus die Berufungsurkunde.

Die BVS-Selbstschutz-Beauftragte soll künftig als Bindeglied zwischen BVS und Stadt Koblenz, aber auch zwischen Gemeinden, Behörden und Betrieben fungieren. Bürgermeister Knüpper sprach seine Freude darüber aus, daß Else Grosch das Amt der BVS-Repräsentantin in der Stadt Koblenz übernimmt. Sie sei ein „bekanntes Gesicht“ und verfüge über vielfältige Kontakte: „Menschen, nicht abstrakte Funktionsträger, müssen die Arbeit des BVS fortführen“, betonte Knüpper nachdrücklich.

\*

Für seine mehr als dreißigjährige ehrenamtliche Tätigkeit für den BVS wurde Dietmar Kuhn in der Informations- und Beratungsstelle Koblenz ausgezeichnet. Außenstellenleiter Erich Urbaniak brachte bei der Überreichung von Urkunde und BVS-Ehrengabe seine Freude darüber zum Ausdruck, mit dem Jubilar einen verdienten Mitarbeiter des BVS zu ehren.

Dietmar Kuhns Arbeit für den Verband begann 1963 in der damaligen Dienststelle Essen. Bereits drei Jahre später hatte er alle Fachlehrgänge absolviert. Nachdem er lange

Jahre als Führer des Selbstschutz-Zuges in Montabaur sowie als Ausbildungsleiter tätig war, wurde er in den siebziger Jahren BVS-Dienststellenleiter für den Unterwesterwaldkreis. Nach der Auflösung der Dienststelle 1978 wechselte Kuhn zum BVS in Koblenz. Er engagierte sich dort als Beauftragter für den Unterwesterwaldkreis.

### Trier

Offiziell verabschiedete BVS-Außenstellenleiter Erich Urbaniak den Trierer Dienststellenleiter Gerhard von Leoprechting nach über 23 Jahren aus dem aktiven Dienst. Der Verabschiedung folgte dann aber sogleich die Berufung zum ehrenamtlichen Helfer, da sich von Leoprechting weiterhin für den Bevölkerungsschutz einsetzen will.

Quasi als Mann der ersten Stunde, bereits 1965, absolvierte von Leoprechting einen Selbstschutz-Grundlehrgang. Zunächst engagierte er sich als Fachlehrer, 1971 übernahm er das Amt des Dienststellenleiters von Trier. Unter seiner Leitung führte die Informations- und Beratungsstelle Trier Tausende von Beratungen und Informationsveranstaltungen sowie Lehrgänge in Behörden und Betrieben durch.

### Weißenthurm

Mitarbeiter der BVS-Informations- und Beratungsstelle Koblenz führten an der Anne-Frank-Schule in Weißenthurm einen Selbstschutz-Grundlehrgang durch. Ziel der Ausbildung war es, selbstschutzmäßiges Verhalten zu erlernen, um so Gefahren des Alltags zu erkennen und abzuwehren. Die Schüler und Schülerinnen trainierten Sofortmaßnahmen am Unfallort und das Verhalten bei Katastrophen.

Einen weiteren Schwerpunkt des Lehrgangs bildete der Brandschutz. Dabei waren die Teilnehmer gefordert, die brennende Kleidung einer Puppe mit Hilfe einer Decke zu

löschen. Danach galt es, einen Flüssigkeitsbrand durch den gezielten Einsatz eines Pulverlöschers abzulöschen.

### Idar-Oberstein

Für die erfolgreichen Bemühungen zur Einrichtung einer BVS-Betreuungsstelle in Idar-Oberstein bedankte sich Manfred Braun von der BVS-Informations- und Beratungsstelle Kaiserslautern beim ehrenamtlichen Beauftragten des Gebietes, Werner Fug.

Solche Betreuungsstellen sollen künftig als Operationsbasis der ehrenamtlichen Helfer dienen, sie werden die Anlaufstelle für sämtliche ehrenamtliche BVS-Aktivitäten sein. Die Betreuungsstellen, die der jeweiligen BVS-Informations- und Beratungsstelle unterstehen, dienen vorwiegend dem Zweck, Ausbildungsgeräte einzulagern; von hier aus werden aber auch Einsätze geplant und besprochen sowie Weiterbildung der BVS-Mitarbeiter betrieben.

### Lambrecht

Der BVS organisierte einen Info-Stand und Sicherheitswettbewerb gemeinsam mit der Verbandsgemeinde Lambrecht, dem Verband der Selbständigen Lambrechter Tal und dem DRK auf der Leistungsschau in Lambrecht. Schirmherr des Wettbewerbs war Verbandsbürgermeister Herbert Bertram.

Über mangelnde Besucherresonanz war nicht zu klagen: Rund 300 Besucher kamen zum Informationsstand und beteiligten sich am Wettbewerb. Dies zeige, so BVS-Dienststellenleiter Hilmar Matheis, daß der Selbstschutzgedanke von der Bevölkerung angenommen werde.

## Hamburg



### THW baut Strommasten auf

**Hamburg.** Der Instandsetzungszug des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Wandsbek hatte sich bei seiner letzten Ganztagsausbildung, unter der Leitung des Zugführers Christian Lehmann, eine besondere Aufgabe vorgenommen. Auf dem Gelände des Bezirksverbandes wurde ein 20 Meter hoher Strommast der Hamburgischen Elektrizitätswerke aufgestellt und fachgerecht mit Isolatoren bestückt. Das 22 Meter breite T-Portal, welches von dem Versorgungsunternehmen für Katastrophen- und Unglücksfälle an den Überlandleitungen vorgehalten wird, ermöglicht Ersatzleitungen von 380 kV. Ein Mitarbeiter der HEW konnte sich vom technischen Geschick der THW-Helfer überzeugen.

Mit Hilfe eines GKW als Festpunkt und verschiedenen überschweren Greifzügen wurde der Mast problemlos aufgestellt. Schwindelfreie Helfer enterten anschließend den Mast, um die notwendigen

Montagearbeiten durchzuführen. Nach fünf Stunden harter Arbeit stand der Mast zur Zufriedenheit des HEW-Mitarbeiters.

Am Nachmittag bekam der Bezirksverband Besuch vom Wandsbeker Bundestagsabgeordneten und Senator a. d. Peter Zumkley. Dem im März ausgeschiedenen Bezirksbeauftragten Werner Hinrichs überreichte Zumkley ein Buchgeschenk, da er bei der offiziellen Verabschiedung nicht dabei sein konnte. Eine weitere Ehrung erfuhr der Kraftfahrer und Helfer Günter Helriegel, der aus den Händen des stellvertretenden Landesbeauftragten Erich Leppke die Urkunde für 30jährige Mitarbeit im THW erhielt. A.K.

## Bremen



### 100.000 sahen THW

**Bremen.** Mehr Aufmerksamkeit geht nicht: Über 100.000 Besuchern konnte sich das Bremer Technische Hilfswerk auf der Verbrauchermesse „hafa“ vorstellen.

Mit einem großzügig gestalteten Ausstellungsstand machte das Hilfswerk auf seine Arbeit aufmerksam.

Das THW hatte mit seiner Standfläche in der vom Publikum gut besuchten Halle 1 des Bremer Kongreß-Centrums ein „Filetstück“ bekommen. Diesen Vorteil nutze man, präsentierte Auslandsensätze, technisches Gerät, Modellbau-dioramen und ein Einsatzfahrzeug. P.L.

### Zahnarzt spendete Behandlungsstuhl

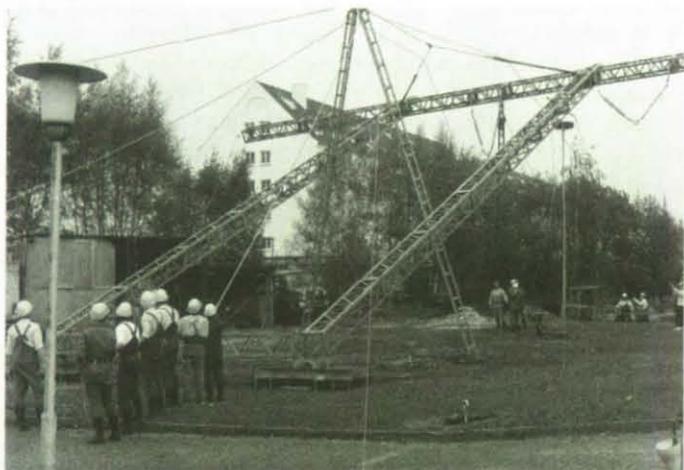
**Bremen.** Die 10. russische Panzerdivision wird aus dem Magdeburger Raum zurück in ihre Heimat verlegt. Das Ziel dieser Einheit ist die südlich von Moskau gelegene Stadt Woronesch. Dort muß mit dem Aufbau einer neuen Garnison begonnen werden. Es fehlt an allem. Um den Soldaten und ihren Familienmitgliedern wenigstens im gesundheitlichen Bereich den Neuanfang zu erleichtern, hat jetzt Dr. Frank Ebeling, Zahnarzt im Bremer Stadtteil Grambke, ein Geschenk gemacht. Für den Aufbau eines Krankenhauses spendete er einen zahnärztlichen Behandlungsstuhl, der

von Helfern des Bremer THW abgebaut, verfrachtet und in Magdeburg dem russischen Militär zum Weitertransport übergeben wurde.

### Hilfe für gelähmten Polizisten

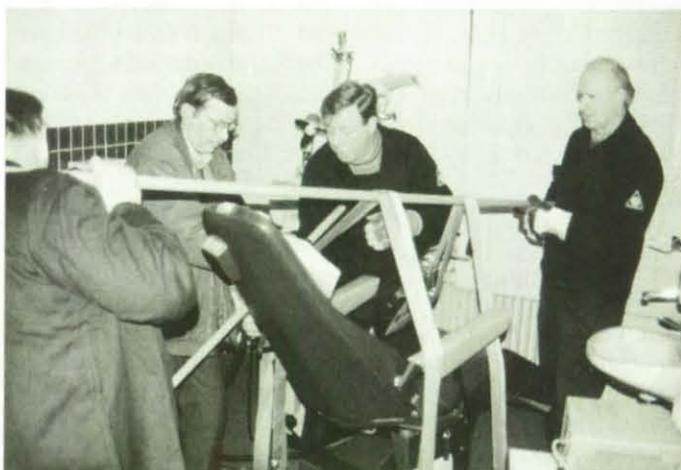
**Bremerhaven.** Im letzten Jahr wurde Uwe Dolgner, Polizeibeamter in Bremerhaven, durch einen Schuß lebensgefährlich verletzt. Dolgner verfolgte einen Einbrecher, dieser griff zur Waffe. Folge: Dem 31jährigen Polizisten mußte ein Lungenflügel entfernt werden. Querschnittsgelähmt, ist der Beamte nun auf den Rollstuhl angewiesen.

Eine Welle von Spenden und Hilfsangeboten setzte ein. Neben Dolgners Kollegen wurden auch Helfer des THW aktiv. Sie begannen jetzt mit den Erdarbeiten für ein behindertengerechtes Haus. Im Garten von Dolgners Elternhaus hoben sie für die Sohlplatte des zu bauenden Flachdachbungalows rund 60 Kubikmeter Mutterboden aus. Neben der aktiven Hilfe durch THW und Polizeikollegen erreichten Dolgner rund 150 000 DM Sach- und Geldspenden. Der Beamte ist überwältigt: „Ich weiß gar nicht, wie ich mich bedanken soll.“ P.L.



Der Mast wird aufgerichtet.

(Foto: Krüger)



THW-Helfer mit dem gespendeten Stuhl.

(Foto: Lohmann)



## Ministerpräsident Bergner dankt für Hochwassereinsatz

Magdeburg/Hannover.

Gut vier Wochen nach der verheerenden Hochwasserkatastrophe in Sachsen-Anhalt, bei der u. a. 1000 Helfer aus 29 niedersächsischen und elf sachsen-anhaltinischen THW-Ortsverbänden im Einsatz waren und an vielen Schwerpunkten wirksame Hilfe leisteten, sprach nun der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Dr. Christoph Bergner, den Helferinnen und Helfern der verschiedenen Organisationen sowie Polizisten und Soldaten seinen besonderen Dank aus. 300 von ihnen, darunter eine rund 50 Helfer starke Abordnung des THW aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, waren zu einem Empfang eingeladen worden. Begleitet wurde der Ministerpräsident u. a. durch den Minister für Europaangelegenheiten, Justiz und Inneres, Walter Remmers, früherer Justizminister in Niedersachsen.

„Durch Ihren Einsatz konnte Schlimmeres verhindert werden. Trotz der großen Schäden sollten wir nicht vergessen, daß die Flut keine Menschenleben gekostet hat. Dies ist auch eine Frage des Glücks, vor allem aber eine Leistung der vielen Helfer, für die Sie heute stellvertretend hier sind“, hob der Regierungschef hervor. Insgesamt waren während der Hochwasserkatastrophe 500 bis 600 Menschen aus gefährlichen Situationen evakuiert worden. Die Zahl der Helfer betrug während der Katastrophe etwa 10.000. Sie stammten aus Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk, aus dem Arbeiter-Samariter-Bund, dem Deutschen Roten Kreuz, der Johanniter-Unfall-Hilfe, dem Malteser-Hilfsdienst und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft. Zusammen mit Polizei, Bundeswehr und zivilen



Ministerpräsident Dr. Bergner im Gespräch mit THW-Angehörigen aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. (Foto: Bormann)

Hilfskräften waren die Helfer Tage im Einsatz, um die Folgen des Hochwassers einzudämmen.

„Von den Hilfsorganisationen könnte auch eine positive Werbewirkung vor allem auf junge Leute ausgehen“, sagte der Regierungschef. „Ich bin davon überzeugt, daß bei vielen Menschen die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Hilfe vorhanden ist, wenn sie nur in geeigneter Weise angesprochen werden.“ R.B.

## 40 Jahre Ortsverband Peine

**Peine.** Mit einem Informationsgespräch anstelle eines sonst üblichen Festaktes leitete der THW-Ortsverband Peine seinen „Tag der offenen Tür“ zum 40jährigen Bestehen ein. Landrat Otto-Heinz Ohlendorf, der Bürgermeister der Stadt Peine, Ulrich Biel, der Ortsbürgermeister von Handorf, Kurt Bock, und Oberkreisdirektor Dr. Peter Schroer nutzten die Gelegenheit, sich über Aufbau und Ausstattung des THW zu informieren.

Sachkundige Gesprächspartner waren neben Ortsbeauftragten Werner Siemon der Geschäftsführer für Braunschweig, Jürgen Bletz, sowie

der aus Hannover angereiste Sachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit, Reiner Bormann.

Nach dem Gespräch nahmen die Gäste die auf dem Unterkunftsgelände aufgebauten Fahrzeuge und Geräte in Augenschein und überzeugten sich anhand mehrerer Objekte, z. B. einer Hängebrücke und einer Seilbahn, vom guten Ausbildungsstand des Ortsverbandes. Trotz des schlechten Wetters nutzen Hunderte Peiner Bürger die Gelegenheit, sich beim THW zu informieren. Besonders für die Kleinen hatten sich die Helfer viel einfallen lassen. Attraktive Preise gab es beim Ballonwettfliegen und einem kleinen Quiz zu gewinnen. R.B.



Strahlende Gesichter beim Jubiläum in Peine (v. links): Ortsbürgermeister Bock, OB Siemon, EF Bletz, Landrat Ohlendorf, stellv. OB Siemon jr. und Oberkreisdirektor Dr. Schroer. (Foto: Bormann)

## Unwetter über Northeim

**Northeim.** Montag, 25. April, ein warmer Nachmittag, der zur Gartenarbeit und zum Grillen verleitet. Für den Abend hat der Wetterbericht zwar vereinzelte Gewitter vorausgesagt, doch scheint der strahlend blaue Himmel die Wetterfrösche wieder einmal Lügen zu strafen.

Gegen Abend ziehen die ersten Wolken auf, ertönen die ersten Donnerschläge. Was in den nächsten Minuten folgt, ist ein Inferno. Schlagartig wird es Nacht über Northeim und Umgebung, Blitz und Donner folgen nun Schlag auf Schlag, und es bricht eine wahre Sintflut über die Leinestadt herein.

Noch während das Unwetter seine Urgewalt entfesselt, heulen die Sirenen, rücken Ortswehren zum Einsatz aus. Gilt sonst das Hauptaugenmerk dem Leerpumpen von Kellern, so ist der Einsatz der Wehren heute wesentlich dramatischer: In der Ortschaft Sudheim müssen 20 Kinder aus der überfluteten Sporthalle gerettet werden, in einem nahegelegenen Ort wird das Unterdorf evakuiert.

Gegen 19.30 Uhr alarmiert die Leitstelle des Landkreises auch das Northeimer THW, das bereits wenige Minuten später ausrücken kann. Am schlimmsten betroffen sind die Ortschaften Sudheim und Bühle. In Sudheim unterstützen die THW-Helfer die Feu-

erwehr mit ihren Pumpen. Die Anfahrt ist für die Einsatzkräfte abenteuerlich: Die mit un- verminderter Kraft herabströmenden Wassermassen haben Geröll und Schlamm von den Hängen der umliegenden Berge auf die Bundes- und Kreisstraßen gewälzt. Straßen und Felder haben sich in schlammige Ströme verwandelt und machen das Durchfahren nahezu unmöglich. Auf allen Zufahrtsstraßen blockieren steckengebliebene Pkw die Zufahrt. Nur die Großfahrzeuge von THW und Feuerwehr kommen noch durch.

Wenig später erreicht ein weiterer Notruf das THW: In Bühl haben Schlamm und Geröllmassen von einem Hang die Außenwand eines Gasthauses nach innen gedrückt. Nur die Heizungsrohre halten die Wand zusammen, das Haus droht einzustürzen. Eine Gruppe des Northeimer THW stützt die Wand ab und kann den Einsturz verhindern.

Als sich die Lage gegen 0.30 Uhr ein wenig entspannt hat und die Pumpen allmählich die Keller trockenlegen, erreicht ein weiterer Funkruf von Florian Northeim die Zentrale. In Sudheim droht nach dem Unwetter eine Fachwerkscheune einzustürzen. Noch einmal können die THW-Helfer durch ihren schnellen Einsatz hohe Sachwerte retten.

## Großübung der Rettungskräfte

**Northeim.** Freitag abend, Feierabend: Plötzlich ein ohrenbetäubender Knall über dem großräumigen, ehemaligen Kasernengelände in der Scharnhorststraße. Im ersten Obergeschoß ist eine Gasleitung explodiert. Mehrere Brände sind im Haus entstanden, und aus den Fenstern quillt beißender Rauch. Über Notruf wird die Feuerwehr alarmiert, die bereits Minuten später am Unglücksort eintrifft. In dem brennenden Gebäude werden rund 16 Verletzte vermisst, ein Gebäudeteil droht einzustürzen. Als der Einsatzleiter die Lage erkennt,

gibt er auch Alarm für THW, Johanniter-Unfall-Hilfe und den Notarzt.

Der Hilferuf erreicht die THW-Helfer während ihres Ausbildungsabends, sie treffen nach wenigen Minuten am Einsatzort ein. Dort haben die Wehren aus Northeim, Hillerse und Langenholtsen bereits unter Einsatz von zwei Drehleitern mit dem Löschgriff und der Bergung der Explosionsoffer begonnen. Die JUH richtet gleichzeitig einen Verletzten-Sammelplatz ein.

Der Einsatz läuft Hand in Hand: Gemeinsam retten Feuerwehr und THW unter schwerem Atemschutz die Verletzten, leisten Erste Hilfe und übergeben sie den Helfern der JUH zur medizinischen Versorgung. Gleichzeitig stützen THW-Helfer und Feuerwehrmänner die einsturzgefährdeten Gebäudeteile ab und machen den Zugang zu weiteren Verletzten frei. Unter ihnen ist auch eine Northeimer Mitbürgerin, die an den Rollstuhl gefesselt ist.

Schon scheinen alle Verletzten gerettet, da zeigt sich in einem Fenster im zweiten Obergeschoß eine Frau, die in Panik zu springen droht. Schnell bringen die Wehrmänner ihr Rettungspolster in Stellung – gerade noch rechtzeitig, bevor sie springt.

Dieses Szenario war zum Glück nur inszeniert: Die „Opfer“: 16 THW-Helfer. Seit Wochen hatten sich Bernd Kühle (Feuerwehr), THW-Ortsbeauftragter Axel Hühne, Michael Reuter von der JUH und Maik Swiridow (DRK) auf diese Großübung vorbereitet. Vorrangiges Ziel, so Hühle, war die Menschenrettung und die Zusammenarbeit aller Organisationen. Der Erfolg gab den Organisatoren recht: Mit Ausnahme einiger kleiner Pannen, klappte alles reibungslos.

## Informationsbesuch

**Eschershausen.** Wer kennt sie nicht, die W1-Ausstattung der THW-Bergungszüge mit



Das in einer Tragetasche verpackte Schnelleinsatzzelt läßt sich problemlos von zwei Personen tragen und aufbauen. (Foto: Bormann)

den auf den Gerätekraftwagen verlasteten Schlauchbooten? Doch wer weiß schon, woher diese Boote stammen? Für 15 THW-Führungskräfte aus dem Geschäftsbereich Hildesheim ist dies nun keine Frage mehr.

Vorbereitet durch den Kreis- und Ortsbeauftragten für Holzminden, Dipl.-Ing. Lothar Weißferdt, und begleitet von Sachgebietsleiter Reiner Bormann sowie Geschäftsführer Ronald Bahr, trafen sie zu einem seit längerem geplanten Besuch bei einem Unternehmen in Eschershausen (Landkreis Holzminden) ein.

Neben dem herkömmlichen Schlauchbootprogramm, dessen jüngste Generation mit einem robusten Aluminiumboden angeboten wird, fanden vor allem die neuesten Entwicklungen des Hauses – sekundenschnell aufblasbare Schnelleinsatzretter, Sprung-

zelte und Schnelleinsatzzelte – das besondere Interesse der Besucher. Letztere z. B. können von nur zwei Mann per Tragetasche problemlos transportiert werden und haben sich nach dem Öffnen der Druckluftflaschen innerhalb von nur 40 Sekunden zu ihrer vollen Größe mit vier Metern Länge und Breite sowie 2,70 m Höhe aufgerichtet.

## Wach- und Generationswechsel

**Sarstedt.** 32 Jahre als freiwilliger Helfer, 28 Jahre als Ortsbeauftragter und 23 Jahre als Kreisbeauftragter, macht Summa Summarum 83 Jahre Mitarbeit im Technischen Hilfswerk. Diese Rechnung stellte Regierungsdirektor



Wachwechsel in Sarstedt (v. links): RD Derra, LB Leiser, KB Pfeiffer, Alt-KB/OB Carstens, auf dem Fahrrad OB Blaut. (Foto: Bormann)

Hans-Joachim Derra bei der Verabschiedung von Kurt Carstens in Sarstedt auf. Über 200 Gäste waren in die festlich ausgeschmückte Fahrzeughalle gekommen, um den Wach- und Generationswechsel von Kurt Carstens zu Burkhard Blaut als Ortsbeauftragten mitzuerleben.

Landesbeauftragter Eckhard Leiser nahm die Beauftragung von Burkhard Blaut und Rolf Pfeiffer vor. Nachfolger Blaut wünschte er, daß dieser in der Spur, die Kurt Carstens vorgegeben habe, den Weg fortsetzen werde.

In weiteren Worten lobten Bürgermeister Walter Gleitz, Bundestagsabgeordneter Dr. h. c. Hermann Rappe, Stellv. Landrat Werner Buß und weitere Redner die ehrenamtliche Arbeit des Scheidenden. R.B.

dankt hatten, wurde Friedhelm Lepperhoff von Derra in sein neues Amt eingeführt.

Der 54jährige Verwaltungsangestellte ist seit 30 Jahren als Zug- und Bereitschaftsführer im THW aktiv. In einer kurzen Ansprache erklärte er, daß er versuchen werde, die gute Arbeit seines Vorgängers fortzuführen und den Zusammenhalt zwischen den einzelnen Ortsverbänden im Kreis weiter zu stärken. Auch sei es sein Ziel, die Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen im Kreis auszubauen.

Zur Freude der Gummersbacher Helferschaft wurde anschließend auch Helmut Neuhoff, Zugführer des Bergungszuges Gummersbach, geehrt. Derra zeichnete Neuhoff, der seit 1973 beim THW aktiv ist, mit dem Ehrenzeichen in Bronze aus. S.W.

## Nordrhein-Westfalen



### Führungswechsel im Oberbergischen Kreis

**Gummersbach.** Das THW im Oberbergischen Kreis hat einen neuen Kreisbeauftragten. Nach über 28jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit gab Hans-Henning Olbeck sein Amt an Friedhelm Lepperhoff ab.

Im Beisein zahlreicher Gäste wurde dem ehemaligen Kreisbaudirektor von Regierungsdirektor Hans-Joachim Derra das THW-Ehrenzeichen in Silber verliehen. In seiner Laudatio bedankte sich Derra dafür, daß Holbeck über nahezu 30 Jahre sein „Unwesen“ im THW getrieben habe. Auch Gummersbachs Stadtdirektor Dr. Hansjochen Kochheim fand für den Jubilar lobende Worte und überreichte ihm für seine Tätigkeit die silberne Stadtmedaille. Nachdem sich auch stellvertretender Landrat Dr. Horst Bongardt und zahlreiche Vertreter anderer Hilfsorganisationen bei Holbeck für die gute Zusammenarbeit be-

### Seit 1984 Schutzhütten betreut

**Gummersbach.** Rechtzeitig zur Eröffnung der Wandersaison 1994 setzten die Helfer des THW-Ortsverbandes Gummersbach auch in diesem Jahr zahlreiche Schutzhütten im Oberbergischen Kreis instand. Dafür durften sie auf zehn Jahre erfolgreiche Tätigkeit zurückschauen. Schon 1984 wurde dem Ortsverband die Patenschaft für über zwanzig Schutzhütten im Oberbergischen Kreis übertragen. Während die Stadt Gummersbach die finanziellen Mittel bereitstellt, übernehmen die Helfer den Aufbau und die Wartung der Hütten.

Der Ortsverband kann damit das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden. Zum einen bietet die Aufgabe den Helfern die Möglichkeit, sich im Umgang mit Holz zu üben, und zum anderen macht es den Helfern viel Freude, zu sehen, daß ihre Arbeit Bestand hat und nicht ausschließlich Übungszwecken dient. 1993/94 hat das THW insgesamt acht Hütten erbaut, gewartet und instandgesetzt. Darüber hinaus



Bereits zehn Jahre kümmern die Gummersbacher THW-Helfer sich um den Erhalt der Schutzhütten. (Foto: Risken)

sind alljährlich auch wetterbedingte Instandsetzungsarbeiten erforderlich.

Aus Anlaß der 10jährigen Patenschaft mit der Stadt Gummersbach nahmen die Helfer nach Abschluß ihrer Arbeit an der Brucher Talsperre die Gelegenheit wahr und warben für ihre Arbeit. Das Interesse der Spaziergänger war groß, und viele erklärten sich zur Freude der Helfer spontan bereit, die Arbeit des THW zu unterstützen. Alles in allem ein erfolgreicher Tag für den Ortsverband und seine Helfer.

S.W.

### Sprengung geglückt

**Essen.** An einem Samstag sprengte der THW-Ortsverband Essen im Rahmen einer Renaturierungsmaßnahme im Sommerburgtal im Essener Süden Reste einer Brücke. Die Sprengung im Auftrag des Grünflächenamtes der Stadt, diente der umweltschonenden Beseitigung eines Betonfundaments sowie einer neun Meter langen Betonröhre. Durch besondere Ladungsformen und Aufteilung der Sprengung in mehrere Einzelsprengungen erreichte Sprengberechtigter Kurt Reinhardt, daß die Belastung der Umwelt sowie der Bewohner auf das geringste mögliche Maß beschränkt wurde. Dies war notwendig, da

sich die Sprengstelle mitten im Stadtgebiet, umgeben von Wohnhäusern und in der Nähe des Essener Uni-Klinikums, befand.

Unter der Leitung des Kreisbeauftragten Frank Schöpfer waren 60 Helfer des Fernmelde- und Bergungsdienstes seit 6.00 Uhr morgens mit vorbereitenden Arbeiten und umfangreichen Absperurmaßnahmen beschäftigt, bevor pünktlich um 10.30 Uhr die Sprengung erfolgte. Anschließend Aufräumarbeiten zogen sich bis zum frühen Abend hin. Alle Beteiligten waren sich einig, daß die Zusammenarbeit zwischen THW und Grünflächenamt weiter ausgebaut werden soll.

Neben dem Sprengtrupp des Ortsverbandes Essen nahmen auch Sprengberechtigte aus Dortmund, Wuppertal und Paderborn teil, um diese Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch zu nutzen, wie es sich seit geraumer Zeit auch bei anderen Sprengungen bewährt hat.

## Hessen



### Auszeichnung für Erika Steinbach

**Frankfurt.** Die langjährige Freundschaft, die die Bundestagsabgeordnete Erika Stein-

bach mit dem THW verbindet, begann 1977, zu ihrer Stadtverordnetenzeit in Frankfurt. Der umfangreiche Bereich Innenpolitik faszinierte sie schon immer, und so hatte sich die CDU-Politikerin bereits damals sehr für den Katastrophenschutz engagiert.

Ihr Interesse an diesem Thema beschränkt sich nicht nur auf die theoretische Seite; vielmehr suchte sie den direkten Kontakt zu den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der Hilfsorganisationen. So besuchte sie häufig Übungen und Ausbildungsveranstaltungen und führte mit den Einsatzkräften intensive Gespräche, um die Probleme der „Basis“ aufzugreifen.

1990 kam Erika Steinbach in den Bundestag, seit dieser Zeit hat sie die Probleme des Zivil- und Katastrophenschutzes in offener Form aufgegriffen und im Innenausschuß zur Sprache gebracht. Als Verfechterin für die Belange der Hilfsorganisationen hat sie die Arbeit der Bundesanstalt THW wesentlich unterstützt.

Heute, als zivilschutzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hält Erika Steinbach immer noch sehr engen Kontakt zum Frankfurter THW-Ortsverband. Aufgrund ihres langjährigen und unermüdlichen Einsatzes für das THW hat sie der Ortsverband für die zweithöchste Auszeichnung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk vorgeschlagen.

In seiner Laudatio dankte THW-Kreis- und -Ortsbeauftragter Jürgen Maier Frau Steinbach für ihren steten Einsatz als Kommunal- und Bundespolitikerin für das THW und insbesondere den Ortsverband Frankfurt.

Der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Prof. Dr. Kurt Schelter, überreichte in Vertretung des Bundesinnenministers die Auszeichnung. In seiner Rede nahm Schelter auch zu den Diskussionen um das THW Stellung. Eine Neukonzeption des Technischen Hilfswerks sei, aufgrund der derzeitigen Haushaltslage, dringend not-



Erika Steinbach und Staatssekretär Prof. Dr. Schelter bei der Ehrung in Frankfurt. (Foto: Thomas)

wendig und müsse mit den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen in Einklang gebracht werden.

Schelter erklärte weiter, es stehe außer Frage, daß das THW auch weiterhin als einsatzfähige Katastrophenschutzorganisation des Bundes erhalten bleibe. Anstehende Umstrukturierungen würden nicht über die Köpfe der Helferinnen und Helfer hinweg entschieden, vielmehr würden die Ehrenamtlichen, als tragende Säule des Katastrophenschutzes, in den Entscheidungsprozeß maßgeblich mit einbezogen. Positiv für das THW sei, daß auch sachkundige Politikerinnen und Politiker, wie Erika Steinbach, an der Neukonzeption mitwirken.

Glückwünsche zur Verleihung kamen auch von Reinhard Ries, Chef der Frankfurter Feuerwehr. In seinem Grußwort hob er insbesondere das gemeinsame Zusammenwirken zwischen Berufsfeuerwehr und THW in Frankfurt als „einzigartig in Deutschland“ hervor. Ohne Neid oder Konkurrenzdenken, so der Frankfurter Branddirektor, leisteten die Hilfsorganisationen gemeinsam ihren Beitrag zur Gefahrenabwehr.

In ihrer Dankesrede hob Erika Steinbach nochmals die

Wichtigkeit des Zivil- und Katastrophenschutzes hervor. Sie wolle sich auch weiterhin für die Belange der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer einsetzen. Über Einsparungen und Neukonzeption, fuhr Erika Steinbach fort, könne man natürlich reden, aber am Ende müsse die Funktionsfähigkeit des THW gewährleistet bleiben. S.T.

Bayern



## Blickfang an der BAB 7

**Memmingen.** Wer auf der BAB A7 von Ulm nach Füssen fährt, dem wird an der Autobahnausfahrt Memmingen-Süd sicher der Übungsturm mit einem THW-„Wetterhahn“ auffallen. Nach langem Warten bekam das THW Memmingen hier eine neue Unterkunft. Bereits im November 1989 wurde mit dem Bau der neuen Unterkunft begonnen. Das Warten und die vielen freiwilligen Arbeitsstunden der Helfer haben sich gelohnt. Das THW verfügt nun über eine schöne, zweckmäßige und großzügig angelegte Unterkunft.

Auf das 6822 m<sup>2</sup> große Grundstück wurde ein Unternehmungsgebäude gebaut mit Ausbildungs- und Aufenthaltsraum, Büro- und Umkleieräumen, sanitären Anlagen, Werkstatt, Materiallager sowie Garagen. Vor dem Gebäude befinden sich Parkplätze, und auch über ein großzügig angelegtes Übungsgelände dürfen die Memminger sich jetzt freuen.



Der neue Turm bietet vielfältige Übungsmöglichkeiten.

Mit Recht sehr stolz sind die Helfer des Ortsverbandes auf ihren selbst entwickelten und aus Holz gebauten Übungsturm. Sie gaben sich Mühe und opferten viele Stunden, um diesen sowohl praktischen als auch ansehnlichen Turm zu erstellen.

Der Übungsturm und die übrige Anlage wurde bei der offiziellen Eröffnung von vielen Gästen begutachtet. Der Leiter des Finanzbauamtes Kempten, Dipl.-Ing. Friedrich Freiherr von Grundherr, übergab den Schlüssel an THW-Landesbeauftragten Reiner Vorholz und Ortsbeauftragten Wolfgang Zettler. Grußworte von Memmingsens Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, Landrat Dr. Hermann Haisch sowie von den beiden Landtagsabgeordneten Herbert Müller und Josef Miller folgten. Am nächsten Tag präsentierte sich das THW beim „Tag der offenen Tür“ der Öffentlichkeit. Viele Bürger nahmen das Angebot wahr, die Unterkunft des THW zu begutachten. Sie waren auch interessiert zu sehen, welche Aufgaben das THW bewältigen kann und welche Ausrüstung dafür zur Verfügung steht. Engagement zeigten die Helfer auch bei ihren Vorführungen wie z. B. Bergung aus Höhen und Seilbahn, Schmelzen von Beton mit Hilfe der Sauerstofflanze, Stegebau und andere Übungen. S.K.



Hoher Besuch zum Abschied (v. links): Bürgermeister Dr. Alfred Leclair, Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, Frau und Herr Wimmer, Ortsbeauftragter Lothar Köpf, Landrat Widmann und Landesbeauftragter Vorholz. (Foto: Schwepfinger)

baut. Für seine Verdienste während einer über 25jährigen Dienstzeit wurde er zu seiner Verabschiedung mit dem THW-Ehrenzeichen in Bronze ausgezeichnet. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Landrat Dr. Rudolf Widmann sowie viele weitere geladene Gäste nahmen die Gelegenheit wahr, um Wimmer ein persönliches Dankeschön für sein langjähriges Engagement und die gute Zusammenarbeit auszusprechen.

## Eine Ära ging zu Ende

**München.** Der Pionier der Technischen Hilfeleistung auf Verkehrswegen, Klaus Rampf, vom THW-Ortsverband München-Land verabschiedete sich nach 25 Jahren aus dem aktiven THW-Leben. Über 100 Ehrengäste und Freunde der oberbayerischen Ortsverbände erwiesen „ihrem“ Klaus die Reverenz.

Landesbeauftragter Reiner Vorholz würdigte die Verdien-

ste von Rampf mit der Aushängung des Ehrenzeichens in Gold des THWs. In den zwei Jahrzehnten leistete Rampf insbesondere beim Aufbau des THV-Dienstes Pionierleistung.

Eine weitere Auszeichnung überreichte der Kreisbeauftragte des Malteser-Hilfsdienstes München, Herbert Ullrich. Die MHD-Ehrenplakette erhielt Rampf für die vielen Jahre der hervorragend partnerschaftlichen und unterstützenden Zusammenarbeit.

J.S.

## Offizielle Verabschiedung

**Starnberg.** Am 18. März 1994 nahm der langjährige Kreis- und Ortsbeauftragte des THW Starnberg, Dieter Wimmer, seinen offiziellen Abschied.

Bereits zehn Jahre nach seinem Eintritt im Jahre 1968 wurde er zum Ortsbeauftragten in Starnberg bestellt. Er war damit im Alter von 32 Jahren Bayerns jüngster Ortsbeauftragter. Seinem Engagement war die Gründung des THW-Fördervereins zu verdanken, unter seiner Leitung wurde die Dienststelle neu ge-

## Warndienst



### Internationale Übung der Warndienste in Europa

Mit „INTEX '94“ wurde am 19. und 20. März routinemäßig wieder eine internationale Übung der über die nationalen Grenzen hinweg zusammenarbeitenden Warndienste in Dänemark, Frankreich, Guernsey, Italien, Luxemburg, Por-

tugal und Deutschland durchgeführt.

Zweck der Übung war es, die Funktions- und Kooperationsfähigkeit dieser Warndienstorganisationen verfahrensmäßig zu testen. Das Übungsergebnis soll dazu beitragen, die Zusammenarbeit zum Schutz der Bürger der beteiligten Staaten zu verbessern.

Im Mittelpunkt der Übung standen Verfahren des Nachrichtenaustausches innerhalb der Melde- und Informationssysteme. Hierzu wurden zwischen den Nachbarländern Verbindungskräfte ausgetauscht. Mitarbeiter des Warndienstes der Bundesrepublik waren ebenso als Verbindungskräfte im Ausland vertreten wie Mitarbeiter aus diesen Ländern in den deutschen

Warnämtern an der Übung teilnehmen.

Insgesamt beteiligten sich 1011 hauptamtliche Kräfte sowie Helfer. Aus der Türkei war eine Anzahl Übungsbeobachter angereist. Die Teilnahme Deutschlands an der Übung war auf die Dienststellen des Warndienstes beschränkt.

## Was sind eigentlich Strahlen?

Es gibt Millionen verschiedener Materialien in der Welt, die jedoch aus nur 100 grundlegenden Stoffen, genannt Elemente, bestehen. Die meisten Atome, die diese Elemente bilden, sind „stabil“, jedoch gibt es auch einige, die „instabil“ sind. Diese Atome wie Uran, Radium und Thorium sind überall zu finden. Wenn Atome instabil sind, versuchen sie durch Energieabgabe stabil zu werden.

Diese Energieabgabe nennt man Strahlen. Strahlen sind eine Form von Energie, die beim Zurücklegen von Entfernungen ihre Energie ganz oder zum Teil abgeben, wenn sie mit Materie in Berührung kommen. Sie bestehen in Form von Alpha- oder Beta-Partikeln, Röntgenstrahlen oder Gamma-Strahlen und werden allgemein als ionisierende Strahlen bezeichnet.

Die Durchdringungsfähigkeit ionisierender Strahlen variiert. Alpha-Partikel können nicht tief eindringen. Sie können von einem Blatt Papier oder einer Luftschicht, die wenige Millimeter dick ist, aufgehalten werden. Beta-Partikel verfügen über eine höhere Durchdringungsfähigkeit, können jedoch von Aluminiumfolie oder einer wenige Zentimeter dicken Holzplatte aufgehalten werden. Gamma-Strahlen haben jedoch eine hohe Durchdringungsfähigkeit, obwohl Menschen durch eine angemessen dicke Betonschicht oder andere Materialien vor ihnen geschützt werden können.

Stoffe, die Gamma-Strahlen aussenden, können innerhalb und außerhalb des menschlichen

Körpers gefährlich sein. Beta-Partikel sind im Körper am gefährlichsten, und Stoffe, die nur Alpha-Strahlen aussenden, können nur gefährlich werden, wenn sie geschluckt oder eingeatmet werden.

## Von welchen Quellen gehen radioaktive Strahlen aus?

– Jeder von uns ist ständig und in unterschiedlichem Maße ionisierender Strahlung ausgesetzt. Sie stammen aus verschiedenen Quellen, natürlichen und vom Menschen geschaffenen. Mehr als zwei Drittel der Strahlen, denen wir ausgesetzt sind, existieren bereits im ganzen Universum in Form kosmischer Strahlen. Sie stammen auch von natürlichen radioaktiven Substanzen in der Erdkruste, von Elementen wie Kalium und Uran. Der menschliche Körper ist ebenfalls leicht radioaktiv, weil Knochen natürliches, radioaktives Kalium enthalten.

– Zusätzlich zur natürlichen Hintergrundstrahlung existieren viele Formen der vom Menschen verursachten Strahlen. Sie stammen von medizinischen Anwendungen, Kernreaktoren und selbstleuchtenden Produkten wie z.B. Schildern.

– Ionisierende Strahlen werden in Medizin, Industrie, Forschung und Landwirtschaft eingesetzt. Krankenhäuser stellen mit Hilfe ionisierender Strahlen Diagnosen und führen Therapien durch, indem sie Röntgenstrahlen und Gamma-Strahlen einsetzen, um in das Innere unseres Körpers einzudringen und es betrachten zu können. Intensivere Strahlen von Kobalt-60 oder Beschleunigern werden bei der Krebstherapie verwendet.

– Die Industrie setzt radioaktive Materialien ein, um die Qualität von Produkten zu verbessern. Viele medizinische Produkte werden mittels ionisierender Strahlen sterilisiert. Papier-, Plastik- und Metallhersteller verwenden ionisierende Strahlen, um die Qualität des Produktes bei der Herstellung ständig zu kontrollieren.

– Die Behandlung von Lebensmitteln ist ein wachsender Bereich zur Verwendung ionisierender Strahlen. Eine kontrollierte Reifung von Früchten und Gemüse verlängert die Zeit, in der verschiedene frische Lebensmittel auch wirklich frisch in den Läden angeboten werden können. Ionisierende Strahlen verhindern, daß Hackfrüchte wie Kartoffeln und Zwiebeln zu keimen beginnen.

## Welche Auswirkungen auf die Gesundheit sind bekannt?

– Sonnenstrahlen sind als Wärme und Licht für das Wachstum und die Ernährung aller Pflanzen und Tiere unbedingt vonnöten. Wenn wir nicht sorgfältig darauf achten, wie sehr wir uns der Sonne aussetzen, können wir mit Sonnenbrand oder schlimmstenfalls mit Hautkrebs rechnen. Genauso können Strahlen in zu großen Dosen zu ernsthaften Verletzungen, Krebs oder Tod führen. Der Grad der Verletzung hängt von der Dosis und der Dauer der Exposition ab.

– Die Strahlenexposition wird in Sievert gemessen. Es ist bekannt, daß beispielsweise eine akute Strahlendosis von 5 Sievert (5 Sv) über einige Stunden tödlich sein kann. 100 Aspirin, die über den gleichen Zeitraum eingenommen werden, können genauso tödlich sein. Andererseits hätte die gleiche Strahlendosis (5 Sv), verteilt über mehrere Jahrzehnte, geringere Auswirkungen.

## Wie hoch ist im allgemeinen die aufgenommene Strahlendosis?

– Ein Mensch nimmt im Durchschnitt pro Jahr etwa 2,2 Millisievert (mSv) Strahlen aus der natürlichen Hintergrundstrahlung auf, je nach Wohnort. Personen, die in größeren Höhen, z. B. in den Bergen, leben, sind der kosmischen Strahlung mehr ausgesetzt als diejenigen, die auf Meeresspiegelhöhe leben, weil die Erdatmosphäre in ge-

ringen Höhen einen besseren Schutz vor kosmischen Strahlungen bietet als in größeren Höhen, weil die Luft dort dünner ist.

– Im Durchschnitt nimmt jeder Mensch eine Dosis von 1 mSv pro Jahr aufgrund der medizinischen Anwendungen der Strahlen und Röntgenaufnahmen beim Zahnarzt auf.

– Die Strahlenexposition bei einem Flug Toronto-Vancouver und zurück beträgt etwa 0,05 mSv oder weniger mehr als die Strahlenmenge, die man aufnimmt, wenn man ein ganzes Jahr in unmittelbarer Nähe eines Kernkraftwerkes lebt.

– Weil wir heute verstehen, was Strahlen sind, können wir sie zum Nutzen der Menschheit einsetzen und kontrollieren.

## Messen der Radioaktivität

Das Becquerel, benannt nach dem französischen Physiker Antoine-Henri Becquerel, der das Prinzip der Radioaktivität entdeckte, ist die Maßeinheit für die Aktivität einer radioaktiven Substanz. 1 Becquerel (Bq) entspricht einer Kernumwandlung pro Sekunde.

Ein Gray ist die Maßeinheit einer absorbierten Dosis, zeigt also die innere „Schlagkraft“ jeglicher Strahlung. Die Einheit Gray (Gy) ersetzt das Rad, ein Gray entspricht 100 Rad. Ein kGy (Kilogray) entspricht 1000 Gray.

Sievert (Sv) ist die Maßeinheit für das sogenannte Dosisäquivalent, d. h. der absorbierten Dosis, abgeändert durch einen Qualitätsfaktor, der von der Art der Strahlung abhängt. Sievert ersetzt eine ältere Maßeinheit, das Rem (1 Sv = 100 Rem). Eine Millisievert entspricht einem Tausendstel Sievert.

Quelle: Pressemitteilungen der kanadischen Regierung



## IKRK-Präsident Sommaruga zu Besuch in Deutschland

Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), Dr. Cornelius Sommaruga, hielt sich vom 13. bis 15. Juni 1994 zu einem offiziellen Besuch in Bonn auf. Bei dieser Gelegenheit dankte Sommaruga dem deutschen Volk und der Bundesregierung für die umfangreichen finanziellen Beihilfen zur weltumspannenden humanitären Arbeit des IKRK. Im Jahre 1993 beteiligten sich die Bundesregierung und das DRK mit über 40 Millionen Mark am IKRK-Haushalt – der Dank schließt auch die diplomatische Unterstützung ein, die das IKRK in Konfliktgebieten erhält.

Präsident Sommaruga sprach mit der Führung des DRK und hochrangigen Regierungsvertretern über aktuelle humanitä-

re Angelegenheiten, vor allem die Beziehung des IKRK mit der Europäischen Union und deren Büro für humanitäre Hilfe, ECHO. Auf der Tagesordnung standen weiter die Wechselbeziehungen zwischen internen Konflikten und der internationalen Ordnung wie auch zwischen UN-Ordnungsaktionen und humanitären Aktivitäten. Dabei standen die Konflikte in Afghanistan, Angola, Bosnien-Herzegowina und Ruanda im Mittelpunkt.

Der IKRK-Präsident griff bei seinem Besuch auch Fragen des Waffenhandels, der Verfolgung von Kriegsverbrechern und des Aufrufs des IKRK zum völligen Verbot von Antipersonen-Minen auf.

gen auf Leistungsumfang und Qualität haben.

Für das DRK ist es oberstes Gebot, den Rettungsdienst im Interesse der Bürger so kostengünstig wie möglich zu halten.

Untersuchungen haben gezeigt: Der Einsatz fachlich gut ausgebildeter Ersthelfer erzielt in engem Zusammenwirken mit dem Rettungsdienst beachtliche Erfolge bei der Lebenserhaltung, der Reduzierung von Komplikationen und dauerhafte Schäden, bei der Verkürzung der Verweildauer im Krankenhaus und der Rehabilitationsphasen.

Fazit: Je besser die präklinische Versorgung ist, desto geringer sind die Folgekosten im Gesundheitswesen. Das DRK leistet schon jetzt einen entscheidenden Beitrag dazu. Jährlich werden über eine Million Bürger in der Ersten Hilfe ausgebildet, rund 30.000 Rettungsassistenten und Rettungssanitäter stehen im Einsatz für das DRK.

## DRK-Verband Baden-Württemberg mit Henry-Dunant-Plakette ausgezeichnet

Am 12. November 1863 wurde in Stuttgart durch Pfarrer Dr. Ulrich Hahn die älteste nationale Rotkreuzgesellschaft gegründet: der Württembergische Sanitätsverein. In Erinnerung an dieses bedeutende historische Ereignis in der Geschichte des Deutschen Roten Kreuzes wurde der Landesverband auf der 38. Ordentlichen Landesversammlung des DKR am 2. Juli 1994 in der Schwabenlandhalle in Fellbach mit der Henry-Dunant-Plakette ausgezeichnet. Der Vizepräsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Norbert Fischer, überreichte dem Präsidenten des Landesverbandes, Oberbürgermeister a.D. Dr. Kurt Gebhardt, die Plakette. Die ca. zehn cm große und aus Porzellan gefertigte Plakette würdigte die besonderen Verdienste und außerordentlichen Leistungen einer Rotkreuzvereinigung.

## Rettungsdienst muß öffentlich-rechtliche Aufgabe bleiben

Jeder zehnte Bürger wird im Jahresdurchschnitt durch den Rettungsdienst medizinisch versorgt, insgesamt sind das mehr als acht Millionen Menschen. Ein Drittel davon sind Notfallpatienten. Alle Notfallpatienten müssen die gleiche Chance haben, rund um die Uhr in angemessener Frist bereits außerhalb des Krankenhauses adäquat medizinisch

versorgt zu werden. Dies ist aber nur gewährleistet, wenn der Rettungsdienst auch künftig eine öffentlich-rechtliche Aufgabe bleibt.

Die gesamte Rettungskette von den Lebensrettenden Sofortmaßnahmen durch den Laien, über den Notruf, die Erste Hilfe, den organisierten Rettungsdienst bis hin zur stationären Behandlung ist ein dynamisches System auf international anerkannt hohem Niveau. Dieses gilt es zu erhalten und zu verbessern. Das Gesundheitsstrukturgesetz darf keine negativen Auswirkun-

Wolfgang Pleßke

## Katastrophenschutz in der heutigen Zeit

### 3. Teil

Im einzelnen:

- Die Einsatzeinheit
- sucht Verletzte auf und rettet sie
- übernimmt Verletzte von Verletztenablagen

- sichtet, führt ärztliche Sofortmaßnahmen durch und stellt die Transportfähigkeit her
- führt sanitätsdienstliche und erste pflegerische Maßnahmen durch
- leistet Erste Hilfe für kontaminierte Verletzte

- führt die Dekontamination von Personen durch (die Wahrnehmung dieser Aufgabe hängt von der Entscheidung des Bundes ab, die Personendekontamination auch dem DRK zu übertragen)
  - transportiert Verletzte unter Aufrechterhaltung der Transportfähigkeit
  - führt die Registrierung verletzter und unverletzter Betroffener durch
  - bereitet Verpflegung zu und verteilt sie
  - betreut hilfebedürftige Personen
  - versorgt hilfebedürftige Personen mit Gegenständen des dringendsten persönlichen Bedarfs
  - wirkt bei der Planung und Vorbereitung zur Aufnahme von hilfebedürftigen Personen mit; ggf. Transportbegleitung
  - bringt hilfebedürftige Personen unter.
3. Der Aufgabenstellung der Einsatzeinheit liegen folgende Überlegungen zugrunde:

• Sanitätsdienst

Aufgrund der notfallmedizinischen Entwicklung, dem Aufbau des Rettungsdienstes und der Schnelleinsatzgruppen (SEG) in den letzten Jahren hat sich die Aufgabenstellung des Sanitätsdienstes auch für den Katastrophenfall geändert. Daher werden die genannten Maßnahmen nicht schwerpunktmäßig selbständig geleistet, sondern in der Regel den im Einsatz befindlichen Rettungsdienst unterstützen. So ist davon auszugehen, daß das Aufsuchen von Verletzten und die erforderliche Rettung – ggf. auch unter er-

schweren Bedingungen – durch rettungsdienstliches Personal oder Schnelleinsatzgruppen vorgenommen, Verletzte von Verletztenablagen bereits vom Rettungsdienst übernommen und die Sichtung, die Durchführung der ärztlichen Sofortmaßnahmen sowie die Herstellung der Transportfähigkeit durch Kräfte des Rettungsdienstes erfolgen. Die Gruppe Sanitätsdienst hat hier in erster Linie unterstützende Funktion im Rahmen vorwiegend sanitätsdienstlicher Anforderungen.

• Betreuungsdienst

Die Aufgaben des Betreuungsdienstes sind im wesentlichen unverändert. Der Schwerpunkt und damit verbunden die Führung der Gruppe Betreuungsdienst liegt bei der sozialen Betreuung. Dies ermöglicht, Einsatzschwerpunkte je nach Lage an Unfallstellen, an Sammelstellen oder in Notunterkünften festzulegen und in enger Zusammenarbeit mit der Gruppe Sanitätsdienst tätig zu werden.

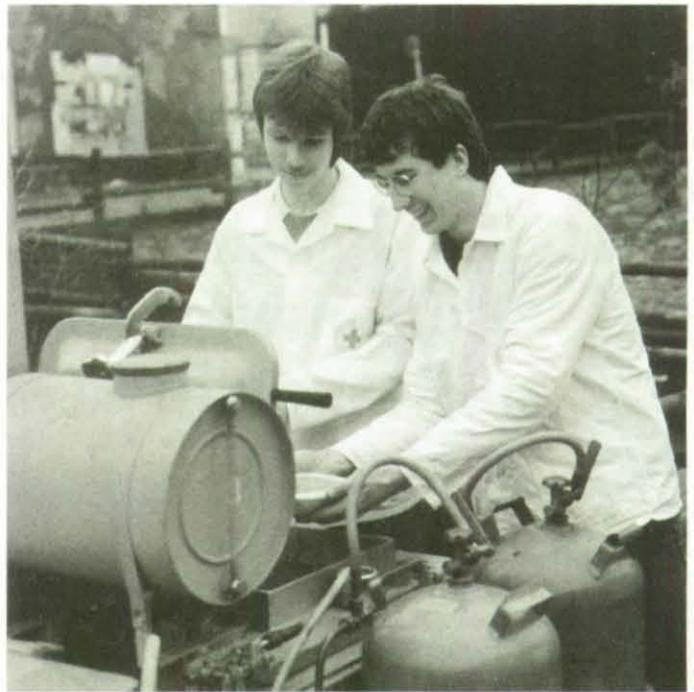
• Technischer Dienst

Die Tätigkeit des Technischen Dienstes dient der Unterstützung und Entlastung des Sanitätsdienstes und des Betreuungsdienstes, damit letztere vorrangig ihre ureigenen Aufgaben wahrnehmen können.

Die Verrichtung handwerklich-technischer Tätigkeiten, das sicherheitsgerechte Errichten und Betreiben technischer Geräte und Anlagen sowie deren Überwachung sind Aufgaben des Technischen Dienstes.

Die Unterstützung durch den Technischen Dienst ermöglicht u. a. auch eine gewisse Autarkie der Einheit, damit diese auch in Extremsituationen ihren sanitäts- und betreuungsdienstlichen Aufgaben nachgehen kann.

4. Die vorgeschlagene taktische Einheit ist wie bisher der Zug. Er gliedert sich in Teileinheiten. Diese Teileinheiten sind fachdienstlich „reinrassige“ Gruppen; der



Die DRK-Helfer sorgen auch für das leibliche Wohl der von ihnen betreuten Personen.

Zug ist fachdienstlich gemischt. Der Einsatz der Gruppen erfolgt grundsätzlich im Rahmen des Zuges. Im Bedarfsfall können sie selbständig eingesetzt werden.

Der Zugtrupp führt sowohl in „Sanitätslagen“ als auch in „Betreuungslagen“. Zur Klärung von fachdienstlichen Spezialfragen bedienen sie sich des Wissens von Spezialisten. Die Unterführer der jeweiligen Fachdienstgruppen haben dabei die Funktion eines „1. Fachmannes“.

Die Gruppe Betreuungsdienst beinhaltet die bestehenden Fachdienste Soziale Betreuung, Unterkunft und Verpflegung.

Eine wesentliche Neuerung des Vorschlags besteht darin, daß in jedem Zug der Technische Dienst unverzichtbar eingebunden ist. Dies geschieht in seiner unterstützenden Funktion für die anderen Fachdienste. Der Technische Dienst gewährleistet dabei u. a. die Einhaltung der gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften.

5. Das Konzept der fachdienstlich gemischten Einsatzein-

heit basiert auf folgender Ausbildung:

- Grundausbildung  
Alle Helferinnen und Helfer der Einsatzeinheit erhalten – unabhängig von der allgemeinen Helferausbildung – eine Grundausbildung im Betreuungsdienst, Sanitätsdienst und Technischen Dienst. Diese Grundausbildung befähigt zur Mitwirkung an allen Aufgaben der Einheit.

• Fachausbildung

- Zur fachlichen Qualifizierung folgt die Fachausbildung, getrennt nach den Fachdiensten der Einheit. Diese Fachausbildung befähigt zur – Selbständigen Durchführung bestimmter Aufgaben  
– Anleitung von Einsatzkräften anderer Fachdienste  
– Unterstützung der jeweiligen Führungskräfte.

• Unterführer-/Führerausbildung

Die Ausbildung der Führungskräfte soll diese befähigen, sowohl in friedensmäßigen Lagen, als auch in solchen, die auf-

Vortrag anlässlich der Jahreshauptversammlung des DRK-Kreisverbandes Celle Land e.V. am 22. Februar 1994

grund eines Verteidigungsfalles entstehen, ihren Zug bzw. ihre Gruppe führen zu können. Die Ausbildung soll als sogenannte „Integrierte Ausbildung“ durchgeführt werden.

– Unterführer Ausbildung  
Unterführer sollen insbesondere über folgende Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen:

- Einsatztaktische Kenntnisse und Fertigkeiten ihres Fachdienstes
- Kenntnisse der Führung von Helfern unter Extrembedingungen
- Spezielle Kenntnisse ihres Fachdienstes

– Zugführer Ausbildung  
Die Zugführer müssen insbesondere folgende Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben:

- Überblick über die Führungsorganisation im Einsatzfall
- Kenntnisse der Tätigkeiten der Fachdienste und des Zusammenwirkens der Fachdienste im Einsatz
- Kenntnisse von Menschenführung, insbesondere unter Extrembedingungen.

6. Mit dieser vorgestellten fachdienstlich gemischten Einheit als zukünftige Katastrophen-Einheit, die grundsätzlich alle Ausbildungsstufen und -gänge sowie alle DRK-Dienste vereinen und koordinieren soll, wird jedem Helfer bzw. jeder Helferin Mitwirkungsmöglichkeit eröffnet. Dem unerwünschten Hang zum Spezialistentum und vermeintlicher Elitebildung wird mit dieser Struktur ein Riegel vorgeschoben. Jedoch möchte ich darauf hinweisen, daß mit dieser fachdienstlichen gemischten Einsatzeinheit keinesfalls die Aufhebung der Fachdienste Sanitätsdienst und Betreuungsdienst verbunden ist.

## V. Schwesternhelferinnen-Programm (SHP)

Es erscheint mir dringend geboten, zu diesem Programm einige Anmerkungen zu machen, da das SHP vom Grundansatz her erhalten bleiben, aber im Zusammenhang mit der Diskussion um eine Neukonzeption des Zivilschutzes sich organisatorischen Veränderungen unterziehen muß.

Eine Analyse des DRK-Landesverbandes Niedersachsen hat z. B. ergeben, daß pro SH-Lehrgang im Durchschnitt aller Kreisverbände

ca. 30 % der SH im ehrenamtlichen Dienst (auf Katastrophenschutz, Sozialarbeit)

ca. 10 bis 20 % der SH im hauptamtlichen Dienst (Haus- und Familienpflege, Alten- und Pflegeheim, Behinderteneinrichtungen)

verblieben,  
59,15 % der SH wurden Fördermitglieder.

Bisher hat das Deutsche Rote Kreuz daraus seinen Nutzen gezogen, daß die benötigten Pflegehilfskräfte mit Mitteln des Bundes (Zivilschutz) aus- und fortgebildet wurden.

Die Neukonzeption des Zivilschutzes sieht weiterhin die Aus- und Fortbildung von Schwesternhelferinnen vor, um den Bedarf an Pflegehilfs-

kräften, z. B. der Krankenhäuser decken zu können. Die finanziellen Zuschüsse des Bundes werden voraussichtlich jedoch so bemessen sein, daß sich das DRK von dem System, das Programm mit hauptamtlichen, durch den Bund finanzierten Beauftragten für das Schwesternhelferinnen-Programm zu führen, trennen muß.

Das Rote Kreuz muß weiterhin seine Verpflichtung darin sehen, für den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung Sorge zu tragen, sei es

- in der Pflege und Betreuung von Kranken, Behinderten und älteren Mitbürgern als ständige, tägliche Aufgabe oder
- im Verteidigungsfall, bei öffentlichen Notständen.

Das Interesse der Bevölkerung an der Ausbildung im Pflegehilfsdienst ist gerade in den letzten Jahren gestiegen. Um diesem Bedarf auch in Zukunft nachzukommen, wurde ein Stufenmodell für den Pflegehilfsdienst konzipiert.

1. Lehrgang Pflegehilfsdienst (110 Stunden Theorie, 14 Tage Praktikum)
2. Schulungsprogramm mit Helfern für die sozialen Dienste (118 Stunden Theorie, 80 Stunden Praktikum)
3. Schulungsprogramm für den

Einsatz im ambulanten sozialpflegerischen Dienst/Altenpflegehelferausbildung (Modell in Baden-Württemberg: 420 Stunden Theorie, 500 Stunden Praktikum, 1/2jährige Ausbildung)

4. Berufsausbildung: „Staatlich anerkannte/r Altenpfleger/in“ (in NRW: 1.800 Stunden Theorie, 1 Jahr Berufspraktikum)

## VI. Anforderungen an künftige Strukturen im Katastrophenschutz

1991 hat der Bundesminister des Innern ein erstes Grundsatzpapier zu den Strukturen des Zivil- und Katastrophenschutzes erarbeitet. Seit dieser Zeit bemüht sich das Deutsche Rote Kreuz darum, Einfluß auf eine Neuordnung des Zivilschutzes (erweiterter Katastrophenschutz) zu nehmen. In einem Gespräch mit den Präsidenten der Hilfsorganisationen am 18. 02. 1994 hat der Bundesminister des Innern nun die ersten Grundüberlegungen zur Neugestaltung des Zivilschutzes vorgelegt. Bei der Neuordnung des Zivilschutzes wird von einer völlig veränderten Sicherheitslage ausgegangen, die eine flächendeckende Zerstörung der Bundesrepublik Deutschland ausschließt und die Sicherstellung des Zivilschutzes in die Bundesländer verlagert. Das „Programm für die Zukunft – Zivilschutz in Deutschland“ kommt langjährigen Forderungen des Deutschen Roten Kreuzes entgegen und wird vom Grundansatz begrüßt, weil

- die Kompatibilität des Zivilschutzes und des friedensmäßigen Katastrophenschutzes zur Gewährleistung des Doppelnutzens der Ressourcen ermöglicht wird;
- die Aufwertung des ehrenamtlichen Helfers insgesamt sowie die Gleichstellung der Helfer des erweiterten Katastrophenschutzes und des friedensmäßigen Katastrophenschutzes vorgesehen ist;
- die Fachdienste Sanitäts- und Betreuungsdienst mit



Die Hilfsaktivitäten des DRK in Katastrophenfällen sind nicht nur auf das Inland begrenzt.



Eine der vielen Aufgaben des DRK: Einsatz im erweiterten Katastrophenschutz.

der Möglichkeit der Aufstellung kleinerer und flexiblerer Moduleinheiten (DRK-Einsatzeinheit) sowie die Errichtung eines bevölkerungsnahen Stützpunktsystems nicht ausgeschlossen wird;

- die Übernahme der integrierten Ausbildung an verbandsinternen Schulen sowie die Auflösung der KatS-Schulen der Länder vorgesehen ist;
- die Auflösung der Zentralwerkstätten des Bundes eingeleitet wird und
- die Übernahme von Unterrichtseinheiten für den Selbstschutz vom BVS in die Erste-Hilfe-Ausbildung für die Bevölkerung durch die mitwirkenden Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz geplant ist.

Die staatliche Hilfe ist grundsätzlich subsidiär zur Selbsthilfe der Bürger zu setzen. Selbst- und Nachbarschaftshilfe ist weiter zu stärken. Das ehrenamtliche Element bleibt Grundpfeiler des Katastrophenschutzes. Die Motivation der Helfer könnte durch neue Organisationsstrukturen (kleine Einheiten, Modulsystem) gestärkt werden, wenn zugleich administrative Hemmnisse abgebaut

werden und auf veraltete Strukturen und nicht praktikable Verwaltungsvorschriften verzichtet wird. Der Bund will auch künftighin das Katastrophenschutzpotential der Länder in den Bereichen Brandschutz, Bergung, Sanitätswesen, Betreuung und ABC-Schutz ergänzen.

Hinsichtlich der Umsetzung der Neuordnung des erweiterten Katastrophenschutzes des Bundes, einschließlich der Finanzierung, muß geklärt werden, wie der Bund nach Wegfall seiner bisherigen Vorgaben und bei der unterschiedlichen Ausgestaltung des friedensmäßigen Katastrophenschutzes der Länder seine Verantwortung gemäß § 73.1 Grundgesetz sicherstellen kann. Das Deutsche Rote Kreuz befürchtet unter den vom Bund vorgesehenen Bedingungen im Ernstfall im Zusammenwirken zwischen den Ländern erhebliche Kompatibilitätsprobleme, da Vorhaltung, Ausrüstung, Ausbildung, Führung und Organisation nicht mehr einheitlichen Vorgaben unterliegen. Umso mehr erscheint es mir dringend erforderlich, daß das Deutsche Rote Kreuz mit seinen Gliederungen die von mir vorgestellte DRK-Einsatzeinheit in der Praxis umsetzt.

Es muß m. E. sichergestellt bleiben, daß eine ausreichende Finanzierung auch für die Ausbildung von Schwesternhelferinnen und männlichen Pflegekraften in den Folgejahren gewährleistet wird und die Erste-Hilfe-Ausbildung von den Hilfsorganisationen weiterhin durchgeführt werden kann. Die Ausbildung von Komponenten des Selbstschutzes bedarf einer inhaltlichen Präzisierung. Für die Gewährleistung der Selbst- und Nachbarschaftshilfe ist neben der Zivilschutzkomponente aus meiner Sicht die 8-doppelstündige Erste-Hilfe-Ausbildung ein unverzichtbarer Bestandteil. Dies sollte künftig auch für Führerscheinbewerber verbindlich sein.

Das Deutsche Rote Kreuz hat dem Bundesminister des Innern seine aktive Mitwirkungsbereitschaft bei einem künftigen Programm des Zivil- und Katastrophenschutzes zugesagt. Das Deutsche Rote Kreuz sollte die Chance nut-

zen, aktiv auf Veränderungen im Interesse der Bevölkerung hinzuwirken.

## VII. Schlußbemerkungen

Das jetzt vorgelegte „Programm für die Zukunft“ ist der richtige Weg, um künftighin Vorsorge für Katastrophen jeglicher Art zu leisten. Das Deutsche Rote Kreuz muß von seinem Grundverständnis her eine aktive Mitwirkung und Vorhaltung insbesondere auf der Kreisverbandsebene sicherstellen. Und dies setzt Eigenverantwortung des Deutschen Roten Kreuzes voraus.

## Kinder brauchen Freiräume ...



...und im Notfall  
Ihre Hilfe



Das Rote Kreuz dankt für den kostenlosen Abdruck

## ASB-Sozialstationen in der ehemaligen Sowjetunion

Kriegerische Auseinandersetzungen, wirtschaftlicher Niedergang und soziale Probleme sind Ausdruck der durch den Zerfall des Ostblocks freigesetzten Energien. Es sind nationale, soziale, religiöse, wirtschaftliche und politische Kräfte, die sich teilweise überlagern, verstärken, aber auch gegenseitig aufheben können. Gewinner bei diesem Prozeß sind junge und aktive Menschen, Verlierer sind Alte und Behinderte, für die es keinen Platz mehr zu geben scheint. Deshalb muß sich die Arbeit des Arbeiter-Samariter-Bundes darauf konzentrieren, in Fortführung und Ausbau geleisteter humanitärer Hilfe die mittelfristigen Voraussetzungen für das Überleben und den Erhalt beziehungsweise den Neuaufbau von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen zu schaffen. Für

den ASB heißt dies im Fall der ehemaligen Sowjetunion „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Ein Instrument dieser Hilfen für Alte und Behinderte ist für den ASB der Aufbau und Betrieb von Sozialstationen in Rußland, der Republik Bebrus (Weißrußland) und Kirgistan sowie die Förderung von örtlichen ASB-Strukturen.

In Moskau betreibt der dortige ASB derzeit mit Hilfe des Landesverbandes Berlin, der ASJ und der ASB-Frauengruppe Köln vier Sozialstationen. Im russischen Puschkin (Landesverband Berlin) und in St. Petersburg (Landesverband Hamburg) kümmert sich jeweils eine Sozialstation um Alte, Behinderte und Kinder.

### Hilfe ist dringend nötig

Seit Herbst 1993 wurden im Auftrag der rheinland-pfälzi-

schen Ministers für Arbeit, Gesundheit, Familie und Soziales und in Zusammenarbeit mit dem ASB-Landesverband Rheinland-Pfalz (Kreisverband Worms/Alzey) im weißrussischen Minsk zwei Sozialstationen eingerichtet, die vom dortigen ASB-Ortsverband mit 55 Mitarbeitern haupt- und ehrenamtlich betrieben werden. Beide Einrichtungen pflegen über 420 Bedürftige, die von der Stadt Minsk aus Mangel an Möglichkeiten nicht mehr versorgt werden konnten. Unter ihnen ist der dreißigjährige Rollstuhlfahrer, der seit einem Motorradunfall seine Wohnung kaum mehr verlassen kann und eine ehemalige Lehrerin, die jetzt Hilfe beim Trinken einer Tasse Tee braucht. Ihnen und anderen kommt nun gezielte Hilfe beim Essen, Waschen, Kochen, Säubern und

Einkaufen zu. Bei Bedarf werden Medikamente besorgt und ein Arztbesuch organisiert. Letztlich ist für viele Patienten das Treffen mit ihrer Sozialarbeiterin der einzige regelmäßige persönliche Kontakt zur Außenwelt.

Während es in Rußland und in der Ukraine um die Bevölkerung ganz allgemein geht, ist die bedürftige Zielgruppe in Kirgistan deutschen Ursprungs. In der zentralasiatischen Republik Kirgistan leben heute noch ca. 70.000 deutschstämmige Menschen, die zum größten Teil während des Zweiten Weltkrieges von Stalin von der Wolga ins ferne Asien deportiert wurden. Viele dieser Menschen wollen heute in die Bundesrepublik auswandern, weil sie für sich und insbesondere für ihre Kinder keine Überlebenschance in Kirgistan sehen. Abgesehen



Ohne die Hilfe der Sozialstation wüßte die ehemalige Lehrerin in Minsk nicht, wie es weitergehen soll.



Der Rollstuhlfahrer ist auf den Besuch der Helferin angewiesen. Er kann nach einem Motorradunfall kaum mehr seine Wohnung verlassen.

von den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen im Land, erschreckt sie eine Nationalisierungspolitik, die nur noch den Kirgisen selbst Zugang zu erfolgreicher Karriere verspricht.

### Viele wollen auswandern

Nach dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz vom 1. 1. 1993 ist dem deutschstämmigen Personenkreis in der ehemaligen Sowjetunion die Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland garantiert. Jedoch gibt es viele Menschen, die gar nicht nach Deutschland übersiedeln wollen, obwohl sie könnten. Zu ihnen gehören insbesondere alte Menschen ohne Familie und diejenigen, die einen russischen Ehepartner haben.

Gerade den alten Menschen ohne Familie geht es in den Zeiten des Umbruchs in der ehemaligen Sowjetunion besonders schlecht. Ihre Renten sind so gering, daß es nicht einmal zum Überleben reicht. Viele von ihnen sind deshalb so krank, weil sie als frühere Angehörige der stalinistischen Trud-Armee (Arbeits- und Strafbataillone) furchtbaren Belastungen ausgesetzt gewesen sind. Ihnen will die Bundesrepublik Deutschland mit Hilfe des ASB-Bundesverbandes vor Ort helfen. Geplant ist zunächst der Aufbau und der Betrieb von zwei Sozialstationen in Sokuluk und in Tokmak, zwei Städte, die 20 und 60 km von Bischkek, der Hauptstadt Kirgistans, entfernt liegen und in denen besonders viele Menschen deutscher Abstammung leben. Diese Sozialstationen haben die Aufgabe:

- alte Menschen vorübergehend ambulant in ihrer Wohnung zu betreuen,
- „Essen auf Rädern“ anzubieten,
- einen Fahrdienst zu medizinischen Einrichtungen und Behörden für diesen Personenkreis zu betreiben,
- ergänzende medizinische Hilfen anzubieten,
- zu beraten.

### Zeichen der Hoffnung

„Dies“, so Regierungsdirektor Johnen als Abgesandter des Bundesministeriums des Innern in Bischkek, „soll ein erstes Zeichen der Hoffnung sein und ein Beweis dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland die deutschstämmigen Menschen in Kirgistan nicht vergessen hat.“ Als Durchführungsorganisation wurde der ASB-Bundesverband ausgewählt, weil er bei der Einrichtung von Sozialstationen in Rußland, der Republik Belarus, Polen, Tschechien und Georgien große Erfahrungen gesammelt hat.

Ingo Marenbach



Unterstützung beim Zubereiten der Mahlzeiten und beim Essen ist für viele alte Menschen überlebenswichtig.



Oft der einzige menschliche Kontakt: die Mitarbeiterin der Sozialstation.

(Fotos: Jan Boys)

Helfen ist  
unsere Aufgabe

**ASB**  
Arbeiter-Samariter-Bund

Allen Menschen, die Hilfe brauchen.  
Auch im Ausland:

- Soforthilfe für Katastrophen-Opfer.
- Hilfe zur Selbsthilfe.
- Know how, Berater und Güter zum Aufbau von Hilfs- und Wohlfahrtseinrichtungen.

Helfen Sie mit!

Spendenkonto  
**1 8 8 8**  
Postgiroamt Köln  
BLZ 370 100 50

Wenn Sie mehr wissen wollen,  
schreiben Sie an den Arbeiter-Samariter-Bund  
Sülzburgstraße 140 · 50 937 Köln

## Johanniter auf der „Interschutz '94“

Erfolgreich verlief für die Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. die Fachmesse „Interschutz '94“. Diese nur alle sechs Jahre stattfindende Internationale Fachmesse für Brandschutz, Katastrophenschutz und Hilfeleistung fand vom 3. bis 8. Juni 1994 auf dem hannoverischen Messegelände statt. Fast 150.000 Besucher zählten die Veranstalter am Ende, rund 95 Prozent davon waren Fachbesucher. Auch der Präsident der Johanniter, Wilhelm Graf von Schwerin, ließ sich zusammen mit Bundesvorstandsmitglied Dr. Horst Schöttler während eines Rundgangs von der Ausstellung beeindrucken. Eine während der Messe bei den Besuchern durchgeführte Erhebung ergab: Johanniter aus fast 100 Standorten besuchten die Messe, fast alle Bundesländer waren vertreten. Über 700 Besucher wurden am Wochenende in zwei bereitgestellten Schulen vom Regionalverband Niedersachsen-Mitte der Johanniter untergebracht, verpflegt und betreut.

Zu sehen gab es viel: In Absprache mit der Bundesgeschäftsstelle hatte der Regionalverband Niedersachsen-Mitte ein großes Programm auf die Beine gestellt. Der zentrale Messestand der Johanniter in Halle 22 mit fast 1000 m<sup>2</sup> Ausstellungsfläche stand unter dem Motto „Eine Hilfsorganisation im Wandel der Zeit“. Großes Interesse fanden dort u. a. verschiedene Krankenwagen aus der „Gründerzeit“ des Rettungsdienstes. Ältestes Modell war ein Ford-Transit des KV München aus dem Jahre 1965. Auch wenn dieser noch für den Straßenverkehr zugelassen ist, wollte keiner der Besucher mehr mit einem solchen Fahrzeug Dienst tun. Daneben abgestellte Fahrzeu-

ge aus dem Jahre 1994 zeigten eindrucksvoll die rasant fortgeschrittene Entwicklung. Die moderne Variation der Hilfeleistung demonstrierte die Schnell-Einsatz-Gruppe (SEG) des KV Eberswalde (Brandenburg): Innerhalb von drei Minuten entfaltete sich das aufblasbare Zelt und bot somit einen windgeschützten Platz zur Sichtung und Erstversorgung von bis zu 20 Patienten.

Aber auch sonst wurde die Gelegenheit genutzt, nicht nur den Schwerpunkt „Bevölkerungsschutz“ zu zeigen. Alle Bereiche einer modernen Hilfsorganisation wurden präsentiert. Neben dem Ausstellungsteil „Johanniter-Orden“ stellte sich die Johanniter-Jugend dar. Fast 1500 „Buttons“ wurden hier von den Besuchern geprägt. Außerdem gab

es Informationen über „Essen auf Rädern“, den Hausnotrufdienst und den Bereich „Soziale Dienste“. Viele Besucher nutzten auch die Gelegenheit, ihre Reaktionszeit, ihre Sehschärfe oder ihr Wissen in Erster Hilfe zu überprüfen. Den Bereich „Ausbildung“ vermittelte in Halle 19 die Landesschule Niedersachsen/Bremen der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. zusammen mit der Rettungsassistentenschule der Berufsfeuerwehr Hannover. Sie zeigten, wie eine moderne Ausbildung im Rettungsdienst aussieht. Medizinische Geräte auf dem neuesten Stand der Technik und erfahrene Lehrkräfte sorgen dafür, daß alle Johanniter den Anforderungen entsprechend ausgebildet sind.

Einen ganz anderen Schwerpunkt setzte der Stand der JUH auf dem Freigelände.

Der Ortsverband Donauwörth demonstrierte auf 1600 m<sup>2</sup> Fläche die Möglichkeit der Auslandshilfe. Eine vollwertige OP-Einheit, die im Ernstfall innerhalb von zwei Stunden aufgebaut ist und dann mehrere Wochen völlig autark arbeiten kann, dient dazu, im Katastrophenfall auch im Ausland bestmögliche Hilfe zu leisten. Daneben zeigten die Johanniter-Rettungshundestaffeln ihr Können. Wenn Hund und Hundeführer bzw. Hundeführerin aus über 30 Metern Höhe abgeseilt wurden und anschließend unter Einbeziehung von Zuschauern ihre erstaunlichen Fähigkeiten bei der Suche von Verschütteten bewiesen, zeigten sich die Besucher immer wieder begeistert.

Neben diesen Johanniter-Aktivitäten ergaben sich für die Besucher zahlreiche Gelegenheiten, neueste Entwicklungen, nicht nur im Bereich Rettungswagenbau, kennenzulernen. Viele Firmen zeigten, neben dem Bereich „Feuerwehr“, u. a. ihr umfangreiches Angebot in den Bereichen der medizinisch-technischen Geräte, Fahrzeugausstattungen und persönliche Ausrüstung für Einsatzpersonal.

Als die „Interschutz '94“ am Mittwoch mit einem ohrenbetäubenden Sirenenkonzert der mehreren hundert Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge zu Ende ging, waren sich die meisten Besucher und Aussteller sicher: Bei der nächsten „Interschutz“ im Jahre 2000, dann zusammen mit der Weltausstellung „EXPO“, trifft man sich in Hannover wieder.

Jörg Hasselmann



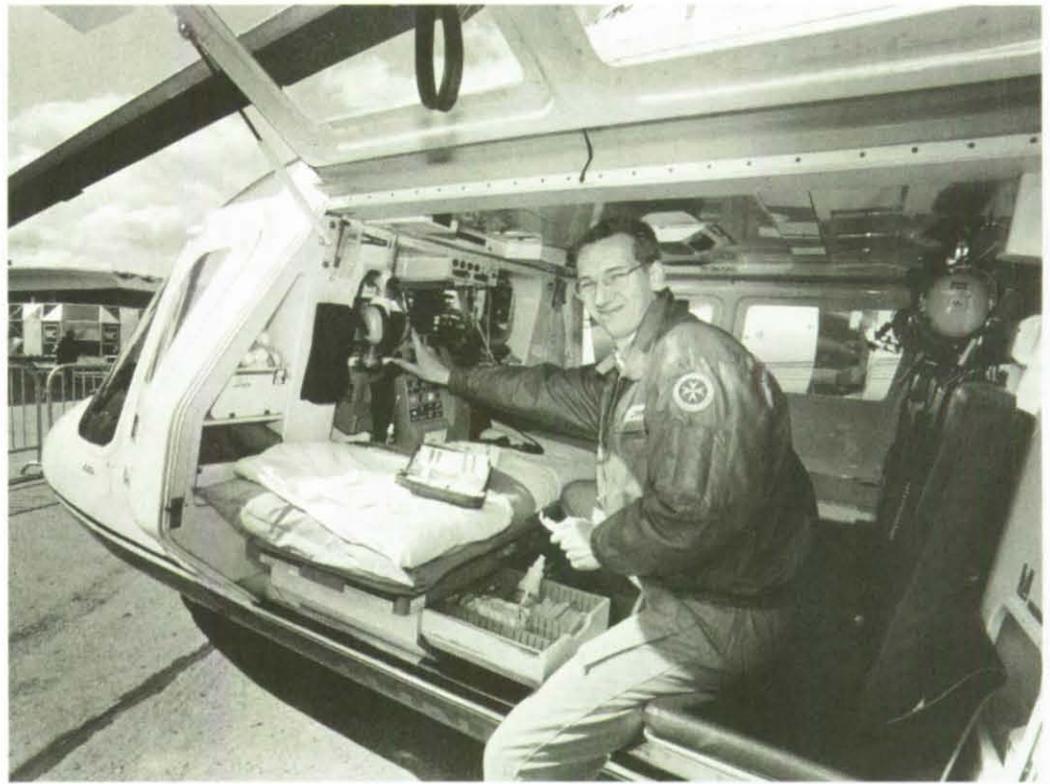
JUH-Präsident Wilhelm Graf von Schwerin und Bundesvorstand Dr. Horst Schöttler (Bildmitte) lassen sich bei einem Rundgang auf der „Interschutz“ von der JUH-Ausstellung beeindrucken.

## Ein Teddy fliegt immer mit

Die Berliner Luftretter vom ADAC haben ihre Hubschrauber nicht zum Flughafen Schönefeld zur Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) verlegt. In Rostock und Nordhausen jedoch sind die Rettungshubschrauber-Stationen verwaist: Die Johanniter-Unfall-Hilfe präsentiert zwei knallrote „Agusta A 109“ auf der ILA vor der Halle A. „Die Einsatzgebiete werden von anderen Stationen abgedeckt“, beruhigt Johanniter-Rettungsassistent Tobias Lankow. Kein Patient und kein Unfall bleibe unversorgt, versprechen die fliegenden Sanitäter.

Die Luftrettung ist zweigeteilt. Besucher der Ausstellung konnten auf dem „Tag der Humanitären Luftfahrt“ lernen, was sonst wohl nur Spezialisten wissen: Die Unterscheidung zwischen primären und sekundären Rettungsflügen. Berliner kennen meist nur die gelben „Christoph“-Helikopter des ADAC, die spektakulär auf kleiner Fläche landen können und Unfallopfer in die Klinik bringen. Das sind primäre Flüge. Sekundär nennt man Einsätze, bei denen Patienten von einer Klinik in eine andere verlegt werden oder bei denen Organspenden zu einer Notoperation gebracht werden. Diese Ambulanz-Hubschrauber sind mit 260 Kilometern pro Stunde etwas schneller als die Sofort-Retter in der Stadt. Und sie fliegen nachts. „Primärretter fliegen in unbekanntem Gelände auf Sicht. Das geht nur bei Tageslicht“, erklärt Rettungsassistent Rolf-Peter Wiegand. Die Berliner Retter sind „von 7 Uhr früh bis Sonnenuntergang plus eine halbe Stunde“ im Dienst.

Ausgestattet sind die Helikopter wie ein Notarztwagen: EKG-Gerät und Sauerstoffanlage sind Standard. Der Teddy auch. „Ein Stofftier ist immer dabei“, sagt Sanitäter Lankow. Wenn einmal Kinder als Unfallopfer an Bord sind, dürfen sie den Teddy immer behalten. In Berlin waren die beiden



Auf der ILA gibt es nicht nur schnelle Jets und laute Jäger. Sanitäter Lankow ist mit einem Rettungshubschrauber dabei. (Foto: Hasselmann)

ADAC-Hubschrauber 1992 fast 2600 mal im Einsatz, 1900 Einsätze flog alleine der seit 1987 am Klinikum Steglitz stationierte Christoph 31. 1265 Patienten wurden dabei versorgt. Der zweite ADAC-Flieger für die Region Berlin-Brandenburg – Christoph 33 – ist in Senftenberg stationiert. An der ILA beteiligt sich der ADAC aber nicht.

Neben den Johannitern und der Schweizer Rettungs-Flugwacht sind auch die fliegenden Retter von der Bundeswehr mit ihren (größeren) Maschinen in Schönefeld. Nur wenige Besucher lassen sich jedoch das relativ unspektakuläre Thema Luftrettung von den Fachleuten erläutern. Das fliegende Kampfgerät der Bundeswehr zieht kleine und große Zuschauer weit mehr in den Bann. Zudem werden Lankow und Wiegand bei der Vorstellung ihrer Rettungs-Arbeit während der Runde eines Militärjets zum Schweigen „verdonnert“. Für alle Eventualitäten steht auf der ILA das DRK mit 40 Sanitätern und drei Notärzten in 14 Fahrzeugen bereit.

Jörg Hasselmann

Schnell passiert:

# Pflegegefall

Alte Menschen sind oft völlig auf sich allein gestellt. Wenn der Pflegefall eintritt, stehen sie häufig vor scheinbar unlösbaren Problemen. Das muß nicht sein! Die Mobilen Sozialen Hilfsdienste der Johanniter kommen ins Haus, pflegen, machen den täglichen Haushalt, bieten Zuwendung und geben neuen Lebensmut.

Rufen Sie uns an. Die Rufnummer der Johanniter finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch.



## DIE JOHANNITER



Menschen in Not zur Seite stehen. Eine Aufgabe der Johanniter. Unterstützen Sie uns. Ihre Spende lindert Not.

Spendenkonto: **43 43 43 43**

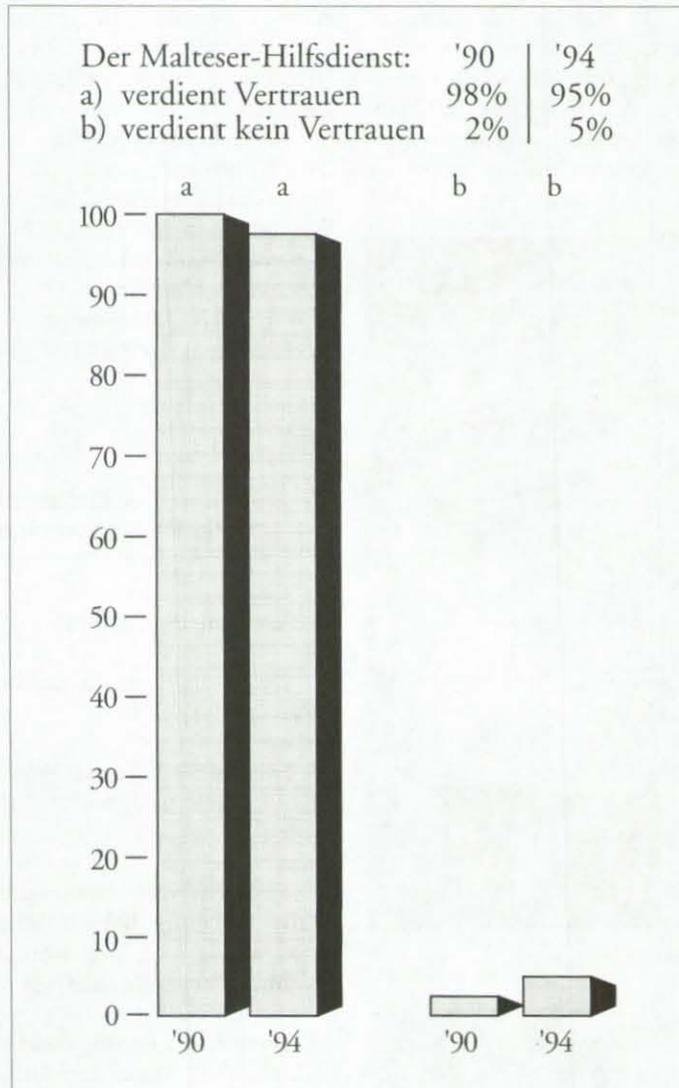
bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln (BLZ 307 205 00)

## 97 Prozent finden den Malteser-Hilfsdienst sympathisch

Wie bekannt ist der Malteser-Hilfsdienst? Dieser Frage ist nach 1990 jetzt Anfang des Jahres 1994 wiederum das WICKERT-Institut mit einer Repräsentativumfrage unter der westdeutschen Bevölkerung nachgegangen. Ohne daß Namen von Organisationen vorgegeben werden, nennen 29 Prozent von sich aus den Malteser-Hilfsdienst, 1990 waren es 33 Prozent. Mit Blick auf eine Liste verschiedener Hilfsorganisationen geben 96 Prozent zu Protokoll, den Malteser-Hilfsdienst zu kennen (1990: 99 Prozent). Im Vergleich zu DRK, JUH und ASB liegen die Malteser nach wie vor auf Platz zwei: 1994 nennen ungestützt 76 Prozent das DRK, 18 Prozent den ASB und 13 Prozent die JUH (gestützt, also mit Liste: DRK 99, JUH 90, ASB 80 Prozent).

### „Wichtige Einrichtung“

Daß die Malteser sich selbst finanzieren, wissen inzwischen 63 Prozent, 1990 nahmen noch 50 Prozent eine Finanzierung durch übergeordnete Stellen an. Leicht zurückgegangen ist dagegen das Wissen um Aktivitäten im Ausland (1990: 72 Prozent; 1994: 67 Prozent). Daß die Malteser neben dem Sanitätsdienst auch noch auf anderen Gebieten tätig sind, wissen inzwischen allerdings 59 Prozent; 1990 waren es nur 48 Prozent. Schwankungen um nur wenige Prozente haben keine allzu große Aussagekraft. So fanden 1990 100 Prozent den Malteser-Hilfsdienst sympathisch – heute sind es 97 Prozent. Andererseits gaben 1990 91 Prozent an, man höre nur Positives



von den Maltesern, während es heute 94 Prozent sind. Konstant hoch ist die Meinung über die Bedeutung des Malteser-Hilfsdienstes: In beiden Jahren halten ihn 96 Prozent für eine „wichtige Einrichtung“.

### Jeder Zweite kennt den Malteserorden

Erstmals wurde 1994 auch nach dem Malteserorden ge-

fragt. 56 Prozent hatten schon einmal von ihm gehört. Viele sehen ihn allerdings als einen Verdienstorden oder sogar als Anstecknadel. Doch es gab auch kenntnisreichere Antworten wie „Laienorden“ oder „aus dem Malteserorden ist der Malteser-Hilfsdienst entstanden“.

### Mitgliederzahlen der Malteser Jugend gestiegen

Dr. Angela Merkel, Bundesministerin für Frauen und Jugend, hat anlässlich des gemeinsamen Patronatsfestes des Malteser-Hilfsdienstes und der Johanniter-Unfall-Hilfe am 22. Juni in Bonn die Patenschaft über die „Aktion Schlüssel“ der Malteser Jugend übernommen.

Mit dieser auf ein Jahr angelegten Aktion will die Malteser Jugend zeitgemäße Formen sozialen Engagements von Jugendlichen fördern. Aufgerufen sind alle Gruppen der Malteser Jugend mit selbstgewählten Projekten „Türen zu öffnen“ und für andere „Schlüssel zu sein“. Gedacht ist an Besuchsdienste für ältere und alleinstehende Menschen, an gemeinsame Ausflüge mit Behinderten, an Umweltschutzaktionen, an Projekte für Asylbewerber, an Jugendbegegnungen und an Maßnahmen, diese Themen stärker in die Öffentlichkeit zu bringen.

„Ich habe diese Patenschaft sehr gerne übernommen“, so Angela Merkel, „weil es nicht selbstverständlich ist, daß sich junge Menschen für andere und ihre Umwelt einsetzen. Gleichzeitig suchen Jugendliche nach Möglichkeiten, sich selbst und ihre Werte in unserer Gesellschaft einzubringen. Die ‚Aktion Schlüssel‘ der Malteser Jugend greift dieses Bedürfnis auf und eröffnet für junge Menschen neue Wege zu sozialem Handeln.“

Die Malteser Jugend besteht seit 1979. Im Vergleich zu

1992 hat sich ihre Mitgliederzahl 1993 um mehr als zehn Prozent erhöht: Die Malteser Jugend zählt heute bundesweit 6.695 Mitglieder in 567 Jugendgruppen – das sind 639 Mitglieder und 95 Jugendgruppen mehr als 1992.

Diese Zahlen, die der aktuelle Jahresbericht der Malteser aufweist, sehen die Malteser als doppelte Bestätigung ihrer Jugendarbeit, die neben jugendpflegerischen Ansätzen (Sport, Spiel und Freizeit) stark auf Wertvermittlung und konkretes soziales Tun setzt. So hätten sie zum einen nicht nur den Weggang der Jugendlichen abgefangen, die aus Altersgründen gegangen oder

in den Erwachsenenverband Malteser-Hilfsdienst übergewechselt seien, sondern zusätzliche Mitglieder gewonnen. Und zum anderen widerspreche dieses Wachstum völlig den derzeit generell eher rückläufigen Mitgliederzahlen von Jugendverbänden.

## Malteser Spülwunder

Ob Pfarrfest oder Straßenfest, Prozessionen, Katholikentag oder Karneval – wo immer sich die Frauen und Männer des Malteser-Hilfsdienstes engagieren, gewährleisten sie

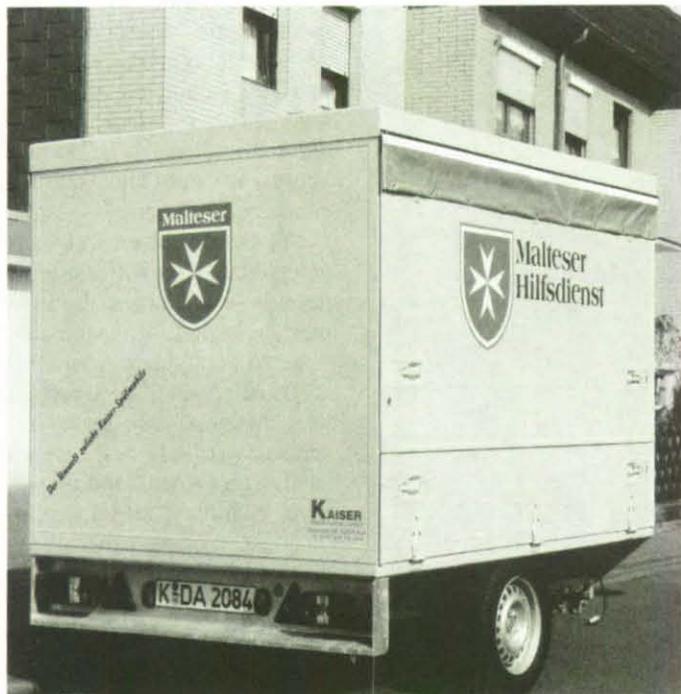
– etwa mit Sanitätsdiensten – einen sicheren Ablauf der Veranstaltung.

Wie vielseitig sie sind, zeigt jetzt auch die Entwicklung eines Malteser Spülmobils, eine Erfindung der Malteser unter Leitung von Winfried Esser, Diözesangeschäftsstelle Köln, in Zusammenarbeit mit der Firma Kaiser-Maschinenbau. Dieser kleine einachsige, 1.300 Kilogramm schwere Pkw-Anhänger, ausgestattet mit 250 Teilen Geschirr und Besteck, versetzt Berge im wahrsten Sinn des Wortes. Hierzu benötigt das Spülmobil lediglich einen 220-Volt-Stromanschluß oder ein 3-kVA-Notstromaggregat, einen Frischwasseranschluß oder Wassertank sowie einen Abwasseranschluß im Umkreis von zwanzig Metern.

Wertvoll ist das kleine Spülmobil allemal, weil es lästige

Arbeit abnimmt und die Umwelt schont, aber auch weil es in der Anschaffung stolze 44.500 Mark kostet, zuzüglich Mehrwertsteuer. Dank der Umweltverträglichkeit des Spülmobils gewährt das Energieunternehmen RWE finanzielle Unterstützung bis zu 15.000 Mark für jedes anzuschaffende Spülmobil in seinem Versorgungsbereich.

Das Spülmobil kann mit kompletter Ausstattung gemietet werden. Nähere Auskünfte zu Erwerb oder Nutzung erteilt die Diözesangeschäftsstelle Köln unter der Telefonnummer (0221) 9745450.



Der Umwelt zuliebe: Das MHD-Spülmobil.



Das Innere des Spülmobils, ausgestattet mit 250 Teilen Geschirr und Besteck.

### 3. Malteser Fachkongreß für Rettungssanitäter und -assistenten

**Termin:** 17. September 1994, ganztägig.

**Ort:** Universität Köln, Lehrsaal B, Albertus-Magnus-Platz, 50931 Köln.

**Schirmherr:** Franz Müntefering, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

**Themen:** Sportmedizin, Doping, Notfallseelsorge, Notfallversorgung bei Unfällen mit Luftfahrzeugen, Seenotrettung, alpine Rettung, Tauchunfälle, Kindesmißhandlung, Rechtsfragen sowie aktuelles Thema.

**Teilnehmergebühr (inkl. Mittagessen):** Tageskasse 30 Mark, Vorverkauf 25 Mark.

**Besonderheiten:** Während des Fachkongresses finden eine Industrieausstellung sowie eine Tetanus-Impfaktion statt.

Wir empfehlen allen rettungsdienstlich interessierten Maltesern sowie Mitarbeitern anderer Hilfsorganisationen den Besuch dieser Veranstaltung. Bereits in den letzten Jahren haben jeweils rund 500 Rettungsdienstler den Kongreß zu einem Forum aus der Praxis für die Praxis werden lassen.

**Nähere Informationen:** Malteser-Hilfsdienst, Diözesangeschäftsstelle, Neusser Straße 617-621, 50737 Köln, Telefon (0221) 974545-21, Telefax (0221) 974545-6.

## Jugendfeuerwehr Bayern gegründet

Nach der Wiedegründung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern im vergangenen Jahr ist nun endlich auch die Jugendfeuerwehr im Freistaat Bayern entsprechend organisiert: Im oberfränkischen Weidenberg nahmen 39 von 40 stimmberechtigten Kreisjugendfeuerwehrwarten die Jugendordnung für die „Jugendfeuerwehr Bayern im Landesfeuerwehrverband Bayern e. V.“ an und besiegelten mit ihrer Unterschrift offiziell die Gründung dieser Jugendorganisation.

Der Jugendbeauftragte der Sprecher der Feuerwehren Bayerns, Kreisbrandmeister Gerhard Barth, konnte zur außerordentlichen Dienstversammlung in der Aula der Volksschule Weidenberg zahlreiche Gäste begrüßen, darunter den Hausherrn, Bürgermeister Fünfstück, den Vizepräsidenten des DFV, Karl Binai, den Landesverbandsvorsitzenden, Waldemar Ehm, das nahezu komplette Sprecherremium der Feuerwehren Bayerns sowie weitere Vertreter aus Politik, Feuerwehr und Jugendarbeit.

In einem kurzen Tätigkeitsbericht ging Barth vor allem auf die Schaffung der Jugendwartmappe als einheitliche Arbeitshilfe für alle Jugendwarte ein. Aus dem damaligen Arbeitskreis, der diese Loseblattsammlung aus der Taufe hob, sei ein Gremium von Bezirksjugendwarten und Fachbereichsleitern entstanden, das mittlerweile für alle Bereiche der Jugendarbeit in den bayrischen Feuerwehren verantwortlich mitzeichne. Zum Schluß stellte Barth die Jugendordnung vor, die mit einer Gegenstimme angenommen wurde.



Der Verband und seine Jugendorganisation: DFV-Vizepräsident K. Binai, LFV-Vorsitzender W. Ehm, LJFW G. Barth, 1.stv. LJFW T. Wolf, stv. LFV-Vorsitzender J. Aschenbrenner.

Die folgende Wahl der Landesjugendleitung bestätigte die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre: Fast einstimmig wählten die Stimmberechtigten Gerhard Barth zum Landesjugendfeuerwehrwart sowie Toni Wolf, Oberbayern, und Frieder Siebentritt, Schwaben, zu seinen Stellvertretern.

Nach der Unterzeichnung der Landesjugendordnung durch den Landesverbandsvorstand und die Gründungsmitglieder der „Jugendfeuerwehr Bayern“ stellte Waldemar Ehm die Jugendarbeit als zentrales Thema der Verbandsarbeit heraus, verbunden mit der Bitte um gute Zusammenarbeit mit dem LFV Bayern. Er bedauerte die Infragestellung der überörtlichen Jugendarbeit durch einzelne Mitglieder des Bayerischen Gemeindetags, die dies zum

einen als Aufgabe der Kommunen betrachteten, zum anderen aber zum größten Teil die Jugendgruppen in ihrem eigenen Bereich im Regen stehen ließen. Er hoffe, daß bis zum Jahresende zwei Drittel der Kreisfeuerwehrverbände Bayerns im Landesverband

zusammengeschlossen sein werden und dies landesweit der Verbandsarbeit entsprechendes Gewicht verleihen werde.

Sehr gerne sei er dabei, wenn nach 30jährigen Bemühungen endlich die Jugendarbeit der bayrischen



Vorführung „Gefahrgutunfall“: Umfüllen in Faltbehälter.



Einmarsch der Wettkampfmansschaften für den Bayernentscheid im Internationalen Wettkampf.

Feuerwehren Formen annimmt, betonte der Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Karl Binai, und überbrachte die Glückwünsche von DFV-Vorstand und Bundesjugendleitung.

Zum Schluß der Versammlung nahm der neue Landesjugendfeuerwehrwart Gerhard Barth noch eine besondere Ehrung vor: In Anerkennung seiner Verdienste um die Jugendarbeit überreichte er Jürgen Zimmermann, Oberfranken, die Ehrennadel der DJF in Gold.

Am Nachmittag demonstrierten die Feuerwehren aus Weidenberg, Speichersdorf und Bayreuth eindrucksvoll die Zusammenarbeit bei einem angenommenen Gefahrgutunfall.

An die Übung schloß sich der bayerische Landesentscheid für den Internationalen Wettkampf an. Dazu waren im Rahmen einer Sternfahrt Jugendgruppen aus der ganzen Region angereist, um ihre Kameraden bei den Wettkämpfen anzufeuern.

Nach dem Einmarsch der Mannschaften begrüßten der

Schirmherr, Bezirkstagspräsident Sitzmann, sowie Landrat Dr. Dietel die Akteure und Gäste. Elf Mannschaften und eine Gastgruppe aus Schlema, Sachsen, kämpften anschließend um Punkte.

Nach Abschluß der spannenden Wettkämpfe zogen die Teilnehmer unter den Klängen der „Weidenberger Musikanten“ zum Gerätehaus der Marktgemeinde, wo Waldemar Ehm die Siegerehrung vornahm. Die drei besten Mannschaften wurden mit Pokalen belohnt, alle Gruppen erhielten einen Wimpel, und für die Mannschaften aus Taufkirchen und Oberneukirchen wird es eine besondere Ehre sein, im September beim Bundesentscheid im Internationalen Wettkampf den Freistaat Bayern vertreten zu dürfen.

Stefan Brunner

## Videos finden großen Anklang

„Ein Bild sagt mehr als tausend Worte“: Das Video-Begleitangebot des Versandhauses des Deutschen Feuerwehrverbandes zur Brandschutzerziehung ist jetzt erneut vergrößert worden. „Retten, löschen, bergen, schützen“ heißt der neue 17-min-Film, der als kompakte Information über die Feuerwehr und ihre Aufgaben berichtet und dabei speziell für die Altersgruppe 3./4. Schuljahr ausgelegt ist. Gleichzeitig wirbt der Film, der mit fachlicher Begleitung durch die Berufsfeuerwehr München gedreht wurde, für überlegtes Verhalten in Gefahrensituationen und zeigt vorbeugende Brandverhütungsmaßnahmen auf. Guten Anklang haben übrigens aus der gleichen Serie die Videos „Indianerspiel, Brand am Spielplatz“ und „Tonis Grillparty“ gefunden, die beide aus der Trickfilmserie der Brandschutzerziehung der ehemaligen DDR stammen.

– woh –

## Hohe Auszeichnung für Fritz Meyer

Bezirksbrandmeister Fritz Meyer (60), Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen und seit Jahresbeginn DFV-Vizepräsident für die Sparte Freiwillige Feuerwehren, ist in Hannover durch Innenminister Glogowski mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Niedersächsischen Verdienstordens ausgezeichnet worden. Die Landesregierung würdigte damit das jahrzehntelange, ehrenamtliche Wirken Meyers für das Gemeinwohl – sowohl als Feuerwehrmann als auch als Kommunalpolitiker und langjähriger Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Wienbergen. Hervorgehoben wurde auch sein persönliches Engagement und seine Unterstützung für die Feuerwehren im angrenzenden Bundesland Sachsen-Anhalt nach der Wiedervereinigung Deutschlands.

## Neue Telefonnummern der DFV-Bundesgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle des DFV und das Sekretariat der Deutschen Jugendfeuerwehr sind ab sofort über neue Telefon- und Telefax-Nummern zu erreichen. Es besteht nunmehr die Möglichkeit, den Gesprächspartner direkt anzurufen:

**Bundesgeschäftsstelle**  
Telefon (0228) 95290-0  
Telefax (0228) 95290-90

### Direktdurchwahl

Winfried Glass  
(0228) 95290-15

Rudolf Römer  
(0228) 95290-12

Michael Ramakers  
(0228) 95290-13

Irene Kamps  
(0228) 95290-11

Gisela Witte  
(0228) 95290-14

Nicolette Mielariczky  
(0228) 95290-17

**Sekretariat der Deutschen Jugendfeuerwehr**  
Telefon (0228) 95291-0  
Telefax (0228) 334160

### Direktdurchwahl

Herbert Becker  
(0228) 95291-20

Klaus Vierle  
(0228) 95291-21

Karin Igl  
(0228) 95291-22

Christiana Vester  
(0228) 95291-23

Besprechungszimmer  
(0228) 95291-24

# Die Feuerwehr-Erholungsheime in der Bundesrepublik

Heute: Bayerisch Gmain (Bayern)

Verein Bayerisches Feuerweh-  
rererholungsheim e.V.  
83455 Bayerisch Gmain  
Telefon (08651) 61078  
Telefax (08651) 68256

Das Bayerische Feuerwehr-  
erholungsheim befindet sich in  
Bayerisch Gmain, Landkreis  
Berchtesgadener Land / Ober-  
bayern, in 600 m über NN.

Das Heim umfaßt 114 Frem-  
denzimmer (56 Zimmer haben  
Dusche/WC und 46 Zimmer  
haben WC), ein Hallen-  
schwimmbad mit einem Aus-  
maß von 16,6 x 8,00 m, einen  
Fitneßraum mit Pool-Billard,  
Kicker, Tischtennis und Fit-  
neßgeräten, eine Sauna, zwei  
Solarien, eine automatische  
Kegelbahn, mehrere großzü-  
ge Aufenthaltsräume, drei  
Fernsehräume, Parkanlagen  
mit Liegewiese, sowie zwei  
Parkplätze mit 110 Stellplät-  
zen.

Landschaftlich sehr schön  
gelegen, von Bergen umrahmt,  
sind es nur 17 km nach  
Berchtesgaden und 17 km  
nach Salzburg. Der Kurort  
Bayerisch Gmain gehört zum  
Staatsbad Bad Reichenhall.  
Alle Gäste unterliegen der  
Kurtaxe. Dadurch können die  
Kuranlagen und Einrichtun-  
gen genutzt werden. Das Kli-  
ma eignet sich vorzüglich bei  
Bronchitis und Atembe-  
schwerden. Für Spaziergänge  
sind die ausgebauten Wander-



wege sehr beliebt. Im Ort be-  
finden sich für die Winter-  
sportler eine Rodelbahn, eine  
Langlaufloipe und ein Skilift.  
In der näheren Umgebung  
Bayerisch Gmains sind mehre-  
re Skizentren.

Dem Bayerischen Feuer-  
wehrrerholungsheim ange-  
schlossen sind noch die beiden  
Gästehäuser „Alpina“ und

„Bergklause“, die als Früh-  
stückspensionen geführt wer-  
den. Die beiden Häuser befin-  
den sich 700 m von den Haupt-  
gebäuden entfernt.

Alle 30 Fremdenzimmer  
sind mit Dusche/WC ausge-  
stattet. Die Häuser haben fünf  
Einzelzimmer und 25 Doppel-  
zimmer. Jeweils ein gemütli-  
cher Aufenthaltsraum, ein

Frühstücksraum und die Mög-  
lichkeit zum Fernsehen sind  
vorhanden. Gartenanlagen mit  
Liegewiese und Terrasse ste-  
hen ebenso wie Pkw-Stellplät-  
ze zur Verfügung. Die Einrich-  
tungen der Hauptgebäude kön-  
nen auch von Gästen des Haus-  
es „Alpina“ und des Hauses  
„Bergklause“ mitgenutzt wer-  
den.



## Hessische DLRG tagte in Homberg/Efze

Am 7. Mai 1994 tagte in der Stadthalle von Homberg/Efze die hessische DLRG. In einem Grußwort würdigte Ministerialdirigent von Hoerschelmann die Arbeit der DLRG. Insbesondere dankte er für die hohe Leistungsbereitschaft der Aktiven. Weiterhin wies er auf die angespannte finanzielle Haushaltslage des Bundes und der Länder hin und erläuterte die zur Zeit diskutierte Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes. Zum Schluß bat der Ministerialdirigent, eine gemeinsame Überzeugungsarbeit für den Katastrophenschutz zu leisten.

Landtagsabgeordneter Bernd Siebers dankte der DLRG für ihr ehrenamtliches Engagement. Für die Zukunft wurde eine Erhöhung des Freizeitanteils erwartet, auch für den Wassersport, so daß die DLRG mit einer Steigerung ihrer Aufgaben rechnen könne. Siebers sagte den Delegierten seine Unterstützung bei der Bemühung um Zuschüsse aus dem Landhaushalt zu. Auch Helmut Blau, Bürgermeister der Stadt Homberg, dankte der ortsansässigen DLRG für die vielfältige Arbeit in Homberg.

Ebenso dankte Astrid Löber, die das Präsidium der DLRG vertrat, für die geleistete Arbeit in Hessen. Löber, die gleichzeitig Justitiarin im Landesverband ist, betonte, daß das Präsidium die Anpassung der neuen Länder an den Standard der Alt-Bundesländer als vordringliche Aufgabe ansieht. Da jedoch im Bundesinnenministerium Mittel gestrichen worden seien, sei dies eine schwere Aufgabe.

Eine weitere Hürde im Rahmen der DLRG-Arbeit sei die Schließung von Schwimmbädern. Astrid Löber unterstrich, daß die DLRG nicht in der



Der neue DLRG-Landesvorstand.

Lage sei, das finanzielle Risiko der öffentlichen Kommunen zu übernehmen. Sie bat die Delegierten des Landtages, die Arbeit trotz aller Probleme mit Spaß fortzusetzen. Zum Schluß warb Frau Löber für die Integration von Ausländern in die DLRG.

Anschließend stand die Neuwahl des gesamten Vorstandes auf dem Programm. Erwartungsgemäß gab es keine großen Änderungen. So wurde Peter Enders als Landesverbandspräsident wiedergewählt. Auch Peter Fomm und Harald Blum wurden in ihren Ämtern als Vizepräsidenten bestätigt. Schatzmeisters wurde Wolfgang Launspach.

Gerd-Peter Brübach wurde in seinem Amt als Technischer Leiter bestätigt. Neu in den Landesverband wurden Hans-Bernd Wolf als Arzt und Reinhold Beck als Leiter der Öffentlichkeitsarbeit gewählt. Reinhold Beck tritt die Nachfolge von Jürgen Kämmerer an, der nach 18jähriger Amtszeit nicht mehr kandidierte. Jürgen Kämmerer wurde Ehrenmitglied des Landesverbandsvorstands.

Auf Antrag des Technischen Leiters Gerd-Peter Brübach verfaßte die Landestagung

eine Resolution gegen die Schließung von Schwimmbädern.  
Martin Otter

### Kampagne „Jetzt bist Du dran“: Großes Interesse bei Medien

Nicht nur bei den DLRG-Gliederungen, auch bei den Medien erregte die bundesweite Aktion für das Rettungsschwimmen großes Interesse. RTL informierte in seiner Notruf-Sendung in fünf Beiträgen über den Kampagnenstart. Moderator Hans Meiser, selbst Inhaber des DLRG-Leistungsscheines, und Michael Gross stellten vier Millionen Zuschauern die Aktion vor.

Medienandrang herrschte auch bei der offiziellen Auftaktveranstaltung im Frankfurter Rebstockbad. Michael Gross und DLRG-Vizepräsident Jürgen Illing stellten den Journalisten den Wettbewerb vor. Neben mehreren Fernsehstationen (u.a. RTL, HR, ZDF)

berichteten Nachrichtenagenturen (sid, dpa) und zahlreiche Tages- und Fachzeitschriften über die Auftaktveranstaltung.

### Mehr Hilfsbereitschaft durch Reality-TV

„Notruf“-Seher neigen zu mehr Hilfsbereitschaft bei Unfällen. Und das Vertrauen in die Rettungskräfte wächst. Das sind die zwei wichtigsten wissenschaftlichen Ergebnisse einer unabhängigen Studie, die der Mannheimer Medienwissenschaftler Dr. Jürgen Grimm und ein vierköpfiges Forschungsteam erarbeiteten. Damit widerspricht die Studie Kritikern von Reality-TV-Sendungen, die meinten, diese Sendeformen förderten das Gaffen am Unfallort.

## Tag des Helfers in Brandenburg

### Katastrophenschutz des Landkreises Oberspreewald-Lausitz stellt sich vor

In allen Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg wurde am 25. Juni 1994 erstmalig der „Tag des Helfers“ durchgeführt. Die Eröffnung dieser landesweiten Präsentation des Katastrophenschutzes wollte der ARKAT-Bundenvorsitzende Klaus-Dieter Kühn bewußt weit ab vom „höfischen Zeremoniell“ erleben. So folgte er der Einladung des Landkreises Oberspreewald-Lausitz, um sich auf dem Festplatz in Großräschen nicht nur die beeindruckende Demonstration von Fahrzeugen und Gerät anzusehen, sondern in Gesprächen „vor Ort“ auch Informationen mitnehmen zu können.

Beigeordneter Titus Faustmann, Dezernent für Recht, Sicherheit und Ordnung, begrüßte als Mitwirkende den Rettungsdienst Senftenberg, die Sanitätszüge Calau und Senftenberg sowie die landeseigene SEG Senftenberg (DRK-Kreisverband Senftenberg e.V.), die Löschzüge LZR und LZW der Freiwilligen Feuerwehren, den Betreuungszug (ASB Lübbenau), den Bundesverband für den Selbstschutz und als kommunale Regieeinheiten die Fernmelde-, Versorgungs-, Instandsetzungs- und ABC-Dekontaminationsgruppen des Landkreises.

Mit der neuesten Errungenschaft im Landkreis, dem ADAC-Verlegungshubschrauber „Christoph 71“, wurde Obermedizinalrat Dr. Hartmut Handschak, Leiter des Rettungsamtes in Senftenberg, eingeflogen. Der RTH vom Typ BK 117 soll künftig im Tag-und-Nacht-Einsatz als Ergänzung zu dem bereits in

Senftenberg stationierten RTH „Christoph 33“ für Intensivtherapie-Verlegeflüge bereitstehen. Die Maschine ist mit modernster Technik, u. a. einem automatischen Ortungs- und Leitsystem, ausgestattet und stellt einen Wert von 8,5 Millionen DM dar. Dem Landkreis steht für Großschadensfälle ein Einsatzleitfahrzeug (ELW 2) als mobile Einsatzleitstelle zur Verfügung, das ebenfalls vom Land Brandenburg finanziert wurde. Damit können auch die Sondereinsatzgruppen (SEG) des Landes mit ihren Komponenten für Sichtung und Behandlung sowie Technik in die örtliche Führungsstruktur integriert werden. Im Aufbau ist im Landkreis zudem eine SEG-Betreuung, die sich gegebenenfalls auch aus der Gruppe „Soziale Betreuung“ des erweiterten Katastrophenschutzes zusammensetzen könnte.

ARKAT-Bundenvorsitzen- der Kühn bestätigte auf Nach- frage der Vertreter aus Politik

und Verwaltung, daß es im Land Brandenburg in bemerkenswerter Weise gelungen



ARKAT-Bundenvorsitzender Klaus-Dieter Kühn (links) im Gespräch mit dem Leiter des Rettungsamtes in Senftenberg, Dr. Hartmut Handschak (Mitte).



Das „Flaggschiff“ der kommunalen Regieeinheiten des Landkreises: Fernmeldefahrzeug W 50.

sei, bei vielen jungen Menschen eine Identität mit den Aufgaben des Katastrophenschutzes zu entwickeln und diese Motivation ebenso bei denjenigen aufrechtzuerhalten, die sich den Bürgern und dieser Aufgabe auch bereits vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland verpflichtet gefühlt hätten.

So ist es im Landkreis Oberspreewald-Lausitz geglückt, über 30 Führungskräfte und Helfer, die in den Instandset-

zungs-, Verpflegungs-, Fernmelde- und ABC-Dekontaminationskomponenten des Landkreises als kommunale Regieeinheiten Dienst leisten, für den ABC-Dienst sowie Aufgaben in Führung, Kommunikation und Logistik in ihrem Bestand zu erhalten.

Nach Mitteilung von Jörg Welkisch, dem zuständigen Sachgebietsleiter für den Zivil- und Katastrophenschutz, gibt es für die in der Katastrophenschutztechnischen Zen-

trale in Altdöbern beheimateten Regieeinheiten auch keine Nachwuchsprobleme. Das gilt für die drei anderen im Landkreis mitwirkenden Organisationen in gleicher Weise.

Die Regiehelfer in Altdöbern verfügen zwar noch über keine Bundesausstattung. Die in gutem Zustand gehaltene Technik der ehemaligen DDR-Zivilverteidigung kann sich jedoch sehen lassen. Ein Werkstattwagen LO 2002, Mannschaftstransportwagen LO 2002 mit Feldküche 180/62, ein Fernmeldefahrzeug W 50, Stabskommando-Wagen LO 2002, eine Duschanlage DA 66 mit Entgiftungsfahrzeug ZIL-131 ARS 14 und mehrere Führungs- und Versorgungsfahrzeuge ließen Kühn dann schon etwas wehmütig werden. Ein Großteil der Fahrzeuge war im erweiterten Katastrophenschutz der Altbundesländer lediglich zu beordern gewesen.

Kühn bestärkte seine Gesprächspartner darin, die Chancen des Neubeginns zu nutzen und mit den vorhandenen konzeptionellen Ideenpotentialen ein integriertes Schutzsystem aufzubauen. Immerhin wurde im Land Brandenburg bereits über 75 % der für den Katastrophenschutz festgesetzten Soll-Stärke erreicht. Allerdings dürfen die positiven Erwartungen und die erreichte Motivation in der Helferschaft seitens des Bundes nicht unnötig strapaziert werden. So fehlt für die Helferinnen und Helfer der Sanitäts- und Betreuungszüge des Landkreises immer noch die persönliche Schutzbekleidung.

Kühn hob hervor, daß die personale Sicherstellung des Katastrophenschutzes regional Gestaltungsspielräume erfordere. Nur so wird die Funktionalität des Katastrophenschutzes als Ganzes und damit in der Fläche erreicht werden können.

Die Katastrophenschutzgesetze des Bundes und der Länder überlassen es der gemeindlichen Ebene, subsidiär darüber zu entscheiden, welche der örtlich vorhandenen öffentlichen oder privaten Trä-

**8. Oktober 1994, 10.00 Uhr: Mitgliederversammlung '94 der ARKAT, Landesverband Baden-Württemberg e.V., an der Katastrophenschutzschule in Neuhausen a. d. Fildern**

gerorganisationen mit der Wahrnehmung der verschiedenen Fachaufgaben im Katastrophenschutz zu beauftragen sind. Auf die Handlungspriorität auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörden wird es mit Blick auf die bürgerschaftliche Personalgewinnung künftig entscheidend ankommen, erläuterte Kühn.

Bis auf wenige Fachdienstaufgaben hat der Katastrophenschutz in regional unterschiedlicher Ausprägung hinsichtlich der jeweiligen Trägerschaften einen subsidiären Zuschnitt erfahren. D. h., wer örtlich über die besten personellen, organisatorischen und fachlichen Ressourcen verfügte, wurde mit der Bildung der entsprechenden Fachdiensteinheiten beauftragt.

Die Aufgaben kommunaler Regieeinheiten konzentrierten sich primär auf die Bereiche Führung, Kommunikation, ABC-Dienst und Logistik, also auf Aufgabenkomplexe, in denen es auf die von den Katastrophenschutzbehörden wahrzunehmende Leitungs- und Koordinierungsverantwortung unmittelbar ankommt. So führen sie dann in der Tat „Regie“ und sind nicht zuletzt dank ihres organisationsneutralen Charakters für eine fachdienst- und organisationsübergreifende Bündelung der unterschiedlichen Schutzressourcen prädestiniert.

Am Rande der Veranstaltung wurde bekannt, daß die Helferinnen und Helfer kommunaler Regieeinheiten im Land Brandenburg der ARKAT als Organisation des kommunalen Katastrophenschutzes beitreten und einen eigenen Landesverband gründen wollen.

Zum Schreiben der ARKAT an die Länder und die Fraktionen im Deutschen Bundestag (abgedruckt in 3-4/94) nimmt der saarländische Innenminister Friedel Läßle Stellung:

„Ich teile Ihre Kritik an der Vorgehensweise des Bundesministers des Innern. Insbesondere kritisiere ich den Zeitraum, in dem das Konzept umgesetzt werden soll. In der Sache bin ich der Auffassung, daß eine Neustrukturierung der Zivilverteidigung, und hierbei insbesondere des Bereiches des Katastrophenschutzes, im Hinblick auf Kostenersparnis nicht so durchgeführt werden kann, daß dies ausschließlich zu Lasten der Länder und letztendlich damit zu Lasten der Kommunen gelöst wird. Allerdings berücksichtigt das neue Konzept in weiten Bereichen auch die Forderungen der Innenministerkonferenz vom 05./06.05.1994. In diesem Beschluß wurde eine Neukonzipierung der Zivilverteidigung gefordert, verbunden mit einer Verwaltungsvereinfachung und einer Straffung der vorhandenen Organisationsstruktur. Viele der vorgesehenen Maßnahmen haben indes massive Einschnitte in der Struktur bewährter Aufbau- und Ablauforganisationen zur Folge, was so nicht

hingenommen werden kann. Insbesondere teile ich Ihren Standpunkt, daß der geplante Abbau von Katastrophenschutzschulen der Länder und von Katastrophenschutz-Zentralwerkstätten sehr kritisch zu beurteilen ist. Das Saarland ist diesen Plänen in der Diskussion um die Neukonzipierung der Zivilverteidigung immer entgegengetreten. Diese Maßnahmen sind ebensowenig hinnehmbar wie die mehr als fragwürdigen Einsparpläne des Bundes im Bereich des THW, wogegen ich ebenfalls in der Vergangenheit ganz entschiedene Stellung bezogen habe.

Auch wenn sich Einsparmaßnahmen im Bereich des Erweiterungssteiles des Katastrophenschutzes nicht vermeiden lassen werden, wird es darauf ankommen, das in mehr als drei Jahrzehnten aufgebaute gemeinsame Hilfesystem, auch angesichts leerer Kassen und damit der Verpflichtung zur Durchführung von Sparmaßnahmen, in eine neue und effiziente, modernen Anforderungen angemessene Konzeption des Katastrophenschutzes zu überführen und dabei ehrenamtliche Kernstrukturen weitestgehend zu erhalten. Insoweit bleibt das Ergebnis der gegenwärtig zwischen Bund und Ländern geführten Diskussion abzuwarten.“

## Rüstwagen (RW 1)

In der Folge 5/90 des „Minimagazin“ wurde der Rüstwagen (RW 1) des Katastrophenschutzes schon einmal vorgestellt. Das auf Mercedes-Benz-Unimog 1300 L, Magirus 130 oder MAN/VW 8.136 aufgebaute Fahrzeug (DIN 14.555) steht den Rettungstrupps des LZ-R vor allem zur technischen Hilfeleistung zur Verfügung. Aufgrund der Neuproduktion des Geräteaufbaus im Modell (1:87/H0) soll der RW 1-KatS an dieser Stelle nochmals vorgestellt werden.

## Das Modell

Grundlage des Rüstwagens war und ist auch heute das Modell des MB-Unimog von Roco (Nr. 1304). Des weiteren stehen Grundmodelle für die MAN-Version (Herpa) und Magirus (Roco) zur Verfügung. Das Unimog-Modell wird komplett in Rot (RAL 3000), Weiß (Stoßstange, Kotflügel) und Schwarz (Fahrgestell, Kühlergrill) lackiert. An der Frontseite in Höhe der Stoßstange wird eine Seilwinde angedeutet (verdeckter Haken mit Zugseil oder Zubehör aus Preiser-Bausatz). Die Blaulichter werden mit Astabweisern versehen (Preiser).

Von der Firma Hanewacker (M.M.T.) steht nunmehr ein nahezu kompletter Geräteaufbau für den RW 1 im Maßstab 1:87/H0 zur Verfügung. Das gegossene Teil muß lediglich auf das Fahrgestell des Unimog aufgesetzt und im Detail ausgestattet werden. In der Modellbeschreibung vom Mai 1990 wurde hier noch ein Aufbau (Preiser) des THW-Mannschaftskraftwagens (MKW) verwendet, der jedoch als RW-1-Aufbau nicht in allen Einzelheiten dem KatS-Vorbild entspricht. Der Aufbau wird zunächst versäubert, in Weiß (matt) grundiert und später in Rot (RAL 3000) und Alu (Rollladen, Dachbegrenzung) lackiert. Er kann dann auf das Fahrgestell aufgesetzt werden. Hier empfiehlt es sich, eine entsprechende Vertiefung für die bereits vorhandenen Schmutzfänger der Hinterräder (Auflagen) vorzubereiten oder die Schmutzfänger vom Fahrgestell zu

Das Vorbild:  
RW 1-KatS  
aus Ailingen/  
Friedrichshafen.



Ein weiteres  
Vorbildfahrzeug  
ist der  
Iveco-Magirus.



Der RW 1 im  
Modell 1:87/H0 –  
hier in der  
Unimog-Version.  
Der Modellaufbau  
ist jetzt  
vorbildgerecht.

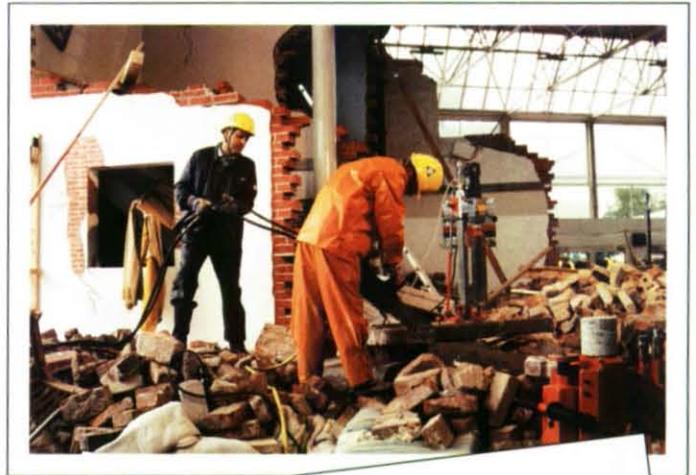


entfernen und diese in ihren nach unten führenden Teilen unmittelbar am Aufbau anzubringen. Die Unterkante des Geräteaufbaus muß bei fertiger Montage etwa in Höhe der Unterkante des Fahrerhauses liegen.

Die Detaillierung des Geräteaufbaus kann leicht durch Bauteile der

Modellhersteller vorgenommen werden: Dachumrandung und Heckleiter rechts (beides Preiser-Zubehör), mögliche vorbildgerechte Dachladung (Leiter u.a.) aus Teilen diverser Firmen. Die farbliche Detaillierung des Modells sowie die Beschriftung erfolgen in bekannter Art und Weise.

## „**INTERSCHUTZ '94**“ : Technik, Aktion, Begegnung



Vom 3. bis 8. Juni 1994 fand auf dem Messegelände in Hannover die „**INTERSCHUTZ '94 – Der Rote Hahn**“ statt. Die weltweit bedeutendste Messe für Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst präsentierte sich den Besuchern so groß wie nie zuvor. 991 Aussteller aus 35 Ländern stellten modernste Fahrzeug-, Geräte-, Kommunikations- und Datenverarbeitungstechnik vor, die beim internationalen Fachpublikum auf großes Interesse stieß. Rund 150 000 Besucher informierten sich über das vielfältige Angebot auf 91 274 Quadratmetern Ausstellungsfläche.

Wie bei den vorausgegangenen Messen 1980 und 1988 bewährte sich auch diesmal wieder die Verknüpfung von industriellem und ideellem Ausstellungsteil. Feuerwehren, Katastrophenschutz-Organisationen, Rettungsdienste und Fachverbände nutzten die Messe zur Selbstdarstellung. Sie gaben der breiten Öffentlichkeit einen Überblick über ihr weitgefächertes Aufgabenspektrum und Einblicke in die moderne Gefahrenabwehr.

Unser Titelbild zeigt die bunte Vielfalt der ausgestellten Fahrzeuge. Die Fotos auf dieser Seite zeigen eine neue Generation von Löschfahrzeugen (links oben), eine Einsatzdemonstration des Technischen Hilfswerks (rechts oben) und Teilnehmer beim Sicherheitswettbewerb des Bundesverbandes für den Selbstschutz auf dem Freigelände (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes). (Fotos: Sers 3, Hilberath 1)

